



XVI. Legislaturperiode

XVI legislatura

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 84

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. 84

.....
vom 17.12.2020

.....
del 17/12/2020

Präsident
Vizepräsidentin
Vizepräsident

Josef Nogger
Rita Mattei
Manfred Vallazza

Presidente
Vicepresidente
Vicepresidente

WORTPROTOKOLL
DER LANDTAGSSITZUNG

NR. 84

.....
vom 17.12.2020

Inhaltsverzeichnis

Landesgesetzentwurf Nr. 65/20: "Landesstabilitätsgesetz für das Jahr 2021",

Landesgesetzentwurf Nr. 66/20: "Haushaltsvorschlag der Autonomen Provinz Bozen 2021-2023" und

Landesgesetzentwurf Nr. 67/20: "Bestimmungen in Zusammenhang mit dem Landesstabilitätsgesetz für das Jahr 2021" Seite 1

RESOCONTO INTEGRALE
DELLA SEDUTA DEL CONSIGLIO
PROVINCIALE

N. 84

.....
del 17/12/2020

Indice

Disegno di legge provinciale n. 65/20: "Legge di stabilità provinciale per l'anno 2021",

Disegno di legge provinciale n. 66/20: "Bilancio di previsione della Provincia autonoma di Bolzano 2021-2023" e

Disegno di legge provinciale n. 67/20: "Disposizioni collegate alla legge di stabilità provinciale per l'anno 2021" pag. 1

Vorsitz des Präsidenten | Presidenza del presidente: Josef Noggler

Ore 10.07 Uhr

Bestätigung der Anwesenheit über die "Concilium"-Plattform (anstelle des Namensaufrufs) – conferma della presenza sulla piattaforma "Concilium" (invece dell'appello nominale)

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist eröffnet. Laut Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung wird das Protokoll der jeweils letzten Landtagssitzung allen Abgeordneten in Papierform zur Verfügung gestellt.

Zum Protokoll können bis Sitzungsende beim Präsidium schriftlich Einwände vorgebracht werden. Sofern keine Einwände nach den genannten Modalitäten erhoben werden, gilt das Protokoll ohne Abstimmung als genehmigt.

Kopien des Protokolls stehen bei den Mitarbeitern/Mitarbeiterinnen, die mit der Abfassung des Protokolls betraut sind, zur Verfügung.

Punkt 173 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 65/20: "Landesstabilitätsgesetz für das Jahr 2021"*,

Punkt 174 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 66/20: "Haushaltsvoranschlag der Autonomen Provinz Bozen 2021-2023"* und

Punkt 175 der Tagesordnung: *Landesgesetzentwurf Nr. 67/20: "Bestimmungen in Zusammenhang mit dem Landesstabilitätsgesetz für das Jahr 2021"*.

Punto 173) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 65/20: "Legge di stabilità provinciale per l'anno 2021"*,

Punto 174) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 66/20: "Bilancio di previsione della Provincia autonoma di Bolzano 2021-2023"* e

Punto 175) dell'ordine del giorno: *Disegno di legge provinciale n. 67/20: "Disposizioni collegate alla legge di stabilità provinciale per l'anno 2021"*.

Wir fahren mit der Generaldebatte fort. Abgeordneter Ploner Alex, Sie haben das Wort, bitte.

PLONER Alex (Team K): Liebe Kollegen und Kolleginnen, geschätzter Landeshauptmann Kompat-scher! Vor einem Jahr habe ich in meiner Rede zum Haushalt das geflügelte Wort zu Beginn gesagt: "Ohne Geld ka Musi". Die Bedeutung dieses Spruches ist ganz offensichtlich: Wer etwas haben will, muss dafür auch zahlen. In dieser Zeit der Krise, des Umbruchs, der Neuorientierung bekommt dieser Satz eine ganz neue Bedeutung. Die Fragestellung hat sich nämlich verändert. Was brauchen wir, was wollen wir haben, was müssen wir haben? Und daraus resultierend die Frage: Wer muss oder kann dafür bezahlen?

Einige können nicht mehr bezahlen, andere wiederum geben ihr Geld vorsichtiger aus, beginnen mit dem Sparen, andere wiederum zahlen nur, wenn sie öffentlich, sprich aus Steuertöpfen, gefördert werden. Solche Töne hat letzthin ein Seilbahnunternehmer angeschlagen. Viele Diskussionen drehen sich derzeit nur noch ums Geld. Über die Schuldenproblematik hat Kollege Köllensperger schon im Minderheitenbericht letzte Woche gesprochen.

"Ohne Geld ka Musi" - Heuer mussten wir auf erschreckende Weise erleben, zum Beispiel im Bereich der Kultur, wie schnell Musik verstummt, wenn ein Virus das Sagen hat. Wir mussten erkennen, dass es plötzlich nicht mehr darum ging, Geld aufzutreiben, um Gagen zu zahlen und damit Musik erklingen zu lassen – plötzlich heißt es Geld auftreiben um Leben und Überleben zu können. Die Musik ist in den Hintergrund getreten. Es ist sprichwörtlich still geworden.

Für viele Menschen im Wohlstandsland Südtirol eine durchaus neue Erfahrung. Eine Erfahrung, die auch verändert hat, vor allem die Menschen selbst. Doch wir haben so viel Tolles, so viel Engagement erlebt in den letzten Monaten. Dafür gilt es Dank zu sagen. Dank den vielen Menschen in der Sanität, in der Pflege, in den sogenannten systemrelevanten Berufen, im Ehrenamt, aber auch im öffentlichen Dienst, in der Schule, die ihr Bestes gegeben haben und für die Gemeinschaft da waren.

Der Landeshauptmann hat es in seiner Haushaltsrede mit dem Satz formuliert: "Viele Menschen in unserem Land haben in diesem Jahr Dinge geleistet, die sie sich vorher nicht zugetraut hätten." Das stimmt, Herr Landeshauptmann! In der Krise wachsen viele Menschen über sich hinaus, sie konzentrieren sich auf das Wesentliche, sie fokussieren. Sie beginnen auch zu kämpfen, Wichtiges von Nebensächlichem zu unterscheiden, Dinge kritischer zu hinterfragen. Es wächst Solidarität, aber es wächst auch Neid. Der Verteilungskampf hat erst begonnen, er hat in den letzten Wochen zugenommen und er wird größer werden. Wenn es ans Eingemachte geht, ist sich jeder selbst oft der Nächste. Eine Situation, die mich sehr nachdenklich stimmt. Es nimmt die Aggressivität zu, die psychische und physische, die Psyche beginnt zudem zu erkranken. Ein Gespräch mit Psychologinnen und Psychiaterinnen genügt, um sich ein Bild der Lage derzeit zu machen. Kinder zeigen derzeit vermehrt depressive Symptomatiken und sind orientierungslos, sagt heute Roger Pycha in einem Zeitungsinterview.

Darum ist es wichtig in den Entscheidungen das Menschliche nicht zu verlieren. Kollegin Ladurner hat von der Fehlerkultur gesprochen. Diese Kultur wird derzeit neu definiert. Was ist ein Fehler, was eine Notwendigkeit, was Schutz der Gesundheit, was verhältnismäßig und was sinnvoll? Mir ist durchaus bewusst, dass es nicht einfach ist, Antworten auf diese sehr komplexen Fragen zu finden. Nicht umsonst haben mir Menschen in den letzten Wochen immer wieder auch gesagt: "I beneid enk net, dass es iatz selche Entscheidungen treffen miast." Trotzdem sind sie zu treffen. Bleiben wir aber in den Entscheidungen in jedem Fall Mensch und menschlich! Liebe Kollegin Deeg, bei allem politischen Hick-Hack, Ihre emotionale Rede gestern hat doch auch gutgetan – dafür braucht man sich nicht zu entschuldigen. Zu oft vergisst man auch hier im Landtag den Menschen hinter den Politikern und Politikerinnen oder blendet ihn aus. Ich gehe doch nicht in das Plenum des Landtages hinein und lasse den Mensch Alex Ploner vor der Türe zurück.

Umso wichtiger sind Fragen wie: Ist und war es angemessen und sinnvoll, Väter bei der Geburt ihrer Kinder auszuschließen? Ist und war es angemessen und sinnvoll – das hat gestern bereits Kollege Knoll erwähnt -, sterbende Verwandte, Eltern, Geschwister, Partner nicht mehr sehen zu dürfen und ihnen nicht nahe sein zu dürfen in ihrer Todesstunde? Eine aktuelle Frage: Ist es sinnvoll und angemessen, den Menschen das gemeinsame Weihnachtsfest zu nehmen? Um noch einmal Roger Pycha, den Psychiater zu zitieren. Er sagt heute dazu: "Weihnachten ist ein kritisches Fest in vielerlei Hinsicht. Es ist ein Fest, das glücklich sein sollte, wird aber ein Fest der Orientierungslosigkeit. Es wird verwirrt und chaotisch ablaufen." Darum erwartet er sich auch zusätzliche Anfragen für eine Betreuung in den kommenden Wochen. Das heißt, Menschen müssen zum Psychiater, zum Psychologen.

Ich bin mir durchaus bewusst, dass durch Kontaktverbote auch zu Weihnachten das Infektionsgeschehen reduziert wird bzw. dazu beitragen kann. Kollege Franz Ploner hat gestern hier seine Sichtweise eines besorgten Mediziners klar dargelegt und auch an die Eigenverantwortung appelliert. Es ist sicher kein leichter Gang, der Grenzgang zwischen Eigenverantwortung, Vertrauen, aber auch einer klaren Regelung mit den notwendigen Kontrollen. Das sind alles Situationen, die die Stimmung im Lande grundlegend geändert haben. Diese Entwicklung mussten auch wir als Politiker und Politikerinnen erleben. Unser Tun, unsere Entscheidungen, unsere Worte werden anders wahrgenommen, interpretiert oder hinterfragt als noch vor dem ersten Lockdown im März dieses Jahres. Politik in guten Zeiten, wo man aus dem Vollen schöpfen kann, ohne größere Sorgen, ist eine andere als die Politik in Zeiten des Sparens, des Verzichts, des Nein-Sagen-Müssens, aber vor allem der Angst.

Hier warten auch auf Euch als Regierung, aber auf uns alle, im kommenden Jahr große Herausforderungen, verbunden mit einer großen Verantwortung. Herr Kompatscher, Sie haben in Ihrer Rede des Öfteren das Wort "Vertrauen" verwendet. Vertrauen ist ein zerbrechliches Gut. Wenn es einmal verlorengegangen ist, braucht es oft lange, es wieder zurückzugewinnen. Ankündigungspolitik, die in den letzten Monaten immer wieder von einigen Landesregierungsmitgliedern zu vernehmen war, hilft nicht wirklich dabei, Vertrauen zu gewinnen. Vor allem, wenn sich die Versprechen und Ankündigungen am Ende als heiße Luft entpuppen, da bringt auch das sogenannte Schuld-Hin-und-Hergeschiebe nichts. Schweigen ist auch in der Politik manchmal Gold.

Neben dem Vertrauen haben Sie, Herr Landeshauptmann, auch die Gerechtigkeit angesprochen, und ich zitiere: "Gerechte Verteilung ist auch ein entscheidender Grundsatz für den Landeshaushalt." Das ist ein Versprechen, liebe Landesregierung. Wir werden euch dieses Versprechen abnehmen und euch daran erinnern! Egon Bahr, der große Sozialdemokrat, Bundesminister und Wegbegleiter von Willy Brandt formulierte es einmal so: "*Wann man – aus welchen Grunde auch immer – den Gürtel enger schnallen muss, muss die Gerechtigkeit größer geschrieben werden. Sonst nimmt man die Menschen nicht mit.*" Die Menschen mitneh-

men. Dies ist heuer nicht immer gelungen in dieser Krisensituation. Menschen fühlen sich zurück- und alleingelassen. Diese Menschen gilt es jetzt verstärkt zu erreichen, ihnen das Sicherheitsgefühl zu geben und die Sicherheit, dass sie auf Hilfe und Unterstützung zählen können. Diese Hilfe muss schnell und zuverlässig kommen und darf nicht noch an zusätzliche Hürden geknüpft sein.

Wir alle haben viel gelernt in den letzten Monaten bzw. mussten und müssen immer noch lernen, so wie das Kind einer Bäuerin im Hinterpasseier lernen muss. Die Bäuerin hat mich vor einer Woche wegen der teuren Internetlinien und des nicht funktionierenden Behindertentransportes kontaktiert. Als wir am Telefon auf Weihnachten zu sprechen gekommen sind, hat sie mir erzählt, dass sie ihrem 13-jährigen Sohn vor kurzem gesagt hat, dass die Wünsche heuer für Weihnachten bescheiden ausfallen müssten. Jetzt heißt es für diese Familie Sparen. Und sie sagte mir auch, zum Glück habe sie und ihr Mann im Leben sparen gelernt. Dieses Geld, dass sie jetzt sparen, werden sie im nächsten Jahr sicher brauchen, so ihre Vermutung. Sie macht sich Sorgen um die Zukunft.

Haben wir als Land Südtirol Sparen gelernt? Könnt ihr als Landesregierung hier Gelerntes und Erprobtes abrufen? Wir werden sehen, wie ihr beim Sparprogramm, welches unweigerlich früher oder später kommen wird müssen, die Menschen mitnehmt. Aber vor allem seid ehrlich mit den Menschen! Sie werden euch nicht eingehaltene Versprechen übelnehmen. Seid bereit neu zu denken und neu zu handeln!

Kollege Köllensperger hat es in seinem Minderheitenbericht auf den Punkt gebracht. Corona und die damit verbundene völlig neue Situation sinkender Einnahmen ist wie ein Brennglas, das die Folgen des Mangels an umfassender Reformbereitschaft beim Landeshaushalt nun schmerzlich ans Tageslicht bringt. Das heißt, wir haben heuer wieder einen Haushalt, der nicht wirklich krisenerprobt ist. Zuviel ist im Ungewissen, ungeplant, auf möglichen Szenarien aufgebaut. Sicher, es ist schwierig Vorhersagen zu treffen. Aber sicher ist auch, dass man sich auf gewisse Situationen hätte vorbereiten können.

2013 wollte der damals schon frisch gewählte Landeshauptmann konsequent alle Posten des öffentlichen Haushaltes durchforsten und neue finanzpolitische Spielräume öffnen. Diese neuen finanzpolitischen Spielräume nehme ich heuer nicht wahr. Die Krise wurde nicht als Chance genutzt, neu zu denken, mutig zu sein, heilige Kühe zu schlachten und mit der gerechten Verteilung bzw. Umverteilung jetzt schon zu starten. Das Paste and Copy aus den letzten Jahren könnte uns in den kommenden Jahren zum Verhängnis werden, weil wir voraussichtlich viele Dinge sowieso neu denken und bewerten werden müssen. Neue Situationen erfordern neue Wege. Die Frage, die ich mir immer häufiger stelle, ist jene, ob die Politik, die ja die Rahmenbedingungen fürs Leben setzt, hier nicht mutiger, schneller und kreativer werden muss. Die Antwort ist für mich schon gegeben - Ja, sie muss.

Wir haben erlebt, wie schnell sich die Schulwelt im Frühjahr verändert hat, wie schnell sich ein ganzes Schulsystem auf den Fernunterricht und auf die Sicherheitsmaßnahmen umgestellt hat. Ja, Herr Landeshauptmann, Sie haben recht, viele Menschen in diesem Lande haben Dinge geleistet, die sie sich vorher nicht zugetraut hätten. Nur, wie seid ihr als Landesregierung mit dieser Leistung umgegangen? Wurde sie honoriert, oder nur beklatscht? Habt ihr die Rahmenbedingungen geschaffen, zusammen mit eurem Beamten-Apparat – er ist ja nicht klein in Südtirol -, damit diese Menschen stolz sein können auf ihre Leistungen, dass sie weiterhin motiviert ihr Bestes für die Bildung unserer Kinder geben? Allzu oft habe ich den Satz gehört: "Wenn es nicht für meine Schüler wäre, würde ich alles hinschmeißen." Ich habe Enttäuschung erlebt, Chaos in der Kommunikation, Einschüchterung über Disziplinarverfahren, offene Briefe aus allen Landesteilen – erst gestern haben wir wieder einen bekommen - mit Sorgen, Anliegen, Wünschen, aber auch guten kreativen Vorschlägen.

Zu oft gab es keine Antworten oder keine Bereitschaft mit diesen Menschen ins Gespräch zu kommen oder in die Tiefe zu gehen. Ja, die Krise hat für Überforderung gesorgt, überall, auch bei einigen Mitgliedern der Landesregierung. Das ist menschlich, denn "nobody is perfect" oder ein Superman oder Superwoman.

Plötzlich ging im Frühjahr aus meiner Sicht ein Riss durch die Gesellschaft. Da waren jene, die über Nacht quasi vor den Trümmern ihrer Existenz standen, sich von beruflichen Lebensträumen verabschieden mussten, die Unternehmer und Unternehmerinnen, die Selbstständigen, die Kulturschaffenden. Dann waren da jene Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen, die ihre Arbeit behielten, oft weniger verdienten oder in den Lohnausgleich gehen mussten. Plötzlich fehlten große Teile des Gehaltes oder Zusatzeinkommen über Nebenjobs. Und da ist die dritte Gruppe, die weiterhin ihren Job bzw. ihre Arbeit ausüben konnte, entweder weil systemrelevant oder öffentlich oder weil das Virus die eigene Berufsgruppe nicht so stark betroffen und in den Lockdown gesetzt hat.

Nur wer dieses Gefühl kennt, am Abend einzuschlafen und nicht zu wissen, wie man am nächsten Tag die Gehälter der Angestellten bezahlen soll oder man sich fragt, ob die Bank den Kredit nochmals aufstockt, um Lieferanten bezahlen zu können, kann das Privileg nachvollziehen, in dieser Krise Monat für Monat ein fixes Gehalt überwiesen zu bekommen. Ja, zu diesen Privilegierten gehören auch die Lehrpersonen. Wir haben über 10.000 von ihnen. Ihnen vertrauen wir das Wertvollste an, was wir haben, nämlich unsere Kinder. Noch nie wurde in den letzten Jahrzehnten so viel über Schule geschrieben, berichtet, aber auch geschimpft wie in den letzten Monaten. Anlässe boten der Fernunterricht, die Digitalisierung, die Notbetreuung, die Sommerbetreuung, die Maskenpflicht, die Kommunikation. Halbwahrheiten wie Vorurteile wurden reichlich bedient, das Lehrer/innen-bashing im Laufe des Sommers vielerorts unüberhörbar.

Im Chinesischen setzt sich das Wort "Krise" aus zwei Schriftzeichen zusammen, das eine bedeutet Gefahr und das andere Gelegenheit. Wenn es um die Bildung geht, von der Landeshauptmann Kompatscher in seiner Haushaltsrede sagt, dass sie – ich zitiere - "zusammen mit der Innovation im nachhaltigen Klimaland Südtirol großgeschrieben werden soll", so heißt es nun weniger die Gefahren der Krise anzusprechen, sondern mehr die Gelegenheiten. Leider schreibt der Landeshaushalt auch im Bildungsbereich Altes fort. Da bin ich auch bei den Kollegen Urzi und Repetto von gestern. Pläne, Projekte, Finanzierungen an diesem Punkt auf einem Recovery Fund aufzubauen, der auch für die Schule Geldmittel verspricht, ist noch sehr gewagt. Ich zitiere Kollegen Achammer aus einem Interview vom 14. Dezember wo er sagt: "Schule braucht Verbindlichkeit." Diese Verbindlichkeit garantiert der Recovery Fund leider nicht. Schön, wenn das Geld kommt, aber warten wir das Ganze mal ab und schauen, was passiert! Ankündigungen helfen unserer Bildung nicht weiter.

Neues, Innovatives kann ich im Haushalt zur Bildung wenig erkennen. Ich erinnere an dieser Stelle an den Ankauf der 400 Laptops im Frühjahr für den Fernunterricht. Für diesen Ankauf musste offensichtlich ein Sponsor aus der Bankenwelt mit ins Boot geholt werden. Bei einem Haushalt von 6,4 Milliarden Euro und einem Budget von über 1 Milliarde für die Bildung ist das Sponsoring einer Privatbank für die Bildungsausstattung unserer Kinder ein Armutszeugnis. Lassen wir die Sponsoren doch bitte den ehrenamtlichen Vereinen, sie werden sie kommendes Jahr dringender brauchen denn je! Prioritäten in den Schulinvestitionen wurden offensichtlich falsch gesetzt, auch schon in den letzten Jahren.

Zurück zum chinesischen Zeichen Gelegenheit im Wort Krise. Jetzt muss sich doch die Gelegenheit bieten, das Südtiroler Bildungssystem zu reformieren, zukunftstauglicher zu machen, attraktiver für Lehrpersonen. Jetzt sollten sich Experten und Expertinnen, Eltern, Schüler aus allen Bereichen an den Tisch setzen und an der Schule nach der Covid-Krisen-Zeit basteln. Wir brauchen Erneuerung auch in der Lehrer-Ausbildung. Lernen, lernen, lernen und mutig neue Wege gehen. Das, was einigen Wirtschaftstreibenden, Unternehmern und Unternehmerinnen in den letzten Monaten die Existenz gerettet hat, also das Lernen, die Umstellung, die Flexibilität und die Neuorientierung, muss doch auch im Bildungssystem möglich sein, vorausgesetzt Innovation wird von der Landesregierung nicht nur in eine Haushaltsrede geschrieben, sondern auch gewollt, unterstützt und vorgelebt.

Wir erleben eine Zeit, in der Menschen für ihr Recht auf Bildung einstehen. Die Bildung, stellt das Fundament einer Gesellschaft dar. Die Summe von über einer Milliarde für die Bildung mag zwar auf Anhieb eine beeindruckende Zahl darstellen. Aber wenn man weiß, dass 4,4 Prozent des Bruttoinlandsprodukts als Bildungsausgaben den weltweiten Durchschnitt darstellen, dann sind wir Südtiroler, die sich gerne als Nabel der Welt sehen, absoluter Bildungsdurchschnitt. Damit liegt Südtirol 500 bis 600 Millionen hinter den bildungspolitischen Vorzeigeschülern Finnland, Norwegen, Kanada oder Australien, die zum Teil über 7 Prozent ihres Bruttoinlandsprodukts in die Bildung investieren. 7 Prozent des Südtiroler BIP wären heuer noch 1,6 Milliarden Euro. Wenn wir kommendes Jahr laut Vorhersagen rund 2.000 Millionen, also 2 Milliarden weniger Bruttoinlandsprodukt haben werden, wird auch einiges an Geld in diesem Bereich fehlen. Es heißt also noch besser planen und fokussiert investieren.

Einen Investitionsschub würde das Südtiroler Bildungssystem dringendst vertragen, angefangen bei den Gehältern all jener Personen, die unsere Kinder vom Kindergarten bis zur Uni aus- und weiterbilden. Ich erinnere an die Diskussion rund um die Carta del docente mit dem Versprechen der Landesregierung, hier etwas zu unternehmen. Bei diesem Versprechen waren wir alle im Landtag zugegen. Man wollte wieder einmal einen eigenen Weg gehen. Mit diesem Weg war es dann schnell wieder vorbei. So verspielt man sich Vertrauen, liebe Landesregierung, jeden Tag aufs Neue.

Aber die Krise hat auch die Schwachstellen und Versäumnisse der letzten Jahre im Bereich der Digitalisierung und Modernisierung in den Schulen ans Tageslicht befördert. In Estland wird schon seit Jahren ein Projekt umgesetzt, das allen Schülern den Zugang zu den Schulbüchern über ein Tablet ermöglicht. Übrigens

auch ein Vorschlag und Wunsch, der auch aus dem Südtiroler Kinderlandtag kommt. Der Lockdown im Frühjahr hat einmal mehr das Bildungssystem Südtirol der verschiedenen Geschwindigkeiten aufgezeigt, mit Schulen, die einerseits schon seit Jahren die digitalen Tafeln einsetzen, über Tablet-Klassen verfügen und computerfitter Lehrpersonen haben, und andere Schulen, die in der digitalen Steinzeit verharren. Digitale Klassenregister wurden zum Beispiel in einigen Schulen erst heuer im Herbst 2020 eingeführt. Hier gab es aber zweifelsohne einen guten und notwendigen der Situation geschuldeten Innovationsschub.

Die Haushaltrede des Landeshauptmannes ist fast 13 Seiten lang. Ich habe sie mir mehrmals durchgelesen, auch weil ich dann irgendwann gezielt auf die Suche nach einem einzigen Wort gegangen bin: Kultur. Unglaublich, aber wahr, das Wort "Kultur" kommt nicht ein einziges Mal in der Haushaltsrede vor. Ich weiß nicht, ob das nur ein Versäumnis ist oder auch der Knappheit der Zeit oder der Reduzierung auf einige wenige Themen geschuldet und der Ansage, Details zum Haushalt wolle man diese Woche im Landtag besprechen. Oder ob es schon viel darüber aussagt, wie diese Landesregierung mit dem Thema Kultur umgeht. Wenn ich mir die Entscheidungen der Landesregierung der letzten Monate im Kulturbereich anschau, die Covid-Maßnahmen für die Kulturschaffenden, das neue Gesetz der Künstlersozialkasse mit dem 500 Euro Jahresbeitrag bis hin zur Diskussion, ob jetzt zu Weihnachten ein paar Turmbläser der Musikkapellen an Heilig-Abend von einem Kirchturm spielen dürfen oder nicht, dann bekomme ich unweigerlich den Eindruck, dass Kultur und alles, was damit zusammenhängt, eher nebensächlich gesehen wird.

Ich wiederhole mich und zitiere jetzt aus meiner Rede zum Haushalt aus dem letzten Jahr, weil sich an den Fakten in einem Jahr nichts geändert hat. Nach der Aussage des Philosophen William James Dürant dienen Kunst und Kultur nicht nur der Unterhaltung, Verschönerung des Lebens oder der individuellen ästhetischen Entwicklung. Kultur ist vielmehr notwendig, um ein funktionsfähiges Gemeinschaftsleben zu organisieren. Daraus kann grundsätzlich die Förderung von Kunst und Kultur als eine der Kernaufgaben staatlichen und kommunalen Handelns abgeleitet werden. Kultur ist systemrelevant und Kultur ist ein Wirtschaftszweig. Das sind Aussagen, die ich von unserem Kulturlandesrat Achammer des Öfteren in den letzten Monaten gehört habe. Um es mit Goethe an dieser Stelle zu sagen: *"Die Botschaft hör ich wohl, allein mir fehlt der Glaube!"* Denn dieser ist mir angesichts einiger Entscheidungen abhandengekommen.

Es ist lobenswert, wenn die 2000 Euro-Förderung für Künstler und Künstlerinnen um 1.000 Euro erhöht wird, wie letzte Woche passiert. Am Ende verfügen an die 400 Künstler und Künstlerinnen dieses Landes über 3.600 Euro brutto wohlgermerkt und müssen dafür auch noch eine künstlerische Gegenleistung erbringen. Angesichts der Tatsache, dass diese Menschen seit fast 10 Monaten keinen Job haben, sämtliche Kulturveranstaltungen verboten sind und die Aussicht auf die Rückkehr zur Normalität in weiter Ferne liegt, würde ich nicht von wichtigen kulturpolitischen Entscheidungen und Maßnahmen für systemrelevante und wirtschaftsrelevante Tätigkeiten sprechen. Was ist einer Gesellschaft ihre Kultur wert, was darf sie kosten? Ich hoffe nicht so wenig, dass sie in der Haushaltsrede erst gar nicht Erwähnung findet. Bei unseren Nachbarn in Österreich hat ein solches Verhalten einer Kulturpolitikerin dazu geführt, dass sie ihren Job losgeworden ist.

Ich probiere es auch heuer noch einmal gerade jetzt in der Corona-Krise mit etwas Sensibilisierung in Richtung Kulturlandesräte. Die Kulturbudgets sind so unterschiedlich wie die Zugänge zu diesem Thema. In unserem Haushalt gönnen wir uns heuer weniger als 70 Millionen Euro für die Kultur bei 520.000 Einwohnern. Von der Einwohnerzahl sind wir mit der Schweizer Stadt Genf vergleichbar, die sich vor Jahren der Kultur verschrieben hat und sage und schreibe 250 Millionen Euro jährlich in die Kultur investiert. Im Gegensatz zu uns haben aber Städte wie Genf, Erfurt, Freiburg oder Länder wie Oberösterreich oder Bayern klar definierte und kommunizierte Kulturkonzepte. Wer bei uns auf die Suche nach einem Kulturkonzept Südtirol geht, der landet u.a. auf der Kulturseite der Landesverwaltung und dort erschließt sich dem Betrachter das Dilemma: Eine Aufzählung und Kurzvorstellung mit der Verlinkung auf die jeweiligen Homepages der großen Kulturträger. Wer sich über die aktuellen Veranstaltungen und Projekte informieren möchte, hat drei zur Auswahl: Erstens: Kreativitätsförderung in Schulen und Kindergärten; zweitens: Südtiroler Autoren lesen mit den Veranstaltungen aus 2018 und die Verlinkung auf die Jugend-Kultur-Zeitschrift NUJ, die am 02. Oktober 2015 – also vor fünf Jahren - vom Kulturlandesrat mit dem Redaktionsteam mit großem Auflauf vorgestellt wurde, aber genau vier Ausgaben erlebt hat und 2019 erst gar nicht mehr erschienen ist. Soviel zum Thema "Nachhaltigkeit" von Kulturprojekten! Wir wollen ja auch laut den Aussagen des Landeshauptmannes das nachhaltigste Land der Welt werden.

Egal, wo man auch sucht auf den Seiten des Landes, der Regierung, des Kulturlandesrates und der -räte, keine kulturpolitischen Ziele, keine kulturpolitische Strategie, kein nachlesbares klares Kulturkonzept. Als Kulturlandesrat würde ich mich da auch schwer tun im Haushalt zu definieren, wo man wann mit wieviel Mitteln

was erreichen will. Wenn ihnen diese Zeilen jetzt bekannt vorgekommen sind, dann liegt es daran, dass ich genau die gleichen Beispiele schon in meiner Haushaltsrede 2019 vorgebracht hatte. Offensichtlich führt das Aufzeigen von solchen Dingen nicht dazu, dass sie abgestellt, korrigiert oder aktualisiert werden. Und daran darf hier nicht die Covid-Krise als Ausrede hergenommen werden.

Zur Kultur abschließend noch eine Beobachtung! In der Wirtschaft sprechen wir gerne und viel über das Phänomen "Brain Drain", das heißt junge fähige Leute in der Wirtschaft verlassen das Land, weil sie hier keine Entwicklungschancen sehen. Genauso haben wir den kulturellen "Brain Drain": Künstler/innen und Kulturschaffende die immer öfter Südtirol den Rücken kehren. Ich musste schmunzeln, als ich den von mir sehr geschätzten Musiker Herbert Pixner - und ich sage jetzt bewusst nicht unseren Südtiroler Musiker Herbert Pixner - in der 7 Millionen Euro Werbekampagne der IDM entdeckt habe. Er gehört für mich auch zu den Brain-Drain-Künstlern, die wir erst wieder schätzen gelernt haben und jetzt hoffentlich mit einer für ihn gut dotierten Gage in unsere IDM-Werbepots nehmen, als sie im Ausland super erfolgreich geworden sind. Aber wie sagt man so schön, der Erfolg hat viele Väter, der Misserfolg ist ein Waisenkind.

Dazu noch eine persönliche Erfahrung. Ich sprach vorhin von der Kulturstadt Genf. Wer Genf kennt, der weiß, was dort kulturell geleistet wird und auf welchem Niveau dort gearbeitet wird. Vor kurzem erreichte mich eine Nachricht aus Genf. Eine Südtirolerin, die dort seit einigen Jahren im Kulturbereich arbeitet und quasi als Kultur-Dienstleisterin unterwegs ist, fragt mich nach Arbeitsmöglichkeiten in der Kulturlandschaft in Südtirol bzw. was ich ihr empfehlen könne, weil sie in ihre Heimat zurückkommen möchte, also Brain Drain sozusagen umgekehrt. Es ist schön, dass es auch solche Menschen gibt. So, jetzt kann jeder von euch mal überlegen, was man einer jungen Frau, Anfang 30, mit einer Hochschulausbildung und internationaler Kulturerfahrung in Genf in unserem Kulturland Südtirol schmackhaft machen könnte? Vorschläge sind herzlich willkommen, schreibt sie mir, ich kopfe jedenfalls noch. Nächste Woche möchte ich ihr eine Antwort geben. Vergleiche ich Äpfel mit Birnen, wenn ich Genf und Südtirol vergleiche? Ich denke nicht. Gleich viele Einwohner, man gibt sich international und kulturell offen, Mehrsprachigkeit in einem lebenswerten Umfeld. OK es gibt einen markanten Unterschied - Genf investiert 20 Prozent seines Budgets in die Kultur. Südtirol gibt nicht einmal 1,5 Prozent des Landeshaushaltes für die Kultur aus.

Kollege Achammer unterstreicht immer wieder die Wichtigkeit der Kultur. Wie gesagt, es fielen Worte wie systemrelevant und Wirtschaftsfaktor. So wie wir über Stützungsmaßnahmen in der Wirtschaft, in der Bildung, in der Sanität und im Sozialen reden, so müssen wir auch, sofern wir die eigenen Worte von systemrelevant und wirtschaftsrelevant ernst nehmen, auch in die Kultur investieren und davon sprechen. Laut HDS-Präsident Philipp Moser beläuft sich die jährliche Wertschöpfung des Kultur- und Eventbereiches in Südtirol zwischen 600 bis 800 Millionen Euro. Etwas genauer sind hier die Daten aus Deutschland für diesen Bereich. Dort liegt die Kultur- und Kreativwirtschaft mit 106 Milliarden Euro Bruttowertschöpfung hinter dem Fahrzeugbau an Platz zwei der wichtigsten Wirtschaftszweige. Beeindruckend dort auch die Zahl der Unternehmen in diesem Bereich. In fast 259.000 Unternehmen arbeiten 1,3 Millionen Menschen und die Quote der Selbstständigen in diesem Bereich ist mit 20,4 Prozent sehr hoch.

Das sind die Fakten. Also liebe Kulturlandesräte machen Sie dem viel, viel zu wenig ein zumindest angemessen und das am Besten mit einem zukunftsgerichteten Kulturkonzept für Südtirol, das allen Kunst- und Kulturrichtungen, den drei Sprachgruppen und allen Generationen zur Ehre gereicht. Welche Kultur wollen und können wir uns in Zukunft leisten? Auf diese Frage gilt es Antworten zu finden. Eines steht für mich fest: Wir als Menschen brauchen die Kultur, weil sie uns einerseits verwurzelt und andererseits Flügel schenkt. Die Kultur braucht uns, gerade jetzt in der Krise, uns als Gesellschaft, uns als Publikum, uns als Sponsoren und Unterstützer, aber auch uns als Politik. Sonst wird es nicht nur still, sondern es bleibt auch still. Lasst zu Weihnachten bitte die Bläser vom Kirchturm runter die Menschen mit Musik erfreuen. Ich bin überzeugt, die Musikantinnen und Musikanten dieses Landes werden dies Aufgabe mit Sorgfalt, Eigenverantwortung und Disziplin ausführen.

Womit ich beim letzten Punkt bin, der mir im Zusammenhang mit dem Haushalt auch wichtig ist, weil über viele andere Punkte auch meine Kollegen der Fraktion und Kollegin Rieder gestern gesprochen haben, aber mir ist noch das Ehrenamt wichtig. Und da stell ich die Wertschätzung des Ehrenamtes von Seiten der Landesregierung gar nicht in Frage, nur weil es nicht so ausführlich und explizit in der Haushaltsrede erwähnt worden ist. In dieser Thematik gibt es – und das merke ich immer wieder - fraktionsübergreifend und zu 100 Prozent Wohlwollen im Landtag, das haben Diskussionen und Beschlüsse in diese Richtung meist gezeigt. Was wäre Südtirol ohne die 150.000 Ehrenamtlichen, ein wahrlich armes Land. Arm an Solidarität, arm auch an Geld, denn diese Arbeit wäre nicht finanzierbar für die öffentliche Hand.

Aber das Ehrenamt schafft vor allem jetzt, was wir notwendig brauchen, Beziehungen und Freundschaften. Der Nährboden für diese Dinge, die Menschen als die wichtigsten in ihrem Leben definieren, findet sich in den Vereinen, Genossenschaften und Freiwilligen-Organisationen.

Auch diese, die Ehrenamtlichen, leiden durch die Corona-Krise, jetzt, wo wir sie so dringend brauchen. Einmal leiden sie finanziell, ihnen sind wichtige Einnahmequellen zum Beispiel durch die Veranstaltungs-Tätigkeit weggefallen, aber sie leiden auch an der Entfernung, am Social Distancing und damit auch an Entfremdung. Hier hat Kollege Vettorato im Frühjahr in einer unserer Arbeitsgruppen-Treffen etwas Richtiges gesagt. Er hatte damals schon befürchtet, dass die Motivation gerade bei den Jungen für das Ehrenamt im Herbst sinken wird. Junge Menschen machen jetzt eine sehr gefährliche Erfahrung, dass man auch zuhause allein mit dem Computer oder dem Handy leben und überleben kann.

Vorgestern wurde eine Studie in Deutschland veröffentlicht, die bei jedem dritten Jugendlichen zwischen 14 und 19 Jahren Anzeichen einer Computer- oder Handysucht feststellt. Dabei wurde noch nicht einmal die Covid-Zeit der letzten Monate in dieser Studie untersucht, jeder dritte Jugendliche. Bei der letzten Studie war es noch jeder fünfte Jugendliche. Das ist also eine besorgniserregende Entwicklung. Hier gilt es gegenzusteuern und es tut gut zu sehen, wie Vereine wieder dafür kämpfen, ihre Tätigkeiten unter Einhaltung der strengen Sicherheitsbestimmungen durchführen zu können. Hier braucht es Vertrauen, das wir diesen Vereinen schenken sollten. Herr Landeshauptmann, das Wort "Vertrauen" kommt in ihrer Haushaltsrede immer wieder vor. Besonders im Ehrenamt dürfen wir das Vertrauen nicht verlieren und die Motivation. Halten wir beides am Leben! Auch hier lasst den Worten Taten folgen! Für den Jänner dieses Jahres war nach Ankündigung des Kollegen Achammer eine Ehrenamts-Konferenz geplant, bei der sich Mitglieder der Landesregierung über die Notwendigkeiten der Ehrenamtlichen informieren wollten.

Auf diese Konferenz warten wir immer noch. Sicher, Covid hat einiges hinfällig werden lassen. Aber bekanntlich ging es erst im März mit Covid los. Das Versprechen ist somit nur ein solches geblieben. Seit Jahren wiederholen die Ehrenamtlichen mantramäßig ihre Forderungen. Ich habe versucht einer dieser Forderungen im heurigen Sommer mit einem Beschlussantrag gerecht zu werden, der Forderung nach mehrjährigen Finanzierungszusagen für ehrenamtliche Vereine. Einmal mehr wurde ein Vorschlag vom Team K von der Mehrheit abgelehnt mit dem Hinweis, dass mehrjährige Finanzierungszusagen und damit finanzielle Planungssicherheit für Vereine schon möglich wäre und gemacht würde. Das Kulturgesetz gibt es ja her, wie wir wissen, aber eben nur das Kulturgesetz. Ich wollte diese Regelung auf alle Bereiche des Ehrenamtes ausgedehnt wissen.

Nach den Aussagen des Landeshauptmannes im Plenum, wonach Vereinen schon mehrjährige Zusagen gemacht werden, habe ich mir erlaubt, mit einer Anfrage Klarheit zu schaffen. Vor 2 Wochen habe ich die ernüchternden Fakten bekommen. Fakt ist, dass derzeit, heuer im Jahr 2020 für keinen Verein oder Organisation ein mehrjähriges Finanzierungsprogramm läuft. Von den über 2.600 Vereinen, die wir in Südtirol haben, wurde eine Mehrjahresförderung für die Jahre 2017 bis 2019 – heuer nicht - lediglich 11 Organisationen gewährt, darunter die Genossenschaft Waltherhaus, das Südtiroler Kulturinstitut und zwei Stadttheater. Das sind jetzt in meinen Augen nicht die traditionellen Vereine wie Musikkapellen, Schützen, Imkervereine, Chöre, Theatervereine, Soziale Vereine usw. Auch sie fordern seit Jahren neben einer besseren finanziellen Ausstattung eben diese mehrjährigen Finanzierungszusagen und die Planungssicherheit.

Ich hoffe und wünsche es mir, dass dieses Finanzierungsinstrument in Zukunft häufiger im Ehrenamt eingesetzt wird, auch mit der Gefahr für die Landesräte und -rätinnen, dass sie ein Machtinstrument verlieren bzw. es abgeschwächt wird. Dieses Bittstellertum im Ehrenamt gehört abgeschafft. Hier braucht es in Zukunft auch eine klarere Linie in meinen Augen. Jene Menschen, die in den Vereinen arbeiten und riskieren, brauchen klare Regeln, verlässliche Zusagen, Gesetze und Hilfe, die auch funktionieren und entlasten: Die Probleme kennen wir doch schon seit Jahren. Ebenso bekannt sind die bürokratischen Hürden und die Probleme rund um die Haftung und Verantwortung in einem Verein. Hier muss sich Politik noch stärker an die Seite der 150.000 Ehrenamtlichen stellen.

"Gehen wir es an und halten wir zusammen", so die Abschlussworte des Landeshauptmannes in der Haushaltsrede. Ja, Zusammenhalt und Zusammenarbeit wünsche ich mir auch, auch im Landtag. Eine Zusammenarbeit die von den Erfahrungen, Vorschlägen und der Motivation vieler profitiert. Eine Zusammenarbeit die abseits der alten leidigen politischen Spielchen in einem wertschätzenden demokratischen Diskurs funktioniert und gestaltet wird. Dies mein kleiner bescheidener vorweihnachtlicher Wunsch als Mitglied dieses Landtages. Vielleicht wird 2021 ja das Jahr des neuen politischen Stils. Dieses Wunschenken sei mir, als immer noch politischer Frischling, wie mich vor kurzem vom Kollegen Knoll betitelt hat, zugestanden.

Eigentlich wollte ich an dieser Stelle damit enden, bis ich heute Früh die Worte eines Südtiroler Musikers gelesen habe, der im Frühjahr schwer an Covid erkrankt war. Er schreibt: "Das Jahr 2020 ist bald vorbei. Es wird in die Geschichte eingehen als ein sehr schlimmes Jahr ... als Jahr, welches so mancher von uns gerne aus dem Gedächtnis streichen möchte. Ein Virus hat die Welt verändert. Ein winziges Irgendetwas, nur mit speziellen Mikroskopen sichtbares, nicht spürbares oder riechbares "Ding" vermag es die Menschheit in Angst, Trauer, Wut und Leid zu versetzen. Ein Jahr, welches wir am liebsten verfluchen möchten, geht zu Ende. Aber sollten wir dieses Jahr wirklich streichen? Hat uns die Pandemie nicht auch einiges gelehrt? Wir sind weniger mit dem Auto gefahren, haben gelernt sparsamer zu leben, der Wert älterer Menschen ist vielen von uns wieder in den Sinn gekommen, die Umwelt hat sich erholt, wir sind zur Einsicht gekommen, dass wir nicht unbesiegbar sind und dass wir Menschen letztendlich alle - ausnahmslos - loslassen müssen. Rücksicht, Respekt und Nächstenliebe, das sind die Werte, die wir mitnehmen sollten ins nächste Jahr. Hat das Jahr 2020 nicht etwa mit dem Finger auf uns gezeigt, um uns daran zu erinnern wer wir sind und was wir sind? Ich denke, jeder von uns hat seine eigene Antwort schon lange gefunden. Wir alle können Rücksicht, Respekt und Nächstenliebe schenken. Nur so werden wir auch damit beschenkt. In diesem Sinne wünsche ich allen Menschen auf dieser Welt frohe, besinnliche und schöne Weihnachten und einen guten Rutsch ins Jahr 2021, denn ohne 2020 gäbe es kein 2021." Danke, lieber Joe Morandell für diese Worte.

PRÄSIDENT: Abgeordneter Staffler, Sie haben das Wort, bitte.

STAFFLER (Grüne Fraktion - Gruppo verde - Grupa vërda): Danke, Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, geschätzte Kolleginnen und Kollegen hier im Saal, geschätzte Kolleginnen und Kollegen draußen an den Computern! Wir vermissen euch, es ist hier ein bisschen einsam, und wir hoffen alle, dass dieses Jahr und diese Situation sich nicht wiederholen möge. Ich habe mir zum Ende dieses Pandemiejahres viele Gedanken gemacht. Soll man Worte verlieren, soll man keine Worte über diese traurigen Geschehnisse, die wir hatten, verlieren? Und ich denke, das Wichtigste waren die Schweigeminuten, die wir hier abgehalten haben. Wenn man sich über das Leid und den Tod von vielen Menschen Gedanken macht, dann ist Schweigen angebracht und sicherlich die schönste und beste Geste. Ja, liebe Kolleginnen und Kollegen, es hat uns kalt erwischt. Es hat uns vollkommen unvorbereitet erwischt. Wir, das sind wir alle, die Bürgerinnen, die Verwaltungen, das Gesundheitssystem, die Wissenschaft hat es auch ganz kalt erwischt. Begonnen hat alles als Gesundheitskrise, das war sozusagen das Erste, was wir gehört haben, dass in China die Menschen an einer seltsamen Krankheit erkranken würden, aber es hat sich dann gleich herausgestellt, dass in kurzen Abständen Folgekrisen entstanden sind. Die Wissenschaftskrise als Allererstes, die Arbeitsmarktkrise, dann die Wirtschaftskrise, in der wir uns immer noch befinden, und die psychologische Krise. Also, wenn man es genau nimmt, ist es eine umfassende Gesellschaftskrise. In Italien und wohl auch in Südtirol war es so, dass zu Beginn dieser Pandemie in erster Linie die Menschen der Seniorenwohnheime besonders darunter litten und heute in der Früh wurde mitgeteilt, dass von den 600 Todesopfern, die wir in diesem Land zu beklagen haben, 300 in den Seniorenwohnheimen zu Tode gekommen sind. Das, sehr verehrte Landesrätin Deeg, bedarf auch einer Untersuchung. Das müssen wir versuchen zu verstehen, was da passiert ist, ohne jetzt einzelnen Menschen eine Schuldzuweisung zu machen. Das ist doch eine ganz deutliche und eklatante Zahl. Hier werden wir dann hoffentlich auch Antworten bekommen, was da passiert ist. Der italienische Lockdown im Frühling hatte es in sich. Er war nicht der Lockdown, den wir in Österreich oder in Deutschland hatten. Es war etwas ganz Besonderes. Wir selber, wir wurden über Nacht zu Insassen unserer Wohnungen, unserer Häuser. Wir durften nicht mal hinaus. Das hat es noch nie gegeben. Und zu Beginn war es auch so, dass man sich nicht auskannte. Man wusste nicht, wo es lang geht und woher die Krankheit kommt und wie sich die Krankheit entwickelt. Deshalb waren wir zu Beginn auch leise. Aber es dauerte nicht lange und es kamen die ersten Stimmen auf. "Was passiert denn hier?", wurde gefragt. Es kamen verfassungsrechtliche Fragen auf. Es kamen politische Fragen auf. Es kamen auch prinzipielle Fragen auf. Heute ist es auch so, dass sich Gerichte mit diesen Dekreten und Gesetzen von damals beschäftigen. Ich rede vom Frühjahr 2020. Philosophen beschäftigen sich mit dem Spannungsfeld zwischen Freiheit und Sicherheit. Wir haben uns sozusagen zuerst in den Schoß der Sicherheit begeben, um auf einen Teil der Freiheit zu verzichten. Und langsam, langsam rappeln wir uns heraus, klettern wir heraus aus dieser Mulde und sehen, dass man nicht der Freiheit alles opfern kann, weil wir sehen, wie wichtig, die Bewegungsfreiheit ist, weil wir sehen, wie wichtig die Freiheit ist, sich mit Menschen zu treffen, in Kontakt zu treten. Das sind wichtige Freiheitssäulen, auf die wir nicht verzichten dürfen. Man sieht es auch jetzt, die Regierungen sind mit ihren Maßnahmen insgesamt viel vorsichtiger

geworden. Es wird nicht mehr so restriktiv und gewaltig eingeschränkt, wie wir es im Frühling zu erfahren hatten. Der erste Lockdown wurde irgendwie überwunden. Jeder war noch kräftig und man hat es durchgestanden, aber der zweite Lockdown – das ist eine Beobachtung, die wir machen, und ich glaube, man hat es öfters hier gehört - ist auf eine verletzte Volksseele getroffen. Gestresste Familien, verängstigte Kinder, unglückliche Jugendliche, verunsicherte Arbeiterinnen und Angestellte, lautstark fordernde Unternehmer und zaudernde Regierungen haben ein Klima des Misstrauens erzeugt. Dieses Klima merkt man jetzt in dieser verletzten Volksseele.

Es ist so und Präsident Noggler hat es auch gestern gesagt: Wir befinden uns auf einem Grad zwischen Freiheit und Sicherheit. Präsident Noggler hat zwar nicht den Begriff Sicherheit gewählt, aber er hat Arbeit gemeint, im Prinzip geht es auch darum. Sicherheit heißt natürlich nicht nur gesundheitliche, sondern auch existenzielle Sicherheit, heißt auch Sicherheit am Arbeitsplatz. Und es ist klar, dass dieser ganz schmale Grat von den Regierungen Tag für Tag neu ausgelotet werden musste. Das war eine wirklich schwierige Aufgabe. Wir hatten ja alle keine Ahnung, werte Kolleginnen und Kollegen, was eine Pandemie bzw. Epidemie so sein könnte. Natürlich haben wir das Wort und den Begriff gekannt und auch gewusst, dass es vor 100 Jahren die spanische Grippe gegeben hat. Wir haben auch gewusst, dass die letzte Pest weit zurückliegt. In Europa sind es 300 Jahre, aber es war uns gesellschaftlich und kulturell nicht bewusst, was eine Epidemie sei.

Das heißt aber nicht, dass die großen Gesundheitsorganisationen wie beispielsweise die WHO und die EMA diese Epidemien und Pandemien nicht auf ihrer Agenda hatten. Sie haben immer nach möglichen Ausgangspunkten von Epidemien und nach möglichen Ausgangspunkten von Pandemien Ausschau gehalten. Viele wurden in den letzten Jahren und Jahrzehnten auch rechtzeitig eingedämmt, sie sind vor Ort noch wesentlich gefährlicher, sagen uns die Mediziner. Dieses Mal ist es nicht gelungen. Warum ist es nicht gelungen? Weil unser Lebensstil eine Ausbreitungsgeschwindigkeit ermöglicht, die es noch nie gegeben hat, eine Ausbreitungsgeschwindigkeit einer Krankheit, die unglaublich schnell war. Wir müssen uns nur einmal vor Augen halten, wie viele Menschen sich zum gleichen Zeitpunkt in der Luft befinden. Es sind mehrere Millionen. Mehrere Millionen waren bis zum Lockdown im Frühling zu jedem Zeitpunkt des Tages in jeder Minute in der Luft in Flugzeugen. Also man kann sagen: Ein kleiner Staat so wie die Schweiz oder Österreich ist permanent in der Luft. Da darf man sich natürlich nicht wundern, dass die Ausbreitungsgeschwindigkeit einer Pandemie dermaßen rasant vonstattengeht. Die Wissenschaft wird daraus lernen und hat daraus gelernt. Man sieht jetzt auch, dass der Umgang mit diesen Daten, Fakten immer konsistenter und besser wird, aber auch die Überlappung der verschiedenen Aussagen immer besser wird. Aber was wir daraus lernen müssen, ist, dass das öffentliche Gesundheitssystem, das enorm gelitten hat, jetzt eine Unterstützung braucht. Das öffentliche Gesundheitssystem braucht ein Revival. Allerdings – das haben die Kollegen Dello Sbarba, Repetto und Ploner angedeutet – kommt das öffentliche Gesundheitssystem jetzt gewaltig unter die Räder. Wenn es auch ein schleichender Prozess ist, wir sehen es nicht, wir hören es nicht, aber es ist da. Es wird auch neue Frühwarnsysteme geben und es wird drei Generationen geben, also unsere Generation, die Generation unserer Kinder und die Generation unserer Eltern, die in Zukunft wissen, was die AHA-Regeln sind. Sie werden wissen, dass bei einem epidemischen Notfall die AHA-Regeln einzuhalten sind. Das ist ein Wissen, das wir bisher nicht hatten. Das werden wir über unser ganzes Leben beibehalten und mit diesem Wissen werden wir auch, wie wir hier sitzen, ins Grab steigen. Daher möchte ich nur sagen: Nach Corona, werte Kolleginnen und Kollegen, ist vor Corona! Wir müssen damit leben, dass diese Art von Krankheiten, von epidemischen und pandemischen Krankheiten wiederkommen werden, weil wir ein anderes Leben leben als noch vor 100 und 200 Jahren, weil die Ausbreitungsgeschwindigkeit so rasant ist und weil – das sagen uns die Ärzte und Ärztinnen – durch den Lebenswandel der gesamten Menschheit einfach Übersprünge stattfinden, die es in dieser Form noch nie gegeben hat, Übersprünge von Viren oder Bakterien von Tieren auf Menschen.

Deshalb noch einmal mein Appell an die Landesregierung, an den Landesrat für das Gesundheitswesen, an den Landeshauptmann! Es hat sich gezeigt, dass die neoliberale Sparpolitik im Gesundheitswesen und die Privatisierungen ein totaler Reinfall waren. Und hier gilt es umzusteuern. Kollege Dello Sbarba hat herausgearbeitet, was hier bei uns in Südtirol passiert, dass sich die Privatisierung seit Kollege Widmann am Ruder ist – wie ich schon gesagt habe – schleichend fortsetzt und wir irgendwann eine sehr hohe Privatisierungsquote haben werden. Das ist nicht in Ordnung, das ist nicht gerecht und das ist auch strategisch falsch. Weil wir schon bei Sicherheit sind, werte Kolleginnen und Kollegen, möchte ich auch ganz kurz auf die Massentestung eingehen. Die Massentestung wurde von der Südtiroler Landesregierung als großer Sicherheitscup lanciert. Hinter vorgehaltener Hand – das war so Ende Oktober, Anfang November – wurde gesagt, man könnte mit dieser Massentestung die Inzidenzrate innerhalb Anfang/Mitte Dezember auf unter 50 senken. Das

war die Idee, die dahintersteckte. Werte Kolleginnen und Kollegen, geschätzter Herr Landeshauptmann, verstehen Sie mich bitte nicht falsch! Wir, die Grüne Fraktion, waren von Anfang an der Meinung, Ja, diese Massentestung sei zu machen, weil wir gesagt haben, dass wir daraus auf jeden Fall etwas lernen werden. Wir werden lernen, wie sich die geografische Verteilung der Infektionen darstellt. Wir werden vielleicht auch lernen, wie sich die Altersverteilung darstellt. Wir werden auch lernen, ob Massentestungen Sinn machen oder nicht, das hat noch niemand so richtig gewusst. Wir haben gelernt. Deswegen finden wir immer noch, dass die Massentestung als solche in Ordnung war. Was aber nicht in Ordnung war, werte Kolleginnen und Kollegen, werte Mitglieder der Landesregierung, war diese unredliche Kommunikation. Die Landesregierung ging nämlich von der These aus, dass mit dem Massenscreening ungefähr 30.000 Menschen abgeschöpft und isoliert werden könnten. 30.000 war das Ziel. Wenn diese 30.000 eingetroffen wären, dann hätte man es in der Tat geschafft, die Inzidenzrate auf unter 50 zu senken und dem Dezember-Shopping sowie dem Weihnachtstourismus wäre nichts im Weg gestanden. Nur waren es nicht 30.000, die wir gefunden haben, sondern 3.000 und aus dieser Sicht war der ganze millionenschwere Aufwand ein Schlag ins Wasser. Das muss man sagen. Und dann kam etwas, was mich auch geärgert hat: Um dieses Fiasko zu vertuschen, hat man Folgendes gemacht. Man hat dauernd über die hervorragende Beteiligung der Südtirolerinnen und Südtiroler gesprochen und laufend bzw. gebetsmühlenartig über die logistische Höchstleistung unserer Verwaltung gesprochen. Beides ist zutreffend. Aber der ursprüngliche Zweck, das ursprüngliche Ziel der Massentestung, nämlich die Rettung des Weihnachts- und des Wintertourismus wurden nicht erreicht. Ich möchte auch sagen, dass dieser Zweck legitim wäre. Es ist ja nicht so, dass man das nicht einfach anpeilen kann, warum nicht!? Das Dezembergeschäft ist ein wichtiges Geschäft. Diesen Zweck anzupeilen, ist in Ordnung und legitim, aber dann muss man es auch kommunizieren. Dann muss es den Leuten sagen, dann muss man es den Menschen vor Ort sagen: Schaut, wir möchten mit aller Gewalt das Weihnachtsgeschäft retten und wir tun jetzt alles, um dies zu erreichen! Das hätte ich mir erwartet. Ich hätte mir von der Landesregierung erwartet, dass sie der Bevölkerung reinen Wein einschenkt, warum es zu dieser Massentestung kommt. Das verstehe ich unter redlicher Kommunikation. Und diese redliche Kommunikation ist mir einfach abgegangen. Verstehen Sie das, geschätzter Landeshauptmann, als konstruktive Kritik! Ich glaube, hier ist im Kommunikationsbereich einfach etwas schiefgelaufen. Auf das muss ich in meiner Funktion als Landtagsabgeordneter des Südtiroler Landtages hinweisen.

Wir haben in dieser multiplen Krise - man kann sie ohne Weiteres so nennen – gesehen, dass die Grundrechte zum Teil ausgehebelt wurden, aber man hat auch ein gewisses Verständnis aufgebracht, weil zu Beginn dieser Krise die Regierungen ja nur auf Sicht segeln konnten. Und hier machen wir niemandem einen Vorwurf. Ich glaube auch, dass alle Regierungen – da stellen wir uns gegen alle Verschwörungstheorien und gegen alle Verschwörungstheoretiker oder Verschwörer - nach bestem Wissen und Gewissen gehandelt haben. Aber – das möchte ich an dieser Stelle auch sagen – die Einbeziehung der Parlamente und die Einbeziehung des Südtiroler Landtages war äußerst mangelhaft. Immer wieder – so ging es mir und ich weiß nicht, wie es Ihnen gegangen ist, werte Kolleginnen und Kollegen – blickte ich neidvoll nach Rom, weil Ministerpräsident Conte das Parlament viel öfters einberufte und viel öfters informierte, als es der Herr Landeshauptmann mit uns tat. Das ist ein Manko und auf dieses Manko muss ich hinweisen, weil man einfach sieht, was dann passiert. Die Krise deckt einiges auf. Ich möchte sagen, dass diese Krise institutionell – ich rede jetzt von der institutionellen Ebene – zwei schiefe Ebenen aufgezeigt hat. Die erste schiefe Ebene hat sich zwischen Exekutive und Legislative eingestellt. Oben auf der schiefen Ebene hat sich die Exekutive festgekrallt und täglich kommuniziert und wir von der Legislative waren ganz unten auf der schiefen Ebene und mussten täglich schauen, dass wir nicht endgültig abstürzen. So war die Situation und so war das Bild. Dieses Bild, das ich da erzeugt habe, werte Kolleginnen und Kollegen, deutet auf eine Dynamik hin, die einer liberalen Demokratie einfach nicht würdig ist. Das darf sich in dieser Form einfach nicht wiederholen. Ich erwarte mir bei der nächsten ähnlichen Krise, dass der Landtag aus meiner Sicht auch permanent tagt. In unserer Geschäftsordnung besteht die Möglichkeit, dass uns der Präsident des Landtages innerhalb von 48 Stunden einberuft. Das erwarte ich mir in Zukunft. Ich erwarte mir bei ähnlichen Krisen, dass diese Geschäftsordnung umgesetzt wird und dass wir innerhalb 48 Stunden einberufen werden, um die Dekrete, um die Situation mit der Landesregierung zu besprechen. Das muss in Zukunft passieren. Wenn 48 Stunden zuviel sind bzw. wenn das zu lang ist, dann plädiere ich jetzt dafür, dass wir es auf 24 Stunden oder auf 12 Stunden für äußerste Notfälle reduzieren, weil wir das brauchen. Das muss in Zukunft möglich sein. Das war die erste schiefe Ebene. Die zweite schiefe Ebene konnte von uns beobachtet werden, dass die Wirtschaftsverbände einen direkten Draht in das Palais Widmann, einen direkten Draht zum Landeshauptmann und einen direkten Draht zur Landesregierung hatten, sozusagen ein rotes Corona-Telefon. Die Sozialverbände hingegen, werte Kolleginnen und Kollegen, hatten

es schon ungleich schwerer. Die taten sich schon schwerer, den Fuß ins Palais zu setzen, von den Umweltschutzverbänden gar nicht zu reden! Diejenigen wurden marginalisiert. Die spielten überhaupt keine Rolle. Das ist einfach ein unfaires Regieren. Das ist ein ungerechtes und einseitiges Regieren!

Wenn wir schon bei institutionellen Krisen sind, möchte ich auch kurz noch auf die Wissenschaft eingehen. Sie – das muss man einfach auch sagen – dient zur Entlastung der Regierungen. Die Wissenschaft war der Wucht des Corona-Aufpralls nicht gewachsen. Anfangs mussten sich auch ganz etablierte Institute wie das Istituto Superiore di Sanità oder das Robert-Koch-Institut erst orientieren. Es brauchte eine gewisse Zeit, bis sich diese Institute fangen konnten, bis sie festen Boden unter den Füßen bekamen und dann konnten sie den Regierungen auch endlich wirksame Hilfestellungen geben. Das war natürlich wichtig.

Trotz Corona, werte Kolleginnen und Kollegen, gibt es alte Herausforderungen, die bestehen bleiben und es kommen neue Herausforderungen hinzu. Jetzt komme ich langsam zum eigentlichen Thema, zum Haushalt 2021. Die Erderhitzung geht munter weiter, schreitet munter voran, hier gibt es keinen Abbruch. Die Biodiversitätskrise, meine werten Kolleginnen und Kollegen, geht auch weiter und wird von dieser Landesregierung überhaupt nicht ernst genommen. Der europäische Wohlfahrtsstaat kommt immer mehr unter Druck und in Südtirol braucht es das erste Mal, seit viele denken können, wahrscheinlich überhaupt das erste Mal eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Das sind alles Dinge, die auf uns zukommen und denen wir uns in Zukunft stellen müssen.

Ich möchte ganz kurz mit der aktiven Arbeitsmarktpolitik beginnen. Ich sehe im Haushalt keine, aber schon keine Ansätze dazu. Wie schwer die Corona-Krise schlussendlich den Arbeitsmarkt treffen wird, kann jetzt niemand sagen. Aber die Fachleute sagen: Corona wird einige Verwerfungen erzeugen, auf die die Landespolitik überhaupt nicht vorbereitet ist. Jetzt ist es auch verständlich, muss man sagen. Ich mache keinen Vorwurf, dass jemand, der seit 40 Jahren nur über Vollbeschäftigung redet und wo die Beschäftigungszahlen von Jahr zu Jahr zunehmen, nicht ein Konzept bereit hat, über eine aktive Arbeitsmarktpolitik. Nein, das ist nicht der Vorwurf. Die Aufforderung bzw. der Appell ist höchstens jener, dass ich im Haushalt keine Maßnahmen sehe und es für mich total unverständlich ist, dass es zu diesem Thema "aktive Arbeitsmarktpolitik" eine Nicht-Reaktion gibt. Wie kann das sein? Ich gehe jetzt einmal vom schlechteren Fall aus, denn man soll sich beim Risikomanagement auf den schlechteren Fall und nicht auf den besseren Fall konzentrieren. Ich gehe davon aus, dass viele Erwachsene voraussichtlich arbeitslos werden, dass gewisse Branchen nicht mehr so viel Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer benötigen werden und dass diese Menschen umzuschulen sind. Aber dafür braucht es aktive Konzepte. Dafür genügt es nicht, einen Kurs aufzumachen, jetzt einmal einen Kurs zu besuchen, dann werden wir schon weitersehen. Das müssen wir von Anfang bis zum Ende durchdenken und diese Konzepte sehe ich nicht. Es geht auch um junge Menschen, die in das Arbeitsleben einsteigen wollen. Sie werden jetzt vielleicht viel größere Schwierigkeiten in ihrem Bereich haben, in dem sie ausgebildet sind oder sich ausbilden wollten, einzusteigen. Auch dort braucht es neue Konzepte.

Die Erderhitzung ist ein Thema, das mittlerweile von fast allen Fraktionen angesprochen wird, was immerhin schon ein Fortschritt ist. Das muss man sagen. Aber der vorliegende Haushalt lässt bezüglich Maßnahmen gegen die Erderhitzung wenig Fortschrittliches erahnen, weil die Geldmittel für Umweltpolitik halbiert wurden. Wie sollen wir auf diese Weise den CO₂-Ausstoß von Gebäuden drastisch verringern? Wie sollen wir auf diese Weise den Verkehr vermeiden, wenn wir hier nicht Geld in die Hand nehmen, und wie sollen wir die Methan- und Lachgasemissionen in der Landwirtschaft reduzieren? Das sind alles Dinge, die aus dem Haushalt nicht hervorgehen. Bei der Sanierung von Gebäuden kommt uns vielleicht der Staat mit dem Superbonus 110 Prozent zugute. Er wird uns da helfen, obwohl dieser Superbonus 110 Prozent nur bis ans Ende 2021 geht, aber es ist ein hochinteressanter und sehr mutiger Ansatz, den der italienische Staat hier ausgearbeitet hat.

In der Haushaltsrede hat mir eine Sache gut gefallen, wie Sie sagen, geschätzter Herr Landeshauptmann. Es müsse vermehrt mit Holz gebaut werden. Ja, das - finde ich - ist echt wichtig und wir verweisen ja schon seit Jahren auf Holz oder andere nachwachsende Produkte wie Hanf, Stroh oder Ähnliches. Es ist hier auf jeden Fall eine Wende einzuleiten, weil die Betonmengen, die in der Vergangenheit verbaut werden, die derzeit hier in der Nachbarschaft verbaut werden und noch zukünftig verbaut werden, sind nicht imstande, etwas gegen den CO₂-Ausstoß zu machen, weil Beton ist zwar technisch gesehen ein ganz toller Baustoff, aber aus der Sicht der CO₂-Emissionen eine reine Katastrophe. Nicht der Beton als solcher, sondern die Zementherstellung ist das große Thema.

Die Verkehrspolitik oder Mobilitätspolitik – so müsste man es heute sagen – ist auch etwas, womit ich Schwierigkeiten habe. Das Erste, was wir erreichen müssen, ist Verkehr vermeiden. Wir müssen alles tun, um Verkehr zu vermeiden und dann den Verkehr zu reduzieren, aber wenn ich im Haushalt sehe, dass die Geldmittel für den Bau von Straßen, von Brücken, von Unterführungen, von Tunnels mit 120 Millionen Euro um ein Vielfaches höher sind als die Umwelt- und die Naturschutzausgaben, dann gibt es hier ein Missverhältnis, werte Kolleginnen und Kollegen! Das wissen wir spätestens seit Professor Knoflacher dieses Land bereist und überall Vorträge gehalten hat. Spätestens seit 20, 25 Jahren wissen wir, dass, wer Straßen baut, Verkehr ernten wird. Das ist ein Gesetz, das hat sich bis jetzt immer noch bewährt. Und deshalb sehe ich hier eine Infrastrukturpolitik, die sehr stark bedacht wird, mit 120 Millionen Euro. Diese Infrastrukturpolitik steht doch vor allem den Straßen, Brücken und Tunnels diametral einer vernünftigen zukunftsweisenden Klima- und Umweltpolitik entgegen. Es kann doch nicht sein, werte Kolleginnen und Kollegen, dass 2021 mehr Geld für den Straßenbau zur Verfügung steht als 2018, 2019 und 2020. Das ist doch eine Entwicklung, die für mich vollkommen unverständlich ist. Dann finden wir auch keinen Hinweis, wie die Landesregierung die Reduktion der Emissionen aus der Milch- und Viehwirtschaft angehen will. Südtirol importiert derzeit 50 Prozent des Futterbedarfs für den Viehbestand, wahrscheinlich sogar noch mehr. Das heißt nicht nur, dass wir eine landesweite Überdüngung von Wiesen zu beobachten haben, sondern es heißt auch, dass die Super-Treibhausgase Methan- und Lachgas hier sehr stark oder überproportional ausgestoßen werden. So muss man es eigentlich sagen. Wenn die Landesregierung die Landwirtschaft nicht in ihre Klimapolitik aufnimmt, dann werden wir voraussichtlich die ehrlichen Klimaziele, wie es Kollegin Brigitte Foppa gesagt hat, nicht erreichen, die rechnerischen vielleicht schon, aber nicht die ehrlichen!

Ich habe in Ihrer Haushaltsrede natürlich auch den Begriff "Biodiversität" gefunden und er ist mich auch angesprochen. Aber "Biodiversität", geschätzter Herr Landeshauptmann, ist wesentlich mehr als ein Modewort. Die Biodiversitätskrise wird von dieser Landesregierung überhaupt nicht ernst genommen. Jetzt bevor ich weitermache, nur noch ein kurzer Hinweis. Das Buch "Wahrheit und Lüge in der Politik" von Hannah Arendt möchte ich jedem Politiker und jeder Politikerin ans Herz legen, aber ich möchte nur etwas sagen, das mich einfach auch motiviert hat, in die Politik zu gehen. Dieser kleine Satz, wo Hannah Arendt sagt: "Wenn Menschen nicht gewillt sind, das zu sagen, was ist, haben wir ein Problem." Deswegen stehe ich hier und sind wir alle hier, um zu sagen, was ist. Bezogen auf die Biodiversitätskrise muss ich sagen, was ist, nämlich wir haben klägliche 7 Millionen Euro für den Natur- und Landschaftsschutz zur Verfügung. Das ist ein Pöbel des Haushaltes. Das ist ein Tausendstel des Haushaltes. Die ganze Welt redet von Biodiversitätskrise, der Uno-Weltbiodiversitätsbericht 2019 hat darauf hingewiesen, der Biodiversitätsbericht der Europäischen Union, besser gesagt des Europäischen Umweltamtes geht in diese Richtung. Der Biodiversitätsbericht des Europäischen Rechnungshofes hat auf die Mängel hingewiesen. Nationale Biodiversitätsberichte, die Aussagen und Publikationen hiesiger Ökologinnen und Ökologen zeigen hinlänglich auf – darüber brauchen wir nicht mehr zu diskutieren –, wie schlimm es um die Biodiversität in Europa, aber auch in Südtirol bestellt ist. Der Artenschutz, werte Kolleginnen und Kollegen, wird vollkommen vernachlässigt. Nicht nur in der mangelhaften Zuteilung der Geldmittel, also lächerliche 7 Millionen, sondern auch in der personellen Ausstattung der entsprechenden Ämter. Auch dort wird gespart. Der Artenschutz ist bei dieser Landesregierung vollkommen unten durch. Wenn Sie, werter Landeshauptmann, über Biodiversität reden und nichts liefern, dann ist mir viel lieber, Sie schreiben in dieses Dokument hinein, wie viele Lifte Sie im Jahr 2021 bauen möchten. Das sind konkrete Punkte, wo wir uns dann reiben können, womit wir uns auseinandersetzen können. Bei fast allen Liften, die Sie in den letzten Jahren genehmigt haben – ich habe mir die Umweltberichte angeschaut – ging es um die Störung von Lebensräumen der Raufußhühner. Das sind Tiere, Vögel, die durch die europäische Vogelschutzrichtlinie geschützt sind, aber wir bauen Lifte in diese Gebiete hinein. Darüber müssen wir reden, nicht um den abstrakten Begriff "Biodiversität", sondern um die konkreten Auswirkungen hier. Bitte ein Appell an Sie: Schreiben Sie uns nächstes Mal hinein, was Sie tun wollen! Wie es momentan ist, müssen wir uns praktisch mit den Beschlüssen, die entstehen, selbst informieren. Schreiben Sie einfach hinein, dass Sie wieder fünf Lifte bauen wollen. Dann können wir uns an diesen Zielen gemeinsam orientieren, können uns reiben und können einen politischen Diskurs machen. Das verstehe ich unter redlicher Diskussion über Biodiversität.

Die Ökowende, die es unbedingt braucht, zum Schutz der Artenvielfalt ist aber nur möglich, wenn es gelingt, die Landwirtschaft einzubeziehen. Der Intensivobstbau mit dem Einsatz von chemisch-synthetischen Pestiziden, mit der Bepflanzung des allerletzten Quadratmeters in der Wiese und mit diesen unglaublich, mittlerweile technischen Stütz- und Schutzwerken müssen endlich in die Artenschutzdebatte einbezogen werden. Es ist interessant. Ich habe manchmal den Eindruck, gewisse Konzepte sind einfach nicht bis in die Landes-

regierung vorgedrungen, aber sie sind da. Wenn in den AGRIOS-Richtlinien – und das sind jetzt nicht die obergrünen Freaks - bereits seit Jahren steht, dass die Landwirte auf ihren Betriebsflächen ökologische Ausgleichsflächen anlegen müssen, heißt das, dass in der Fachwelt die Botschaft angekommen ist. Es geht um diese Ausgleichsflächen von fünf Prozent. Das heißt, wenn jemand – um ein Beispiel zu nennen – 10 Hektar Grund besitzt, dann müssten auf 5.000 Quadratmeter ökologische Ausgleichsflächen angelegt werden. 5.000 Quadratmeter sind ein halbes Fußballfeld. Da können sich dann Insekten, Pflanzen und Tiere schon entwickeln, aber diese Ausgleichsflächen gibt es kaum. Und hier möchte ich nur einen kleinen Blick über den Brenner werfen. Nordtirol, das bei Weitem nicht so eine intensive Landwirtschaft hat wie wir - das ist wahrscheinlich auch für Kollegen Locher interessant –, nimmt jährlich 22 Millionen Euro für sogenannte umweltgerechte landwirtschaftliche Maßnahmen in die Hand. Diese 22 Millionen finde ich in unserem Haushalt nicht. Wir hätten es bei Gott nötiger.

Aber auch – Kollege Vallazza ist nicht hier – die Viehwirtschaft muss ihren Beitrag leisten. Auch hier wird das Land Geld in die Hand nehmen müssen, um dem landesweiten Unfug der Gülleausbringung auf den Bergwiesen endlich Einhalt zu gebieten. Ein bekannter Südtiroler Autor der Gegenwart schreibt Wanderführer und Landschaftsführer und hat kürzlich einmal sein Entsetzen über die dicke Gülleschicht auf den Lärchenwiesen am Salten auf Facebook kundgetan. Er hat sich damit hauptsächlich einen Shitstorm eingebrockt, das muss ich sagen. Aber auch mir ist es heuer wieder so gegangen, dass ich gegen Ende Sommer/Anfang Herbst viele Fotos von "zugegüllten" artenreichen Bergwiesen auf über 1.600 Metern bekommen habe. Und ich habe dann die Forstbehörde kontaktiert und gemeint: "Wisst ihr eigentlich, dass das per Gesetz verboten ist?" Das Naturschutzgesetz sagt eindeutig, dass artenreiche Wiesen und artenreiche Lebensräume nicht gestört werden dürfen. Mit einer Gülleschicht werden sie gestört. Die Bauern wissen das ganz genau. Vier Jahre Gülle und die ehemalige bunte Wiese ist dahin! Das wissen die Bauern und wer das nicht weiß, soll einmal am Salten wandern gehen, dann wird er es einfach sehen. Und bereits im vergangenen Jahr – hier muss ich auch wieder sagen, was ist – hat es ähnliche Situationen gegeben, die ich mit wissenschaftlicher Hilfe dokumentiert, den Mitgliedern der Landesregierung ausgehändigt und gesagt habe: "Schaut Leute, hier wird gegen das Naturschutzgesetz verstoßen!" Was ist passiert? Gar nichts ist passiert. Einfach nichts – nada! Die Botschaft war, dass die Mitglieder der Landesregierung die eigenen Landesgesetze missachten. Geht's noch? Es will mir einfach nicht in den Kopf, werte Kolleginnen und Kollegen, dass das reichste Land weit und breit – man braucht sich nur die Zahlen anschauen – nicht in der Lage ist, in Punkto Artenschutz die eigenen Hausaufgaben zu machen. Das will mir einfach nicht in den Kopf. Es will mir auch nicht in den Kopf, werter Kollege Tauber, dass dieses Land, das tagtäglich mit Natur und Landschaft wirbt, nicht in der Lage ist, etwas für den Artenschutz zu unternehmen. Das will mir nicht in den Kopf. Das stimmt einfach nicht zusammen. Hier stimmt einfach die Redlichkeit der Kommunikation mit dem, was getan wird, nicht zusammen. Daran müssen wir arbeiten. Ich biete mich an, wir haben viele Ideen, aber hier braucht es einen Dialog. Bis jetzt ist dieser Dialog nicht zustande gekommen, weil wir sozusagen immer mit unseren Vorschlägen in den Ausschüssen vom Tisch gewischt wurden. Bis zum Landtag haben wir es mit unseren Vorschlägen oft nicht geschafft. Es will mir einfach nicht in den Kopf, dass dieses Land für die Allerschwächsten der Biosphäre – wir sind die Stärksten der Biosphäre, wie es aussieht – keine Verantwortung bereit ist zu übernehmen. Diese Allerschwächsten sind eben die wildlebenden Pflanzen, die wildlebenden Tiere und die wildlebenden Insekten. Wenn Ihnen, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, der Artenschutz aus ökologischer oder aus wissenschaftlicher Sicht schon nichts bedeutet, dann versuchen Sie doch bitte die Sache aus Ihrer christlich-sozialen Tradition heraus zu beobachten und zu betrachten. Denn dass diese Welt und viele Lebensräume bei uns unterdrückt sind, dass es unterdrückte Geschöpfe gibt, das brauchen wir nicht mehr diskutieren. Das hat die Wissenschaft schon x-mal belegt. Papst Franziskus zeigt sich in "Laudato si" auch entsetzt über die Missachtung der wildlebenden Pflanzen und wildlebenden Tiere durch uns Menschen.

Ein zweiter Punkt, auf den ich genauer eingehen möchte, ist die Bildungskrise oder die Bildungspolitik in der Krise, in der wir uns befinden. Es geht ja nicht nur darum, den Lehrpersonen jetzt mehr Geld zu geben. Darum geht es auch, das ist sowieso etwas, was aus meiner Sicht ganz normal sein müsste. Übrigens müsste jetzt in diesen Minuten - ich weiß es nicht ganz genau – vor unserer Tür ein Flashmob von den Lehrerinnen und Lehrern stattfinden. Kollegin Brigitte Foppa sagt mir um 15.00 Uhr – ich habe das nicht mehr so richtig im Kopf gehabt. Aber die Lehrpersonen in diesem Land warten seit 10 Jahren auf Zusatzverträge. Das kann doch nicht sein! Wir haben es beim BÜKV schon mehrmals nachgewiesen: Während bei uns hier in Südtirol den öffentlichen Bediensteten über die Kollektivverträge 1 bis 2 Prozent zusätzlich gegeben werden, haben Österreich und Deutschland in der gleichen Zeit 20 Prozent aufgestockt. Das muss man einfach zur Kenntnis neh-

men. Wiederum ist es nicht gelungen, den Lehrpersonen endlich ihren Landeszusatzvertrag zu geben. Das ist das eine. Die werden sich schon zur Wehr setzen, da bin ich mir ganz sicher. Die andere Botschaft ist aus meiner Sicht noch viel wichtiger. Es geht ja um Bildungspolitik, werte Kolleginnen und Kollegen, es geht um die Zukunft der Bildungspolitik. Welche Gesellschaft wollen wir zukünftig gestalten? Welche sozialen Kompetenzen wollen wir vermitteln? Welche Werte wollen wir unseren Kindern und Jugendlichen vermitteln? Welche technischen Kompetenzen wollen wir vermitteln? Von den MINT-Fächern hört man immer. Wir müssen MINT-Fächer, sprich naturwissenschaftliche technische Fächer unterrichten. Das braucht die Wirtschaft. Aber das ist doch nicht das Leben. Das Leben besteht zuerst einmal aus Werten, dann aus sozialen Kompetenzen und dann aus technischen Kompetenzen. Hier wird alles auf den Kopf gestellt. Deswegen brauchen wir eine Bildungsvision. Wenn ich über Bildungsvision rede und sehe, dass eigentlich das Résumé sparen, sparen, sparen ist, dann habe ich ein Problem damit, denn gleichzeitig wurden aus dem Corona-Topf - wir können uns noch gut daran erinnern - auf einen Schlag 30 Millionen Euro für die Anticorona-Tourismuswerbung lockergemacht. Hier sind die Lehrer, die seit Jahren auf diese 30 Millionen warten und sie nicht bekommen. Ist da nicht klar und deutlich, was dahintersteckt? Dass man der Wirtschaft alles gibt und dem Öffentlichen nichts!

Die Pensionierungswelle steigt auch beim Lehrpersonal derzeit sehr stark an. Durch diese Verhandlungsstrategie, die die Landesregierung derzeit hat, wurde bereits ein großer Frust innerhalb der Lehrerschaft erzeugt. Das sind sozusagen die Lehrerinnen und Lehrer, die jetzt frustriert sind und sagen: "Wir haben einfach keine Wertschätzung, man bringt uns einfach keine Wertschätzung entgegen." Wertschätzung bedeutet einfach auch Geld. Das ist einfach so. Jeder muss schauen, wie er über die Runden kommt. Aber das ist ein indirekter negativer Effekt, nämlich das sogenannte "Employer Branding", ein moderner Begriff. Ich wurde kürzlich erst einmal kritisiert, weil ich einen englischen Begriff verwendet habe, aber es gibt manchmal englische Begriffe, die leichter über die Lippen kommen. Employer Branding heißt nichts anderes, als dass sozusagen die Attraktivität des Arbeitgebers gestärkt werden muss. Wenn man das Bildungswesen dermaßen frustriert und nicht beachtet, wie es zur Zeit erfolgt, kann das Bildungswesen von innen heraus nicht Attraktivität ausstrahlen. Das ist notwendig. Diese innere Ausstrahlung von Attraktivität ist notwendig, damit der Arbeitsplatz Schule für die jungen Pädagoginnen und Pädagogen, die jetzt an den Universitäten ausgebildet werden, attraktiv bleibt. Dieser negative Nebeneffekt macht mir sehr große Sorgen. Dann möchte ich noch einmal darauf verweisen - nur damit wir uns im Klaren sind -, dass ungefähr 10.000 Lehrerinnen und Lehrer - Kollege Alex Ploner hat es heute schon gesagt - tagtäglich für 75.000 Schülerinnen und Schüler arbeiten, die Kindergärten sind hier nicht hineingerechnet. Also hier wird an der Zukunft gearbeitet und wir müssen die Menschen, die an der Zukunft arbeiten, unterstützen. Das tun wir aus meiner Sicht viel zu wenig. Wenn - ich möchte es noch einmal etwas vertiefen - man sich den Haushalt anschaut, dann entfallen auf das Bildungswesen 990 Millionen Euro. Das ist viel Geld. Diese 990 Millionen Euro sind etwas mehr als 15 Prozent von den derzeitigen Ausgaben, also von den 6,5 Milliarden Euro. Das ist viel Geld, aber wir müssen diese Zahlen auch international vergleichen und hier war Kollege Ploner schneller und hat es auch gut gemacht. Hier gibt es im statistischen Bereich international verschiedene Bezugsgrößen, entweder das Bruttoinlandsprodukt oder die Kosten pro Schülerin und Schüler oder die Kosten pro Einwohner. In all diesen Gärten liegen wir im hinteren Mittelfeld. Wir haben ungefähr Ausgaben von 4,1 Prozent, bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt. In Deutschland sind es 4,5 Prozent, in Österreich sind es 5,4 Prozent und in der Schweiz sind es 5,1 Prozent. Hier habe ich noch nicht einmal die Vorzugsschüler aufgezählt, sondern nur sozusagen unseren Wirtschaftsbereich, unseren kulturellen Bereich. Das heißt also, es ist auch nicht verwunderlich, dass es jetzt diese "Petition Lehrerwunderland Südtirol" gibt, die mit 3.000 Unterschriften - 3.000 von 10.000 Lehrern haben diese Petition unterschrieben - etwas aufzeigen. Sie zeigen nämlich auf, dass die an und für sich sehr starken Schulgewerkschaften - 7.000 Lehrerinnen und Lehrer sind in den Schulgewerkschaften organisiert - offensichtlich nicht mehr in der Lage sind, die Bedürfnisse der Lehrerinnen und Lehrer an die Landesregierung heranzutragen. Parallel dazu entwickelt sich eine fast schon außersozialpartnerschaftliche Bewegung. Das kann ja nicht der Sinn und Zweck sein, dass sich neben den Gewerkschaften noch einmal eine außersozialpartnerschaftliche Gewerkschaft sozusagen bilden muss, weil die Bedürfnisse einfach nicht gespürt werden, weil die Bedürfnisse dieser Menschen einfach nicht aufgenommen werden. Es haben schon mehrere gesagt: "Ich befürchte, geschätzter Landeshauptmann, langsam wird die Landesregierung diesen Bildungsbogen überspannen." Ich hoffe nur, dass er nicht schon überspannt wurde.

Ich möchte noch ganz kurz eingehen auf das immer wieder gesagte, vorgebrachte und kolportierte Argument der Investitionen. Seitdem ich in diesem Landtag sitze, höre ich von den Wirtschaftsvertretern immer die gleiche Leier, nämlich dass die Investitionen erhöht und die Fixkosten gesenkt werden müssen. Das habe

ich gestern, wenn es mich nicht ganz täuscht, sogar von der Soziallandesrätin gehört. Da frage ich mich jetzt schon, welches Selbstverständnis es hier in diesem Haus bezogen auf den Landeshaushalt gibt, weil zumindest in Europa ist es noch so, dass die öffentlichen Haushalte in allererster Linie dafür da sind, das Gemeinwohl zu organisieren und den Wohlfahrtsstaat zu finanzieren, also all jene Bereiche des öffentlichen Lebens. Kollege Renzler hat es auch ganz zart in seiner Rede anklingen lassen. Es hätte mir gefallen, wenn es ein bisschen stärker formuliert worden wäre, Kollege Renzler. Aber wer hören will und hören kann, hat die Botschaft schon verstanden. Also jene Bereiche des öffentlichen Lebens, die allen Bürgerinnen und Bürgern dieses Landes zugutekommen, ist die viel gescholtene öffentliche Verwaltung, aber sie hat unglaublich viele Aufgaben. Sie geht von der Berufsfeuerwehr bis zum Wohnbau, von der Arbeitsvermittlung bis zum Straßendienst, von der Berufsberatung bis zur Wildbachverbauung usw. Die Liste ist unglaublich lang.

Aber der öffentliche Haushalt ist auch dafür da, das öffentlich finanzierte und kostenlose Gesundheitssystem zu finanzieren. Die Fachleute sagen uns alle, dass es vom Prinzip her das Beste aller Systeme ist, weil es allen den gleichen Zugang zu Gesundheitsleistungen ermöglicht und weil es von der Kostenseite her wesentlich günstiger ist als alles Private, was wir kennen. Auch das sogenannte teure Südtiroler Gesundheitssystem mit ungefähr 2.800 Euro pro Einwohner ist immer noch viel günstiger als die Gesundheitssysteme in Österreich, in Deutschland und in der Schweiz. Da reden wir von 4.000 Euro pro Einwohner und mehr. Deswegen jeder Akt der Privatisierung hat nichts damit zu tun, das Gesundheitssystem zu verbessern, sondern ist eine reine betriebswirtschaftliche Überlegung, weil es einfach ein Business in gewissen Bereichen zu sein scheint, in die sogenannte Filetmedizin zu investieren, aber nicht nur das Gesundheitssystem, sondern auch der Pflegebereich muss vom öffentlichen Haushalt zuerst dotiert werden. Der Pflegebereich wird auch zunehmen, das wissen wir. Wir werden alle gemeinsam älter und wir sind sowieso die stärkste Fraktion in der demographischen Pyramide. Wir werden uns dann alle in den Pflegeheimen wiedersehen und dann werden wir uns erinnern: Haben wir damals die richtigen Weichen gestellt oder nicht? Wenn wir sie nicht gestellt haben, dann werden wir es auch zu spüren bekommen. Und schlussendlich muss auch der Bildungsbereich vom öffentlichen Haushalt bedacht werden. Diese Bereiche, die ich aufgezählt habe, Bildung, Pflege, Gesundheit, öffentliche Verwaltung, sind zuerst großzügig zu dotieren, wie wir gesehen haben, weil sparen in gewissen strategischen Bereichen hilft gar nichts. Dann bleibt noch ein Teil der Geldmittel übrig und diesen Teil werden wir dann in die Investitionen geben. Das sind dann die direkten Investitionen in das Vermögen des Landes oder in die Transferzahlungen für Investitionen. So müsste man es machen.

Noch einmal ein kleiner Versuch einer Analyse, was die Investitionen betrifft. Laut Haushalt fließen heuer in diesem schlimmen Jahr aus Südtiroler Sicht und im Südtiroler Gesamtverständnis 1,1 Milliarden Euro in die Investitionsausgaben, das sind fast 17 Prozent. Letztes Jahr waren es 20 Prozent, also erheblich mehr. 17 Prozent der Gesamtausgaben des Südtiroler Haushaltes fließen heuer in die Investitionen. Das bedeutet, werte Kolleginnen und Kollegen, dass wir mehr Geld in die Investitionen investieren, als wir Geld in die Bildung investieren. Ich habe es bereits gesagt, dass für die Bildung 990 Millionen Euro vorgesehen werden, das sind 15 Prozent vom Haushalt. In Investitionen fließen 1,1 Milliarden Euro, das sind 17 Prozent vom Haushalt. Das ist die erste Erkenntnis. Ich möchte auch redlich sein. Diese Zahl sagt nur so viel aus, dass die Investitionen vorne sind und die Bildung hinten. Das ist die erste Aussage. Mehr kann man momentan noch nicht sagen, aber wenn wir uns mit ähnlichen Volkswirtschaften wieder vergleichen, stellt sich so über den Daumen gepeilt heraus, dass Südtirol mit der jährlichen Investitionsquote im absoluten Spitzenfeld liegt. Wir sind Spitze, das habe ich letztes Jahr schon gesagt. Wir sind Spitze, was die Investitionen betrifft, nämlich mit einer Investitionsrate bezogen auf den Haushalt von 17 bis 20 Prozent sind wir Spitze. Vergleichen kann man es auch mit dem BIP und das habe ich versucht zu machen. Wir liegen bezogen auf unser Bruttoinlandsprodukt bei ungefähr 5 Prozent, was die Investitionen betrifft. In Deutschland und Österreich, je nach Jahr, kommen wir auf 2 bis 3 Prozent Investitionsrate bezogen auf das Bruttoinlandsprodukt. Das heißt, dass wir in Südtirol ein doppelt so hohes Investitionsvolumen zur Verfügung haben als vergleichbare Volkswirtschaften. Auch hier möchte ich, dass dieser Fakt im Landtag diskutiert wird. Vielleicht ist das der absolut richtige Weg und nur die anderen Volkswirtschaften sind hinten und müssen aufschließen. Das kann auch sein, aber hier erwarte ich mir eine gute Diskussion, nicht nur heute, sondern übers ganze Jahr und über die ganze Legislaturperiode, ob es wirklich Sinn macht, soviel Geldmittel in die Investitionen zu geben, um erstens einmal Klassenprimus zu sein, was die Investitionen betrifft, und zweitens eine Wirtschaft anzukurbeln, die eh schon läuft und boomt. Im Moment ist das nicht so, aber in der Vergangenheit war das sehr wohl der Fall. Es ergeben sich daraus die zwei wesentlichen Erkenntnisse. Erstens: Deutschland, Österreich und vermutlich auch die Schweiz investieren mehr Geld in die Bildung als in die Investitionsausgaben. Das kann man sich ganz leicht anschauen. Die

Länder investieren mehr Geld in die Bildung, dann ist die Bildung vorne und die Investitionen hinten. Bei uns ist es genau umgekehrt: Investitionen vorne und Bildung hinten. Das ist die erste Erkenntnis. Zweitens: Die Dachstaaten Deutschland, Österreich und Schweiz investieren anteilmäßig mehr Geld in die Bildung, als es Südtirol macht. Das habe ich auch schon dargelegt und Kollege Ploner hat es auch dargelegt. Wir sind 4,1 Prozent, die Staaten liegen um die 5 Prozent. Wenn diese Analyse einigermaßen richtig ist, lässt sich damit auch das Brodeln, werte Kolleginnen und Kollegen, im Bildungsbereich gut erklären. Wir sind bildungspolitisch gesehen eben keine Vorzugsschüler mehr – wir waren es vielleicht einmal –, sind jetzt eher Hinterbänkler.

Jetzt komme ich langsam zum Abschluss. Ich möchte jetzt ganz einfach noch einmal sagen: Ich bin heute da, um das zu sagen, was ist. Zugegebenermaßen ist es mit diesen neuen Rahmenbedingungen, die wir jetzt haben, schwer, den Haushalt zu schnüren. Alle Interessensgruppen wollen mehr, haben Angst zu kurz zu kommen, sind auch oftmals hektisch und hysterisch gewesen. Ich beneide die Regierung nicht, es wird wahrscheinlich an allen Ecken und Enden gezogen und gezerrt. Es wird lautstark gefordert und wahrscheinlich unter der Hand auch gedroht. All das ist, geschätzter Landeshauptmann, bei Gott nicht einfach und ich beneide – wie gesagt – niemanden, der sich mit dieser Sache jetzt auseinandersetzen muss.

Corona hat viele Tragödien verursacht. Wir hatten viele Sterbefälle, wir haben leider auch noch Sterbefälle. Es gab Entlassungen, es gab Konkurse und es wird auch noch Konkurse gegeben. Corona hat viele Schwierigkeiten geschaffen und Corona hat auch – das haben wir schon öfters gehört – doch einige Menschen zum Nachdenken gebracht. Es gab dann schon die Frage: Ist die Überhitzung unserer Wirtschaft, so wie wir sie in den vergangenen Jahren kannten, wirklich notwendig? Ist der Alltagsstress des Einzelnen nicht zuviel des Guten? In der Corona-Zeit nahmen die Menschen plötzlich die Stille wahr. Man hörte, dass es keine Kondensstreifen mehr am Himmel gibt. Die Rehe kommen bis an die Häuser heran, das waren alles so Aussagen, die man hörte. Was man auch noch hörte, ist, dass die Nachbarn über den Gartenzaun hinweg Gemüse ausgetauscht haben und solche Dinge. Das sind schöne Zeichen und daran hat sich gezeigt, dass wir doch eine soziale Gesellschaft und eine Gesellschaft der Mitmenschlichkeit sind. Einige haben gesagt: "Weniger kann auch mehr sein". Das betrifft natürlich nicht die Armen, das betrifft natürlich nicht die Allerschwächsten, denen müssen wir trotzdem kräftig unter die Arme greifen. Die großen Herausforderungen – wie gesagt – bleiben trotz allem bestehen. Die Europäische Kommission hat ein Leuchtturmprojekt aufgestellt mit dem New Green Deal, mit dem European Green Deal, wie wir ihn auch immer bezeichnen sollen. Das ist ein unglaublich starkes Zeichen von Ursula von der Leyen und Frans Timmermans. Die alte Dame – so hat es ausgeschaut – geht endlich voraus, die alte Dame Europa geht voraus und wird die Welt hoffentlich in eine neue grüne Periode mitziehen. Allerdings – das ist jetzt wirklich auch zu sagen – hat die Agrarlobby hier auch mit tatkräftiger Unterstützung des SVP-Parlamentariers Herbert Dorfmann Ursula von der Leyen und Frans Timmermans einen Riegel vorgeschoben. Das muss gesagt werden. Da waren wir mitbeteiligt, da war ein SVP-Exponent in Europa mitbeteiligt, um diesen New Green Deal zu torpedieren, zu untergraben. Das verstehe ich überhaupt nicht, weil das, Kollege Locher, ist eine Politik, die sich gegen die kleinen Betriebe richtet. Es ist eine Politik, die wir zwei nicht wollen, weil wir immer sagen, dass wir die kleinen Betriebe erhalten möchten.

Ja, Herr Präsident, ich komme zum Schluss! Ich habe meine Punkte vorgebracht. Ich möchte zum Schluss auch noch auf ein Buch hinweisen, das ich zwar immer wieder versuche zu lesen. Es ist hartes Brot "Das Prinzip Verantwortung" von Hans Jonas. Es ist hartes Brot, aber auf "Das Prinzip Verantwortung" möchte ich einfach hinweisen. Ich möchte darauf hinweisen, dass mittlerweile auch ein neues etwas Leserliches Exemplar erschienen ist. Deshalb sollten wir in dieser Reihenfolge, die ich jetzt vorbringe, einfach mehr Verantwortung für die Biodiversität übernehmen. Wir sollen mehr Verantwortung für eine aktive Arbeitsmarktpolitik übernehmen. Wir sollen mehr Verantwortung für eine aktive Bildungspolitik übernehmen. Hier haben wir als Grüne Fraktion die Corona-Politik der Regierung – das kann man bestätigen – sicherlich nie torpediert, sondern wir waren immer der Meinung, dass wir mitgehen, weil die Regierung mit Sicherheit mit bestem Wissen und Gewissen arbeitet und über viel mehr Informationen verfügt, als wir es tun, über viel mehr Expertisen und über viel mehr Daten.

Deswegen möchte ich noch abschließen mit einer Beobachtung, was ich so sehe und was ich zur Zeit nicht sehe. Ich sehe eine bemühte Landesregierung, bezogen auf die Corona-Krise. Ich sehe aber auch eine sehr stark abgekämpfte Regierungsmannschaft und ich sehe manchmal auch eine ratlose Landesregierung. Was sehe ich nicht? Ich sehe aufgrund dieses Haushaltes keine Impulse gegen die Erderhitzung. Ich sehe keine Impulse gegen den Verlust der Artenvielfalt. Ich sehe keine Impulse für eine aktive Arbeitsmarktpolitik und ich sehe keine Impulse für eine aktive Bildungspolitik. Zum Schluss möchte ich sagen, dass ich noch

etwas sehe, was mich wirklich sehr besorgt. Das ist ein Landeshauptmann und eine Landesregierung, denen die Redlichkeit abhandenkommen könnte. Kehren wir zurück zur Redlichkeit! Danke, Herr Präsident!

PRÄSIDENT: Abgeordneter Unterholzner, Sie haben das Wort, bitte.

UNTERHOLZNER (Team K): Danke, Herr Präsident, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, sehr geehrte Landesrätinnen und Landesräte und sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich werde mich sicher kürzer halten. Herr Landeshauptmann, vor einem Jahr – wenn Sie sich erinnern können – haben Sie anlässlich der Haushaltsrede gesagt: "Wir planen für 2020 1,5 Prozent Wachstum." Damals in der Rede habe ich Ihnen gesagt, dass das eine sehr mutige Prognose ist. Ich würde sagen, alles, was über 0,5 Prozent liegt, ist exzellent. Im Herbst hat man in Deutschland gesehen - und ich verfolge speziell die Automobilindustrie und die Industrie -, dass irgendetwas auf uns zukommt. Ich sage Ihnen ganz klar, dass da von Corona gar keine Rede war, obwohl nachweislich schon letztes Jahr im Herbst Coronaviren in unseren Gewässern gemessen worden sind. Dann kam März, April und war Corona auch bei uns. Darauf haben viele so hin- und herdiskutiert und auch Sie, Herr Landeshauptmann, haben gesagt, dass wir heuer in eine Rezession von circa 4 Prozent stürzen werden. Das war die Prognose im April 2020. Wenn Sie auf Ihr WhatsApp schauen, Herr Landeshauptmann, dann sehen Sie, dass ich Ihnen und den Landesräten eine WhatsApp-Nachricht geschickt habe. Schauen Sie sich den 5. April an! Wenn wir März/April nicht arbeiten, also in zwei starken Monaten nicht arbeiten, dann kann ich Ihnen als Unternehmer - nicht als Politiker - sagen, dass wir 20 Prozent vom Jahresvolumen haben, was Arbeit betrifft, weil wir im Jahr nicht 12 Monate, sondern 10 Monate produktiv arbeiten. Wenn wir 2 Monate produktiv nichts tun, dann haben wir mit Sicherheit mehr als 10 Prozent Einbußen. Jetzt stellt sich für mich die Frage: Wo stehen wir jetzt? Schauen Sie einfach, was euch damals im April geschickt habe und vergleichen Sie diese Zahlen mit denen, die alle anderen vermuten bzw. prognostizieren. Schauen Sie sich das an! Ich glaube, wir liegen weit über 10 Prozent Rezession.

Derzeit ist alles sehr, sehr schwierig und wenn ich meinen Vorrednern sehr aufmerksam zugehört habe, dann glaube ich, dass Sie die Daten nicht lesen können. Wir haben hier ein ganz tolles Instrument, diese sehr übersichtliche Aufstellung. Jetzt möchte ich ein bisschen auf diese Zahlen eingehen. Schauen Sie sich einfach das Wirtschaftsressort an! Es stimmt, dass wir in den vergangenen Jahren 2018 und 2019 eine exzellente Wirtschaft hatten. Wenn wir gute Wirtschaftsjahre haben, dann braucht die Wirtschaft nicht viel Geld bzw. die Wirtschaft ist der größte Steuerzahler. Ich rede bewusst von Wirtschaft, weil zur Wirtschaft gehören wir alle, auch wenn Kollege Renzler sagt, dass wir alles tun müssen, um jeden Arbeitsplatz zu erhalten. Genau das ist Wirtschaft: Jeder Arbeitsplatz ist Wirtschaft, jeder Arbeitgeber ist Wirtschaft und jeder Mitarbeiter ist Wirtschaft. Die Anfangsbereitstellung von 2018 betrug 80 Millionen Euro für die Wirtschaft. Schließlich wurden 2018 120 Millionen Euro für die Wirtschaft bereitgestellt. Jetzt kommen wir auf das Jahr 2020. 2020 wussten wir noch nichts, anfangs war die Welt ja noch in Ordnung. Der Haushalt wurde 2019 mit 37 Millionen Euro für die Wirtschaft dotiert. Das ist ein Viertel von 2018. Es wird immer von Corona und dem Virus geredet. Die Krise macht nicht der Virus, die Krise machen die Maßnahmen. Jetzt haben wir 2020 und zu Beginn wurden 37 Millionen Euro für die Wirtschaft festgesetzt. Ich entnehme das alles dem Haushalt. Das erfinde ich nicht. Das rede ich weder klein noch groß. Ende des Jahres 2020 haben wir 130 Millionen Euro. Jetzt kommt der Hammer: Wir haben den neuen Haushaltsvoranschlag, über den wir diskutieren. Die Bereitstellung für 2021 ist sage und schreibe mit 26 Millionen Euro für diese durch die Politik mittels Maßnahmen im Zusammenhang mit Corona ruinierte Wirtschaft vorgesehen. Da soll mir jetzt ein Mensch erklären, wie man mit 26 Millionen Euro eine gebeutelte, geschwächte und mit Maßnahmen ruinierte Wirtschaft noch retten kann. Das soll mir jemand erklären. Wenn Kollege Staffler sagt, dass die Wirtschaft soviel Geld bekommt und die Lehrer nichts bekommen, dann soll er einfach die Daten anschauen. Ich habe bestimmt nichts gegen die Daten, aber ich verweise ganz bewusst auf einige Daten. Enzian beginnt mit E wie ehrlich, Herr Landeshauptmann. Schauen Sie sich die Daten an! 26 Millionen Euro heute mitten in der Krise für die Wirtschaft, wo die Wirtschaft mit Abstand der größte Steuerzahler ist. 26 Millionen sind ein Spott. Herr Landeshauptmann, 2018 hatten Sie das Ressort Wirtschaft. Wieso hatten Sie 2017 bzw. 2018 80 Millionen für die Wirtschaft vorgesehen bei einer gut funktionierenden Wirtschaft? Und nicht jetzt, wo die Wirtschaft gebeutelt ist, wo wir nahezu täglich Regelungen und Verordnungen erlassen, bei denen die Wirtschaft nicht mehr atmen kann. Wir haben heute wirklich ohne Zweifel mit Sicherheit eine sehr, sehr schwierige Situation. Ich glaube, dass wir nach dem II. Weltkrieg wirklich noch nie in einer so schwierigen Situation waren. Genau deshalb, Herr Landeshauptmann, wie Sie es immer sagen, gemeinsam, tun Sie genau das Gegenteil. Wenn wir uns gemeinsam respektieren, wenn wir gemein-

sam diesen Karren weiterbringen wollen, dann sollten wir uns gemeinsam und respektvoll zuhören und die Sachen abwägen. Schauen Sie sich einfach diese Sachen an! Es ist sehr transparent. Ich persönlich tue mich am leichtesten mit solchen Daten, weil ich es gewohnt bin, aus Daten und Unterlagen Entscheidungen zu treffen, und nicht nur aus dem Bauchgefühl. Ich nenne nur einige Sachen: Für die Landwirtschaft, nichts gegen die Landwirtschaft, werden 49 Millionen Euro vorgesehen, während 26 Millionen Euro für die Wirtschaft dotiert werden. Jetzt soll mir irgendjemand erklären, wie viel die Landwirtschaft und wie viel die Wirtschaft im Jahr 2020 durch diese ganzen Maßnahmen gebeutelt und ruiniert worden ist. Wir alle sind der Wirtschaftskreislauf, die Landwirtschaft, die Volkswirtschaft, die Wirtschaft, die Industrie, das Handwerk, der gesamte Kreislauf. Ich sage noch einmal unmissverständlich: Wenn wir diesen Kreislauf nicht imstande sind aufrecht zu erhalten oder nicht imstande sind, weiterzubringen, dann werden wir auch kein Geld mehr haben ... Hören Sie jetzt besser? Danke. Deshalb bringt es auch nichts, wenn laufend gefordert wird, dass wir jeden Arbeitsplatz retten müssen. Die Sozialpartner brauchen Geld, diese und jene brauchen Geld. Wenn wir den Geldgebern den Atem nehmen und die Geldgeber sind unsere Chefs. Das ist nicht unser Geld. Das ist das Geld unserer Steuerzahler draußen. Das sind unsere Chefs, sofern das noch nicht alle verstanden haben. Ich bin ein schlechter Politiker und kann vielleicht auch mit Sicherheit nicht so gut reden. Aber ich glaube, dass ich eine Sprache spreche, dass mich die Leute, die einmal draußen gearbeitet haben, die sich einmal durch Krisen gekämpft haben, verstehen. Diese Leute verstehen genau diese Frage. Genau deshalb geht es mir auch nicht gut, weil ich mit den Gefühlen zuviel bei diesen Menschen draußen bin, weil ich sehe, was kaputt gemacht wird. Jetzt bin ich ein bisschen von den Themen bzw. von den Zahlen abgekommen, weil ich einige Zahlen noch ein bisschen erläutern wollte. Einfach nur um zu verstehen, genau deshalb brauchen wir hier einen Dialog, indem wir fragen: Wo könnten wir jetzt vielleicht mehr Geld und besser für die Zukunft investieren? Beispielsweise Europa steht drinnen mit 36 Millionen Euro und ich kann das nicht zuordnen, wie viel Geld wir für Europa brauchen. Deshalb kann ich das auch nicht bewerten. Wir hätten viel zu wenig Personal, weil Kollege Staffler vom Personal redet. Ich glaube einfach, dass wir ein Sanierungskonzept vom ganzen Verwaltungsapparat des öffentlichen Personals brauchen. Das ist nicht von heute auf morgen möglich, das läuft über Jahre. Genau das ist der Grund, wieso ich überhaupt hier im Landtag bin, damit man versucht, Prozesse einzusteuern, um effizienter, effektiver und produktiver zu werden. Das muss man sich anschauen. Wenn ich hier 1,2 Milliarden Euro für das Personal oder 67 Millionen Euro für die Generaldirektion sehe, dann ist das mehr als das Doppelte für die Wirtschaft. Jetzt muss man sich wirklich die Frage stellen: Ist die Generaldirektion auch so gebeutelt? Gibt es da kein Potential? Dass man sagt: Können wir hier vielleicht irgendwo abbauen bzw. rationalisieren? Ich glaube, dass es unsere primäre Aufgabe ist, so schnell wie möglich wieder zurückzukommen zu einem normalen Leben mit oder ohne Corona, mit oder ohne Virus zurückzukommen. Ich komme nachher noch ein bisschen auf den ganzen Corona-Wahnsinn zu sprechen. Auch in Bezug auf die Finanzen, 1,2 Milliarden Euro, kann man hier vielleicht irgendetwas anders machen? Ich bin hier zu wenig im Detail drinnen. Das sind nur Anstöße.

Ich habe mir noch zwei, drei Punkte mitgeschrieben, Kollege Staffler. Wenn man sagt: "Die Wirtschaft bekommt alles und die Lehrerschaft bekommt nichts", dann möchte ich darauf verweisen, dass für das deutsche Bildungsressort unter Achammer 35 Millionen Euro und für das Ressort italienische Bildung unter Vettorato 12 Millionen Euro vorgesehen sind. Das ist das Dreifache, was hier für die Wirtschaft vorgesehen ist. Das sind die Fakten. Wenn wir die Wirtschaft zugrunde richten, wenn die Wirtschaft – und ich sage es noch einmal – aufgrund der Corona-Maßnahmen und nicht aufgrund des Corona-Virus zugrunde gerichtet wurde und derzeit zugrunde gerichtet wird, dann ist es unsere Verpflichtung, denen zu helfen, damit wir morgen so schnell wie möglich, unsere Steuerzahler behalten, damit wir nicht den ganzen Wirtschaftskreislauf zugrunde richten.

Jetzt habe ich ein bisschen über diese Zahlen gesprochen. Ich werde euch noch mit weiteren Zahlen konfrontieren. Das ganze Corona-Thema hat uns seit einem Jahr im Griff. Aber jetzt ein bisschen der Reihe nach! Im April oder besser gesagt im März gab es ein bisschen Hektik im Landtag. Im April sind im Landtag die ersten Themen zu diesem Teil der Maske aufgekommen. Wenn Sie sich erinnern können, dann habe ich gesagt, dass einfach zu prüfen ist, ob diese Masken die Anforderungen erfüllen, ja oder nein, ohne Emotionen. Ich habe mich bereiterklärt, hier zu unterstützen, weil wir auch damals – und ich sage jetzt noch wir, weil ich damals noch beim Team K war - vereinbart haben, dass wir aktiv unterstützen, um diese Krise zu bewältigen. Genau das habe ich gemacht. Dann kam dieser Skandal mit den Masken. Es kam ein Retter in der Not, egal, wie es dazu gekommen ist, Firma Oberalp namens Heiner Oberrauch, aber nur für 10 Tage, denn dann war er das Opfer bzw. der Geschädigte. Lassen wir mal alles dahingestellt, wie das abgelaufen ist, aber es geht auch beim ganzen Untersuchungsausschuss aus den Anhörungen hervor. Alle waren froh, dass es überhaupt etwas gab. Wir wissen alle, dass, egal, ob es etwas nutzt oder etwas bringt, dieser sehr teuer bezahlte Schrott

aus China kommt. Ob er etwas nützt oder nichts, besagen dann verschiedene Gutachten. Auf die komme ich später noch zu sprechen. Fakt ist, egal, wie es dazu gekommen ist, egal wie es abgelaufen ist, Tatsache ist, dass Heiner Oberrauch sich bereitgestellt hat zu unterstützen. Es wurde gefeiert, es hat mit Sicherheit Telefongespräche gegeben: "Da kannst du in Vorleistung gehen, weil wir das so nicht abwickeln können." Deshalb musste alles schnell gehen und ich kenne Heiner Oberrauch seit über 40 Jahren, weil wir gemeinsam beim Militär waren. Als ich dann Heiner Oberrauch Mitte Mai gesehen habe, so habe ich ihn seit 40 Jahren nie gesehen. Deshalb sage ich jetzt einfach - und dann schließe ich mit diesem Thema ab -, Herr Landeshauptmann und Herr Landesrat Widmann und alle, die damit zu tun haben, es sollte noch Handschlagqualität geben, egal wie und was. Damit schließe ich.

Dann habe ich mich bereiterklärt, zu überprüfen, um Klarheit hineinzubringen, wie gut oder wie schlecht diese Masken sind. Irgendwann hat man den Geschäftsführer von der Deka nach Bozen geholt, lieber Kollege Franz Ploner. Kann von euch jemand Gutachten lesen? Dann müsst ihr feststellen, dass diese Masken, die die Firma Oberalp geliefert hat – diesbezüglich habe ich persönlich einen Fehlerkatalog mit dem Taskforce-Leiter Dr. Franzoni erstellt – laut Deka-Gutachten zu gut sind bzw. zu gut dichten. Ich nenne euch die genauen Daten. Die Maske darf einen Ausatemungswiderstand von höchstens 3 Millibar haben. Diese Masken haben einen Ausatemungswiderstand von 3,2 Millibar, 2,7 Millibar, 3 Millibar und 3,1 Millibar. Also sind diese Masken zu gut bzw. zu dicht. Ich kann Ihnen mit ruhigem Gewissen sagen, dass zwei Drittel dieser Masken gut und ein Drittel zu verschrotten sind. Das sind die Fakten. Dann kommt der Geschäftsführer von der Deka nach Bozen und auf die Frage von Kollegen Leiter Reber sagt er, dass genau diese Masken, bei denen Herrn Leiter Reber die Brillen anlaufen, gleich null bringen. Ich bitte euch, lest euch die ganzen Messungen durch! Die gibt es schon seit 20 Jahren, nicht erst seit Corona, wie eine Maske zu handhaben ist, wie eine Maske zu tragen ist und welche Anforderungen eine Maske braucht und wofür eine Maske schützt. Auch im Zitat drinnen sagt der Geschäftsführer von der Deka, dass diese chirurgischen Masken gleich null gegen Viren schützen. Am 23. Oktober gab das Land Südtirol eine Studie in Auftrag – diese wir mit unseren Steuergeldern bezahlt – vom Amt für Luft und Lärm und der Agentur für Umwelt- und Klimaschutz, aus der eindeutig hervorgeht, wie viel Prozent die Leute, die diese Masken aufsetzen, an CO₂ wieder einatmen. Das geht aus diesem Gutachten hervor. Liebe Kolleginnen und Kollegen, lest doch mal das Gutachten, schaut euch doch mal diese Gutachten an! Da steht eindeutig drinnen, dass, wenn wir nichts vor dem Mund haben, dann atmen wir 0 CO₂ ein. Wenn wir eine FFP2-Maske bzw. eine KN95-Maske vor dem Mund haben, dann atmen wir 12 Prozent von CO₂ ein. Wenn wir eine chirurgische Maske tragen, atmen wir 10 Prozent von CO₂ ein. Wenn wir eine Stoffmaske tragen, dann atmen wir 15 Prozent von CO₂ ein. Wenn wir einen Gesichtsschutz tragen, dann atmen wir 3 Prozent CO₂ ein. Wenn wir eine selbstgenähte Maske tragen, dann atmen wir tatsächliche 15 Prozent von CO₂ ein. In jedem Gutachten, auch von jenen der Arbeitssicherheit, steht drinnen, dass eine Maske, eine FFP1-, eine FFP2- oder eine chirurgische Maske nicht vor Viren schützt. Leute, dann werden wir doch irgendwann auf die Idee kommen, dass diese ganzen Maßnahmen in die verkehrte Richtung gehen! Vielleicht fördern diese Maßnahmen sogar die Ausbreitung des Virus. Herr Landeshauptmann, Kollege Landesrat Schuler, wenn Sie unseren Leuten die Polizei und die Aufsichtsleute nachschicken, um zu überprüfen, dass jeder eine Maske trägt, und in den Schulen das Tragen einer Maske verordnet wird, dann schaut euch doch bitte diese Daten an! Lest diese Daten! Ich weiß schon, dass mir – das hat gestern auch die Grüne Kollegin gesagt vom Enzian gesagt – nachgesagt wird, dass ich hier ausschere und nicht auf diesen Zug aufspringe. Vielleicht ist der Enzian der Einzige in diesem Hohen Hause, der irgendwann mal in der Wirtschaft draußen gearbeitet und 20 Jahre lang mit Masken gearbeitet hat. Uns wurde das Arbeiten mit Maske länger als eine halbe Stunde verboten. Jetzt werden die Masken plötzlich in der Schule vorgeschrieben. Also was ich damit sagen will, es muss doch zumindest erlaubt sein, auf diese Daten zu verweisen. Wie kann es sein, dass Südtirol – wir sind ja keine Großstadt, sondern ein aufgeteiltes Land, verstreut auf die Peripherie - die höchsten Zahlen hat? Glauben Sie tatsächlich, dass sich die Südtiroler am schlechtesten an die Maßnahmen bzw. Regeln halten? Ich glaube es nicht. Sonst wären auch nicht über 350.000 Südtiroler zu den Massentests gegangen.

Jetzt mache ich noch ein ganz kurzes Beispiel, damit man bestimmte Sachen besser versteht. Ich nehme ein Beispiel aus der Automobilindustrie. Ein Auto zu bauen, braucht man circa zwischen zwei und drei Jahre. Jeder von euch kennt wahrscheinlich diese getarnten Erbkönige, diese getarnten Fahrzeuge. Die fahren auch in Südtirol sehr stark herum. Warum glauben Sie wohl in Südtirol? Weil wir gute Straßen haben, weil wir Passstraßen haben, weil wir sehr viele unterschiedliche Gegebenheiten haben. Jetzt sollte vielleicht der Kollege Ploner – er ist ja Arzt – morgen etwas dazu sagen. Ein Auto wird innerhalb von zwei, drei Jahren entwickelt. Elektropionier Tesla wollte der gesamten europäischen Automobilindustrie zeigen, wie man ein Auto

richtig baut. Tesla hat gesagt, dass wir keine Null-Serie brauchen. Sie würden uns zeigen, dass es auch ohne Null-Serie geht. Ja, das hat Tesla gezeigt. Tesla ist dann zuerst in die Produktionshalle gekommen, dann in die Auslieferungshalle und schließlich in die Nachbesserungshalle. Das sind alles Aussagen, die nicht ich sage, sondern Elon Musk, der Gründer bzw. Chef von Tesla. Er hat immer gesagt, dass sie jetzt in der Produktionshalle, in der Auslieferungshalle und in der Nachbesserungshalle sind. Wenn Sie heute die Kundenumfragen anschauen, dann würden über 50 Prozent, die heute einen Tesla fahren, morgen keinen Tesla mehr kaufen. Wieso? Das Auto ist gut, es funktioniert sehr vieles, aber sehr viele Sachen sind nicht zuverlässig.

Jetzt leite ich über auf unsere neuen Impfdosen. Seit vielen Jahren braucht es zwischen 10 und 12 Jahre, um einen Impfstoff zu entwickeln. Plötzlich aufgrund von Corona geht es rasant, wird in mehreren Monaten ein Arzneimittel entwickelt. Siehe da, Langzeitprüfung braucht es keine mehr, Langzeittests braucht es keine mehr. Diese ganze Null-Serie braucht es nicht mehr. All das wird ignoriert. Schauen Sie sich die Daten an! Kein Hersteller übernimmt die Haftung für Folgeschäden, keine Regierung übernimmt die Haftung von Folgeschäden und dann soll sich jeder selber fragen: Leute, was machen wir jetzt hier? Schauen Sie sich mal, dass da Firmen aus dem Boden gestampft werden, die noch nicht einmal 12 Monate alt sind, aber heute wahrscheinlich in Europa am meisten Impfstoff verkaufen. Ich bringe das nur hier her, um wirklich den Entscheidern ins Gewissen zu reden: Leute, was geht hier ab? Ich verstehe einfach die Welt nicht mehr.

Ich gehe weiter zu den Maßnahmen. Sind die Maßnahmen, die hier gemacht werden, aufgrund dieses Corona-Virus verhältnismäßig oder unverhältnismäßig? Nützen sie oder schaden sie? Auch diese Fragen müssen berechtigt sein. Ich kritisiere keine Maßnahme, aber ich sage unmissverständlich, dass diese Fragen gerechtfertigt sein und beantwortet werden müssen. Bis heute haben wir in Südtirol circa 600 verstorbene Menschen an, mit oder durch Corona. Absolut mein Beileid, jeder Verstorbene, egal mit oder ohne Corona ist ein Verstorbener zuviel! Was ist mit den restlichen 4.000 Leuten, die in Südtirol gestorben sind? Ist das egal? Mein Beileid gilt auch jenen. Noch das größere Beileid geht an alle Menschen, die aufgrund der Maßnahmen geschädigt worden sind, geschädigt werden und jetzt reden müssen. Ist so ein Leben lebenswert, Ja oder Nein? Vergleichen wir doch diese Zahlen, auch die Sterberaten. Wieso vergleichen wir sie nicht? 2017 sind in Italien 650.000 Leute gestorben, 53.371 an Atmungsbeschwerden. Hat es damals eine Pandemie gegeben? Einfach eine Frage. Bis heute, wenn man den Zahlen Glauben schenken kann, sind bis jetzt in Italien 500.000 Menschen gestorben. Das sind immer noch 150.000 weniger als im Jahr 2017. Kann es sein, dass jetzt im Monat Dezember noch 150.000 Menschen in Italien sterben? Wenn ja, dann sterben sie sicher durch Corona. Wieso sterben anderweitig keine Leute mehr oder viel weniger? Wieso haben wir heute keine grippeinfizierten Leute in den Krankenhäusern? Landesrat Widmann, veröffentlichen Sie doch einmal die Zahlen, wie viele Intensivbetten wir im Jahr 2019 oder im Jahr 2018 im Winter zu dieser Zeit belegt hatten. Wieso vergraben wir diese Zahlen? Es werden immer Zahlen verglichen. Es geht das ganze Jahr um Corona und um Zahlen, Zahlen, Zahlen. Ich habe mich bei Pro und Contra nachher auch länger mit Markus Falk unterhalten. Jetzt gebe ich eine Anregung, damit ich nicht immer kritisiere. Wieso machen Sie nicht einmal den Biostatiker hochrechnen, was jetzt passiert, wenn wir den Wintertourismus und alles flachlegen, wenn wir den Leuten das Arbeiten verbieten, wenn wir die Leute zuhause einsperren? Was passiert dann? Welches sind die Folgeschäden, wieso kann man das nicht auch nach oben rechnen? Wirklich neutral ganz ehrlich nach oben rechnen. Ja, wenn wir jetzt keinen Lockdown machen, haben wir wahrscheinlich anstatt 300 Tote im Dezember oder im Januar 600 Tote. Das sind jetzt x-beliebige Zahlen, ich bin kein Biostatiker und kein Zahlenfuchs. Das sind nur Beispiele. Was machen wir auf der anderen Seite kaputt? Wie viel Leid und Elend richten wir in den Familien an? Wie viele Leute verlieren die Arbeit? Ich habe auch hierzu einige Daten aus der Handelskammer vorbereitet. Wenn wir jetzt Südtirols Wintertourismus lahmlegen, was eigentlich schon so ist, dann verlieren 45.000 Mitarbeiter ihre Arbeit. Dazu kommt noch die gesamte Lieferkette, die wahrscheinlich nicht berücksichtigt wird. Es sind nicht nur die Skilehrer, nicht nur die Liftbetreiber, nicht nur die Hoteliers, nicht nur das Gastgewerbe, es kommt auch die ganze Lieferkette unter die Räder. Dann muss ich sagen: Was tun wir alles für unsere Gesundheit, damit wir ein lebenswertes Leben leben dürfen und damit wir überhaupt überleben? Liebe Kollegen, lieber Herr Landeshauptmann, liebe Landesräte, ich habe euch mehrere E-Mails geschickt, aus denen hervorgeht, dass sich Unternehmerkollegen bereits das Leben genommen haben, nicht wegen des Corona-Virus, sondern wegen der Corona-Maßnahmen. Entschuldigung, sind das keine Toten? Die häusliche Gewalt, die Psychologen, all jene, die seit Monaten wahrnehmen und sagen: Passen wir auf, wir sollten uns wirklich alle Aspekte anschauen, durchleuchten, berücksichtigen, analysieren und dann Entscheidungen treffen.

Ich hätte jetzt noch ganz viel zu sagen, komme noch auf zwei Themen. Ich muss echt sagen, dass es mir nicht so gut bzw. so gut geht, wie es den Menschen draußen geht. So wie es vielleicht die Kollegin Ladurner gesagt hat, sollte man aus Fehlern lernen. Was haben wir vom Frühjahr, vom Lockdown gelernt? Ich habe den ganzen Sommer über gelernt, dass es nie mehr so einen Lockdown geben wird. Im Herbst erlebten wir wieder einen Lockdown. Jetzt haben wir die zweite Welle und es wird die dritte Welle kommen. Herr Ploner hat einmal von der "Dauerwelle" gesprochen. Wir sind in der Dauerwelle. Meine wirklich ehrliche Meinung ist – und ich rede hier viel mehr als Unternehmer und als Mensch, der auch durch sehr viele Herausforderungen gegangen ist und sehr viele Hürden und Hindernisse überwinden musste -: Leute, diese Maßnahmen, diese Regeln müssen mehr durchdacht werden. Auch die Folgen müssen mehr berücksichtigt werden. Zu den Tagesordnungen komme ich später.

Zum Schluss muss ich feststellen, dass es sehr, sehr viel Verbesserungspotential gibt, Herr Landeshauptmann, wenn Sie sehr oft und immer wieder sagen: Halten wir zusammen, meistern wir diese Krise gemeinsam, dann braucht es in erster Linie gegenseitigen Respekt. Als gewählte Volksvertreter sollten wir uns gegenseitig, egal, welcher Meinung jeder ist, ernst nehmen und respektieren. Das ist die Basis einer ehrlichen Zusammenarbeit. Wir können über alles sehr gerne diskutieren, wir können über alles reden, aber wir sollten uns immer auf Fakten und Daten stützen. Das will ich damit sagen. Nicht mehr und nicht weniger! Ich bin seit zwei Jahren, also ein Newcomer in der Politik und weiß, dass ich kein guter Rhetoriker bin, aber ich glaube, diejenigen, die mich verstehen wollen, verstehen mich auch. Es ist mir ganz egal, wenn sich einige Kollegen speziell aus der Grünen Fraktion über mich äußern, aber wenn wir Leute von Stuttgart herunterholen und diese Leute Daten darlegen, dann sollten wir uns doch bitte diese Daten anschauen, berücksichtigen, analysieren und uns anhand der Daten und nicht aufgrund der Personen äußern. Deshalb werde ich mich auch weiterhin für unsere Steuerzahler, für das Volk, für unsere Chefs einsetzen. Danke!

PRÄSIDENT: Jetzt ist folgende Situation: Zu Wort gemeldet hätte sich die Abgeordnete Atz Tammerle, aber ich möchte gerne eine Fraktionssprechersitzung einberufen, da wir zwei Punkte dringend zu besprechen haben. Deshalb, Frau Abgeordnete Atz Tammerle, würde ich vorschlagen, dass wir am Nachmittag mit der Generaldebatte fortfahren, denn die Zeit für eine ausgiebige Stellungnahme reicht bei Weitem nicht mehr aus. Ein Problem haben wir auch bei all jenen, die zuhause, in den Büros oder sonst wo sind. Ich kann nicht feststellen, ob sie anwesend sind, die Sitzung mitverfolgen oder nicht. Es ist natürlich auch ein Problem, die Beschlussfähigkeit festzustellen. Deshalb ersuche ich einfach auch am Nachmittag, dass wir es am Nachmittag so beibehalten. Ich ersuche jetzt, die Sitzung zu unterbrechen, um eine Fraktionssprechersitzung abzuhalten, da wir die Arbeiten bis 13.00 Uhr koordinieren und besprechen müssen. Hoffentlich schaffen wir das! Wir müssen auch über die Tagesordnungen reden und über einen Artikel, der jetzt eingefügt werden sollte, was eigentlich nicht zulässig wäre, es sei denn, man ist dafür, das zu berücksichtigen. Ich ersuche speziell den Landeshauptmann, uns darüber zu informieren, was wir möglicherweise machen können.

Abgeordnete Mair, Sie haben das Wort zum Fortgang der Arbeiten, bitte.

MAIR (Die Freiheitlichen): Herr Präsident, ich habe mich zum Fortgang der Arbeiten zu Wort gemeldet. Ich wollte nur nachfragen, ob es möglich ist, dass ich inzwischen, solange Kollege Leiter Reber nicht anwesend sein kann, an der Fraktionssprechersitzung teilnehme.

PRÄSIDENT: Auf jeden Fall. Die Sitzung ist unterbrochen.

ORE 12.27 UHR

ORE 14.32 UHR

*Bestätigung der Anwesenheit über die "Concilium"-Plattform (anstelle des Namensaufrufs) –
conferma della presenza sulla piattaforma "Concilium" (invece dell'appello nominale)*

PRÄSIDENT: Die Sitzung ist wieder aufgenommen.

Wir fahren mit der gemeinsamen Generaldebatte zu den Landesgesetzentwürfen Nr. 65/20, 66/20 und 67/20 fort. Abgeordnete Atz Tammerle, Sie haben das Wort, bitte.

ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Vielen Dank, Herr Präsident! Hier im Saal sind wirklich nur einzelne Abgeordnete anwesend. Ich weiß nicht, wie viele in der Online-Zuschaltung überhaupt präsent sind. In dem Sinne erscheint es mir schon etwas seltsam, nicht, dass es mir für diejenigen, die anwesend sind, nicht wert ist zu sprechen, aber dennoch wäre es wünschenswert, wenn die Präsenz ein bisschen höher liegen würde. Ansonsten würde ich um eine kurze Unterbrechung der Sitzung von einigen Minuten bitten, bis vielleicht alle kommen könnten.

PRÄSIDENT: Diejenigen, die daran teilnehmen können, sind zum Großteil da, deswegen fahren Sie ruhig fort!

ATZ TAMMERLE (SÜD-TIROLER FREIHEIT): Vielen Dank, schönen guten Nachmittag allen Kollegen und Kolleginnen und auch der Landesregierung! Dezember 2019 - weihnachtliche Klänge ertönen in Südtirols Gassen, in vielen Geschäften wurden in der Vorweihnachtszeit sogar zusätzliche Mitarbeiter angestellt, um die zahlreichen Kunden überhaupt bedienen zu können. Gastronomie und Hotelbetriebe haben wortwörtlich die Hände voll zu tun, die Wirtschaft floriert. Tausende Menschen tummeln sich auf Plätzen und in Straßen bei den Weihnachtsständchen. Sie sind gesellig, sie "ratschen" miteinander, sie lachen miteinander und das alles ohne Mundschutz, ohne Sicherheitsabstand und ohne Corona-Einschränkungen. Im Südtiroler Landtag läuft gerade die aktuelle Debatte zum Haushalt. Man befasst sich mit Inhalten, wie die Gelder noch besser aufgeteilt werden könnten und wie es in Südtirol noch besser gehen könnte. Das war aber im Jahr 2019. Hätte man uns damals gesagt, dass man in wenigen Wochen mit einem Lockdown zuhause sitzt, dass es einen Virus geben könnte, der alles lahmlegt, dass die Wirtschaft auf null runtergefahren wird, dann hätte man diese Person für verrückt erklärt. Von einem Tag auf den anderen im Frühjahr wurden plötzlich Schulen geschlossen und wenig später wurde alles lahmgelegt, die Wirtschaft und auch der private Bereich. Die Menschen waren für mehrere Wochen alle zuhause eingesperrt und man konnte nur noch mit Mundschutz, Sicherheitsabstand und Eigenerklärung die eigenen vier Wände verlassen. Ostern, alles stand still! Ostern im Lockdown, Eltern, Kinder, Partner, die sich über Wochen nicht treffen durften. Alten- und Behindertenheime waren auch geschlossen und für Familienangehörige nicht zugänglich, die Heimbewohner darin eingesperrt. Alle Menschen wurden von diesem Virus und den damit zusammenhängenden Einschränkungen überrascht und sie ließen diese Einschränkungen auch damals bedingungslos und widerstandslos über sich ergehen. Alle nahmen große Opfer auf sich, um hier die Hoffnung auf Besserung zu haben und dass es vielleicht wieder Normalität annehmen würde. Durch diesen Lockdown wurden aber sehr viele in finanzielle Engpässe und Nöte getrieben. Private, Betriebe, Familien, der Sommer verlief relativ ruhig, sowohl gesundheitlich, aber auch auf wirtschaftlicher Basis. Einige hatten Hoffnung, dass sich dann doch noch alles einigermaßen normalisieren könnte, dass man die großen finanziellen Lücken wieder irgendwie aufarbeiten könnte und es einigermaßen hinbekommt. Jetzt muss man aber leider feststellen, dass man wieder an dem Punkt ist, an dem wir bereits im Frühjahr waren. Nur jetzt ist es nicht Ostern, sondern Weihnachten. Wir stehen vor Weihnachten und wieder führt man das Gespräch rund um einen Lockdown. Eltern, Kinder und Partner, die sich wieder nicht treffen können. Alten- und Behindertenheime sind für Familienangehörige unzugänglich und die Heimbewohner eingesperrt, doch im Unterschied zum Frühjahr ist es jetzt so, dass viele Menschen diese Einschränkungen nicht mehr bedingungslos und widerstandslos hinnehmen, nicht weil diese Personen den Virus leugnen oder weil sie die Sicherheitsmaßnahmen nicht als wichtig empfinden würden, auch nicht weil sie die vielen Toten nicht akzeptieren oder sehen wollen, sondern weil sie mit dem Rücken zur Wand stehen, und zwar aufgrund des ersten Lockdowns. Hier spreche ich sowohl von Unternehmern, aber auch von Arbeitnehmern. Es geht hier um Personen, die einen Betrieb mit Mitarbeitern haben. Sie halten die Sicherheitsvorschriften in ihren Betrieben sehr wohl ein, sie verlangen auch keine totale Lockerung, doch sie fragen nach der Verhältnismäßigkeit. Diese Menschen sind keineswegs in dem Sinne Egoisten, dass sie sagen, es geht nur um sie und alles andere ist ihnen egal, sondern sie müssen schauen, wie sie ihren Betrieb überhaupt weiterführen und ihre Mitarbeiter erhalten können, aber auch – viele haben eine Familie – ihre Familie durchbringen können. Viele haben Darlehen in Bezug auf ihr Eigenheim und auch diese gilt es zu bewältigen. Dadurch, dass der erste Lockdown so ein großes Loch ausgerissen hat, sowohl zuhause als auch in den Betrieben, sind diese Menschen jetzt wirklich in einer Sackgasse und sie verlangen – wie gesagt – keine komplette Lockerung, aber es könnte ihnen ihre wirtschaftliche und private Existenz kosten. Deshalb rufen sie verzweifelt: "Muss das wirklich so sein – bitte lasst uns doch arbeiten! Mit Sicherheitsbestimmungen, mit Sicherheitsabstand, mit allen Vorkehrungen, die es braucht, aber lasst uns bitte arbeiten!" Es sind jene Personen, die Familienangehörige in Alters- und

Behindertenheimen haben. Auch sie verlangen keine totale Lockerung, doch auch sie fragen nach der Verhältnismäßigkeit. Bereits im ersten Lockdown durften sie ihre Eltern oder Verwandten im Alters- und Behindertenheim oder auch im Krankenhaus nicht besuchen. Beide Seiten litten und leiden noch immer stark unter diesem Besuchsverbot. Die Folgen des eingeschränkten Kontaktes und des Einsperrrens der Heimbewohner ist leider unumkehrbar. Zahlreiche Menschen sahen ihre Liebsten nicht mehr lebend. Jetzt stehen wir vor Weihnachten und sie fragen sich: "Vielleicht ist es das letzte Weihnachten, das ich mit dieser geliebten Person verbringen kann?" Viele alte Menschen verloren auch hier in den Heimen ihren Lebenswillen. Viele verstanden nicht, warum plötzlich ihre geliebten Menschen nicht mehr zu ihnen zu Besuch kommen dürften, nicht weil sie es nicht verstehen oder nachvollziehen wollen, sondern vielleicht haben sie krankheitsbedingt Demenz, Alzheimer und fragen sich von einer Minute auf die nächste wieder: Warum kommt mein Sohn, meine Tochter, mein Enkelkind nicht mehr zu mir? Diese rutschen in eine Depression und verlieren damit ihren Lebenswillen. Nicht selten hört man von Pflegenden, dass ihnen diese älteren Menschen gesagt haben: "Wenn mich eh keiner mehr will, dann kann ich auch sterben." Dieses anhaltende Besuchsverbot tut besonders jetzt zu Weihnachten weh. Es ist für diese Menschen, egal, von welcher Seite, einfach nicht nachvollziehbar. Diese Menschen verlangen nicht eine totale Lockerung, eine totale Aufhebung, sondern auch sie fragen nach der Verhältnismäßigkeit und sie bitten darum: "Muss das wirklich so sein? Lasst uns doch bitte zu unseren Verwandten, kontingentiert, mit Sicherheitsabstand, mit Sicherheitsvorkehrungen, aber lasst uns doch zu unseren geliebten Menschen in den Heimen!"

In diesem Jahr geht es beim Landeshaushalt wiederum darum, dass dort Gelder zu wenig, da zuviel sind. Man könnte hier noch etwas verschieben oder dort, aber es geht eigentlich schon längst darum, nicht nur die finanziellen Lücken, sondern vor allem die zwischenmenschlichen Lücken zu füllen. Auch die Meinungen und der Umgang mit dem Virus und allen zusammenhängenden Maßnahmen gehen in der Bevölkerung stark auseinander. Das hörten wir auch in den Wortmeldungen der Kolleginnen und Kollegen hier im Landtag. Jeder Einzelne geht anders mit dem Virus um, wie er es empfindet, wie er die Maßnahmen empfindet, ob er sich vor dem Virus fürchtet oder weniger vor dem Virus, sondern mehr vor den Folgen und vor den Maßnahmen. All dies spiegelt eigentlich nur das wider, was in der Bevölkerung vor sich geht. Hier kommt aber auch noch hinzu, dass – wie von den anderen Kolleginnen und Kollegen gesagt wurde - es so manches Mal in Gruppierungen eingeteilt wird, in die bösen und die guten. Die einen sind die Befürworter, die anderen die Gegner, sind es die Pro-Virus oder die Contra-Virus, sind es die Pro-Sicherheit oder die Contra-Sicherheit. All das wurde von anderen Kollegen angesprochen, hatten wir schon mal. Wir hatten die Dableiber und die Auswanderer. Wir hatten die Anhänger und die Nicht-Anhänger. Das führt zu nichts Gutem, wenn man die Bevölkerung und die Gesellschaft zerspaltet. Andererseits wird jeder einzelne von uns und jeder einzelne in der Bevölkerung von verschiedenen Informationsquellen gefüttert. Es sind die Medien, es sind die Nachrichten, es sind die sozialen Netzwerke. Vieles findet man, jeder wie ihm beliebt. Die einen finden Berichte, die die ganze Panikmache wiederum mildern, indem sie sagen: "Virus schön und gut, aber es braucht nicht diese Panikmache." Auf der anderen Seite laufen tagein tagaus von früh bis spät zahlreiche Berichte im Fernsehen rund um die Uhr, der eine dramatischer als der andere. Der eine schildert schlimmere Situationen als der andere rund um diesen Virus und dessen Folgen. Für viele Menschen, die sich so schon fürchten und Angst vor alledem haben, ist das die beste Nahrung noch ängstlicher zu werden. Diese Menschen schlüpfen wirklich in Situationen, wo sie sich nicht mehr getrauen, bei normalen Zeiten einkaufen zu gehen, sondern sie gehen um 6 Uhr morgens einkaufen oder ganz als Letzte am Abend, damit sie ja mit niemandem in Kontakt kommen. Sie suchen sich Wege und Straßen, wo sie ganz alleine spazieren gehen können, damit sie ja niemanden treffen. Meistens sind es ältere Personen, die vielleicht eh schon alleine wohnen und auch hier noch jeglichen Kontakt vermeiden. Die sind dann alleine mit ihrer Meinung und mit diesen Informationen, die sie über die Medien erhalten. Und wenn sie dann auch eine Person auf den Weg treffen, dann drehen sie sich nicht um, grüßen nicht, schauen sich nicht mal in die Augen, weil sie Angst haben, dass schon allein der Blick möglicherweise eine Infektion bedeuten könnte. Diese Menschen mit ihrer Angst schlüpfen ganz, ganz tief in eine Depression, in eine Isolation und die Folgen kennen wir. Es bleibt entweder nur eine Behandlung oder schlimmstenfalls ein Suizid. Dann fragt man sich auch hier: Was ist mit der Verhältnismäßigkeit? Diese Fragen haben wir als Politiker auch zu tragen und uns zu fragen: Was ist mit all den Folgen? Sicher ist Sicherheit und Abstand vor allem für jene Menschen, die Risikogruppen, die vor dem Virus zu schützen sind, wichtig, aber andererseits müssen wir uns auch die Frage stellen, was mit all jenen Personen, mit jenen Fällen, mit den Suiziden ist, die aufgrund dieser Depression daraus folgen. Was ist mit jenen, die ihre Betriebe nicht mehr halten können, weil sie ihre Familien nicht mehr erhalten können? All dies wird eben Suizidfälle zur Folge

haben. Hier müssen wir vorsichtig sein. Auch dafür müssen wir Konzepte und Gelder parat stellen, damit das abgefangen werden kann. Es gilt nicht nur die Menschen vor dem Virus zu schützen, sondern es geht auch darum, die ganzen Randerscheinungen abzufedern. Hier muss auch die Frage in der Bevölkerung berechtigt sein, wenn sie manche auch recht aggressiv stellen: Wer trägt dann die Verantwortung für all diese Fälle von Suizid, von den Toten aufgrund von Krebs, weil sie nicht früherkannt wurden und weil auch jetzt diese Früherkennungen und Präventivmaßnahmen über Monate ausgesetzt sind? Besonders heute sieht man an den Kommentaren im Internet, wie aggressiv die Menschen jetzt schon reagieren. Wir stehen vor Weihnachten, ein erneuter Lockdown steht vor der Tür. Vor Wochen wurde eigentlich prophezeit, wenn wir alle fleißig zu den Massentestungen gehen, dann könnte es ein Weihnachten mit annehmbaren Maßnahmen werden. Alle gingen fleißig zu den Tests, die Zahlen und das Ergebnis schaute gar nicht so schlecht aus. Jetzt kommt Weihnachten und es steht ein Lockdown an. Man darf diesen Menschen nicht verübeln, dass sie jetzt aggressiv reagieren, denn für viele ist die grundsätzliche Frage die Verhältnismäßigkeit. Es geht nicht darum, dass sie das Virus leugnen oder dass sie grundsätzlich Nein zu allem sagen, sondern dass sie einfach den Moment, aber auch die Zukunft sehen, mit ihren geliebten Menschen, dass es möglicherweise das letzte Weihnachten ist, das sie gemeinsam verbringen können, dass es vielleicht das letzte Jahr sein kann, das sie in ihrem Betrieb verbringen, dass es vielleicht das letzte Weihnachten sein kann, dass sie noch die letzte Rate vom Darlehen von ihrer Wohnung bezahlen können. Aus diesem Grund fragt man sich eben: Wo ist hier die Verhältnismäßigkeit? Ist es wirklich notwendig, in Zukunft in den kommenden Wochen so eingeschränkt leben zu müssen?

Ich möchte noch einmal auf die Angst der Menschen zurückkommen, denn die finde ich derzeit eigentlich am schlimmsten. Sie wird von verschiedenen Seiten so massiv genährt, dass das eigentlich nicht nur in Bezug auf den Haushalt mit Finanzen usw. zu tun hat, dass wir uns hier nicht nur mit trockenen Gesprächen und Geld befassen, sondern dass es vor allem um Menschlichkeit geht. Das hat man auch aus sehr vielen Wortmeldungen von Kollegen und Kolleginnen herausgehört. Denn Menschen brauchen in dem Sinne unbedingt einen Glauben an die Zukunft und Hoffnung, denn Hoffnung und Glaube an die Zukunft gibt Kraft. Das – glaube ich – können wir alle mehr als genug brauchen, denn der Landeshauptmann sprach in seiner Rede auch von Krisenjahren, also im Plural. Ich glaube auch, dass die Zeit im Zusammenhang mit dem Virus schneller vorbei sein wird als die Folgen daraus. Mit denen werden wir uns noch länger beschäftigen müssen. Deshalb sind nicht nur wir diejenigen, die sich damit befassen müssen, sondern vor allem die Betroffenen müssen damit zurechtkommen. Momentan gibt es Kündigungsschutz, Konkurschutz, all das ist momentan ausgesetzt. Aber es wird nicht auf ewig so bleiben. Dann wird eine riesendicke, große, riesige, mächtige Welle auf uns zukommen, so dass die Leute nicht nur aggressiv in irgendwelchen Nachrichtenportalen ihre Boshaftigkeit und ihre Meinung zum Ausdruck bringen, sondern ich bin überzeugt, dass wir sie auch vor dem Landtagsgebäude zu spüren bekommen werden, und zwar von ganz vielen Menschen, denn bis zum Schluss wird man der Politik die Schuld geben. Die Politik wird jetzt zwar versuchen, alles in Bezug auf das Virus zu tun, um dieses einzudämmen, indem die Zahlen nicht steigen, aber umgekehrt wird man danach der Politik die Schuld geben, wenn die Zahlen im eigenen Bankkonto und in der eigenen Buchhaltung im Betrieb nach unten sinken. Auch da wird man kommen und nach der Verhältnismäßigkeit fragen, ob das wirklich so sein musste. Ich betone es immer mit "so", denn es geht nicht darum, absolute Lockerungen zu verlangen, indem die Einschränkungen vollkommen beseitigt werden, sondern dass sie im Verhältnis stehen und man auch einen eigenen Weg geht. Sie haben es selbst geäußert, nicht nur im Frühjahr, sondern eben auch jetzt vor wenigen Wochen in Bezug auf die Massentests. Auch da wurde wieder prophezeit, wenn es für Südtirol gut aussieht, dann haben wir vielleicht Weihnachten ein einigermaßen verträgliches Weihnachten, dass wir unsere Familienangehörigen sehen können. Auch jetzt geht es darum, den Menschen Hoffnung zu geben, Hoffnung und Kraft, die sie in den nächsten Wochen, Monaten und vielleicht auch Jahren – wenn Sie von Krisenjahren gesprochen haben - brauchen.

Wie gesagt, vor einem Jahr befassten wir uns hier mit den Fragen: Wie können wir die Gelder besser aufteilen? Was kann man noch tun, damit alles in Südtirol noch besser wird? Jetzt heißt es: Was kann man tun, damit es nicht noch schlimmer wird?

AMHOF (SVP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Weggefährtinnen und Weggefährten in dieser doch – man könnte es wirklich so sagen - geschichtsträchtigen Zeit! Ein außergewöhnliches, schwieriges, trauriges, aber auch spannendes Jahr geht zu Ende. Noch nie zuvor mussten wir so viel, so spontan entscheiden, noch nie zuvor mussten wir so schnell und so intuitiv handeln, noch nie zuvor haben wir so viel Hilfe und Solidarität erlebt wie in diesem Jahr. 2020 geht zu Ende und mit Zuversicht und

Hoffnung erwarten wir 2021. "Erfahren. Bewerten. Verbessern." Das war und ist unser Leitspruch, der unsere Arbeit in den kommenden Jahren prägen und uns begleiten wird. Corona, das Ereignis, das in kürzester Zeit die gesamte Welt auf den Kopf gestellt hat, ist immer noch da. Die Pandemie hat uns nach wie vor fest im Griff. Die täglichen Infektionszahlen sind immer noch hoch. Obwohl die Anspannung in den Krankenhäusern etwas nachgelassen hat, kann von Entspannung keine Rede sein. Wir müssen vorsichtig bleiben!

Blicken Sie mit mir zurück auf den März, als zuerst – von heute auf morgen - die Schulen geschlossen wurden und dann nach und nach das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben runtergefahren wurde. Diese besondere Situation bedurfte besonderes Handeln und unsere Landesregierung hat das Heft des Handelns rasch und mutig in die Hand genommen. Es stimmt: Damit wurde der demokratische Entscheidungsprozess ein Stück weit ausgeklammert und nicht alle Kolleginnen und Kollegen haben das verstanden. Es war aber notwendig, um den schwierigen Anforderungen, gerecht zu werden. Aber Südtirol ist ein offenes, freies, demokratisches Land, das auch schnell wieder die demokratischen Entscheidungen aufgenommen hat. Südtirol hat bewiesen, ein Land mit kollektivem Zusammenhalt und einer starken Zivilgesellschaft zu sein: Jugendliche haben alleinstehenden älteren Menschen die Einkäufe nach Hause gebracht. Tagesmütter, die von einem Tag auf den anderen keine Kinder mehr betreuen konnten, haben Hausaufgabenhilfe angeboten. Musiker, die keine Engagements mehr hatten, musizierten im Hof ihres Kondominiums für die Nachbarn und pensionierte Ärzte traten wieder in den Dienst. Der Zusammenhalt war groß. Gleichzeitig entwickelte sich Unverständnis für die Maßnahmen, die gesetzt wurden. Der Verlust des Arbeitsplatzes, der ausständige Lohnausgleich, die Belastung zu Hause, aber vor allem die Einsamkeit, Sorgen und Ängste waren direkt spürbar und sie sind es immer noch. Zahlreiche Unterstützungsmaßnahmen wurden aufgesetzt und hier in diesem Landtag wurden die dafür nötigen Gelder verpflichtet. Soforthilfen für Familien, Soforthilfen für Betriebe, Soforthilfen für Menschen in Notsituationen. Das Gebot war, die Folgen der Pandemie abzufedern und damit den gesellschaftlichen Zusammenhalt so gut wie möglich zu sichern. Die Pandemie betrifft alle Bereiche unseres persönlichen Lebens, sie betrifft unser Gemeinwesen, das politische und wirtschaftliche System, das Gesundheitswesen. Wie unter einem Röntgengerät werden die Schwachstellen sichtbar. Aber wieder: "Erfahren. Bewerten. Verbessern." Mit aller Deutlichkeit wird uns gerade ein Spiegel vorgehalten – das kann durchaus auch eine große Chance sein.

Schauen wir in den Bildungsbereich. Wir erinnern uns: Die Schulen stellten in kürzester Zeit vom Präsenz in den Online-Unterricht um. Es gab Lehrpersonen, denen das ausgesprochen gut gelungen ist, andere hingegen kamen mit der Situation weniger gut zurecht. Vielen fehlte das technische Know-how oder ganz einfach die technische Ausrüstung, um schnell eine vernünftige Unterrichtsstunde zu gestalten. Eines allerdings ist Fakt: Die Digitalisierung der Schule wurde ungleich schnell angeschoben. Etwas, das wir seit Jahren forderten, wurde in wenigen Wochen umgesetzt. Dabei stelle ich all die Schwierigkeiten in diesem Zusammenhang nicht in Abrede. Denn auf der Seite der SchülerInnen sah es zum Teil nicht anders aus: Schülerinnen sind abgetaucht und waren für Lehrpersonen nicht mehr erreichbar, mangelhafte technische Ausstattung zu Hause oder schlichtweg einfach null Bock alleine zu lernen. Bildung war plötzlich nicht mehr für alle in gleichem Maße zugänglich – und das darf nicht sein! Jedes Kind in diesem Land muss dieselben Bildungschancen haben. Im zweiten "kleinen Lockdown" haben wir auf die Erfahrungen reagiert und vieles war sehr viel besser. Schule und Bildung müssen immer Priorität bleiben und sich dementsprechend auch im Landeshaushalt widerspiegeln, und das tun sie.

Viel diskutiert wurde dieses Jahr über das Lehrpersonal. In wenigen Minuten findet draußen auf dem Silvius-Magnago-Platz ein Flashmob vonseiten der Lehrpersonen statt. Die Erwartungshaltung an Lehrerinnen und Lehrer ist sehr hoch! Sie sollen Experten für alles sein. Für Rassismus zum Beispiel, für digitales Mobbing, für Gewaltprävention. Ganz egal, was gerade aktuell gesellschaftlich passiert, sollte am besten von den Lehrpersonen aufgefangen werden und das in einem bereits durchgeplanten Schulsystem. Die Vertragsverhandlungen für diese Berufsgruppe haben nicht zum erwarteten Ziel geführt. Der Beitrag für den Ankauf der technischen Ausstattung konnte auch nicht zugestanden werden. In wenigstens weiteren wollen wir entgegenwirken, denn das wollen wir so nicht stehen lassen. Wir haben deshalb einen Tagesordnungspunkt vorbereitet, Landesrat Philipp Achammer, Landesrat Giuliano Vettorato, Landesrat Daniel Alfreider und ich. Wir wollen den Bonus gesetzlich definieren und nicht, wie ursprünglich angedacht, als Lohnelement. Damit wollen wir das gegebene Versprechen an die Lehrpersonen halten, allerdings mit etwas Verspätung und gerade dafür ersuche ich um Verständnis!

Etwas Sorgen bereitet mir persönlich allerdings die Berufsbildung. Ich wünsche mir für diese Schülerinnen und Schüler ausreichend Ausbildungsplätze. Sie sind in doppeltem Sinne betroffen, sowohl von den Einschränkungen in der Bildung als auch von der Wirtschaftskrise.

Aber lassen Sie mich noch einmal zur Digitalisierung zurückkehren! Ich darf auf drei Punkte aufmerksam machen: Zum einen wünsche ich mir auch in Zukunft digitale Medien im Unterricht, mit denen Kinder gut lernen können, und zum anderen solche, die von den Lehrpersonen akzeptiert, genutzt und gut eingebaut werden können. Und drittens muss dabei der Kontext berücksichtigt sein: Haben alle eine adäquate Internetversorgung? Nur dann kann die Digitalisierung auch wirklich gelingen.

"Erfahren. Bewerten. Verbessern." Wir haben in kürzester Zeit sehr viel getan, jedoch Luft nach oben ist hier noch jede Menge da!

Zu einem anderen Thema jetzt: Viele Menschen werden heuer alleine Weihnachten feiern. Sie sind es, die bereits im ersten Lockdown allein zu Hause waren oder auf den Besuch ihrer Lieben verzichten mussten, weil Seniorenheime nicht mehr zugänglich waren. Warum? Weil wir diese Menschen schützen wollten - und das wollen und müssen wir nach wie vor. Das Dilemma ist klar ersichtlich: Wie garantieren wir die Sicherheit der Bewohnerinnen und Bewohner der Altenheime, ohne deren Freiheit zu sehr einzuschränken? Viele Heime wählen den rigorosen und sicheren Weg und regeln ab. Die besondere Belastungssituation für SeniorInnen und Senioren während des ersten Lockdowns wurde nun von WissenschaftlerInnen in Hamburg genauer untersucht. Das beruhigt jetzt zwar etwas, aber nichtsdestotrotz wurde festgestellt, dass vor allem diese älteren Menschen eine sehr große Akzeptanz für die Maßnahmen mitbrachten und eine große Resilienz festgestellt wurde.

Nicht untersucht, doch mindestens genauso interessant, wäre die Belastung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Sie haben viel Applaus für ihre aufopfernde Arbeit erhalten. Es ging sich auch ein Bonus aus. Langfristig müssen wir diesen Mitarbeitern aber auch die Anerkennung geben, die sie sich verdienen. Mit Landesrätin Waltraud Deeg arbeiten wir an einem Landesgesetz für die Sozialberufe - damit wäre schon ein Anfang gemacht. Denn diese Menschen verrichten nicht einfach nur ihren Job: Sie pflegen Menschen, sie hören ihnen zu, sie erzählen, spielen, basteln und arbeiten mit ihnen. Sie leben mit ihnen den Alltag.

"Erfahren. Bewerten. Verbessern." Ich denke, dass uns erst Corona die Bedeutung dieser Menschen aufgezeigt hat. Sie haben sich unsere große Wertschätzung verdient!

Diese Pandemie hat leider bisher auch viele Arbeitsplätze gefordert. Laut einer Statistik des ASTAT sind in Südtirol derzeit 10.000 Menschen arbeitslos. Wir wollen diese Menschen unterstützen, damit sie in ihre Arbeit zurückfinden können. Durch Weiterbildung und Umschulungen kann ein Teil abgefedert werden. Das bedeutet aber auch, dass wir eine aktive Arbeitsmarktpolitik betreiben müssen. Ich möchte an dieser Stelle noch einmal auf die jungen Menschen in unserem Land aufmerksam machen und insbesondere auch auf die Frauen. Wenn wir Frauen wieder zurück in den Arbeitsmarkt bringen wollen, schaffen wir das nur, wenn Arbeit und Familie miteinander gedacht und konzipiert werden können. Auch dafür sind finanzielle Mittel im Haushalt notwendig.

Die kurzfristigen finanziellen Hilfen sind gut, um temporäre Einbrüche in diversen Branchen und den damit verbunden Lohnausfall auszugleichen. Das kann jedoch auf die Dauer nicht die Lösung sein, denn die Menschen wollen arbeiten und nicht auf finanzielle Hilfen angewiesen sein. Arbeit hat in diesem Jahr einen neuen Stellenwert bekommen. Erstaunt hat mich letzthin die Aussage meiner Tochter als sie meinte: "Mami, unser Papi darf arbeiten!" Kinder bekommen oft weit mehr mit, als wir annehmen. Wir dürfen auch die psychische Belastung der Kinder in dieser Zeit nicht außer Acht lassen und unterschätzen. Bieten wir den Familien, den Alleinstehenden, den Südtirolerinnen und Südtirolern Unterstützung an! Informieren wir bitte sehr breit, auch in den anstehenden Feiertagen über Hilfsangebote, die zum großen Teil kostenlos genutzt werden können.

Wir müssen den Familien in unserem Land weiterhin unter die Armen greifen, denn die Armut nimmt zu. Dafür sind finanzielle Mittel notwendig, gerade im Sozialbereich, denn dort sind einzelne Kapitel noch nicht gedeckt. Zugegeben, nicht nur dort. Aber wenn wir niemanden zurücklassen wollen, müssen wir jetzt Unterstützung für diese Menschen vorsehen. Die Corona Krise hat die Ungleichheit in der Gesellschaft verschärft und trifft jene Menschen, die bereits vor der Krise mit extremen Problemen zu kämpfen hatten, nochmal stärker. Ich erinnere an die letzte Landtagssitzung, dort haben wir ausgiebig über Gewalt an Frauen gesprochen. Häusliche Gewalt hat im Lockdown zugenommen. Die bestehenden Hilfsangebote, die wir in unserem Land haben, müssen wir offensiver bewerben, aber vor allem entstigmatisieren. Dies gilt im Übrigen auch für die psychologischen Hilfsdienste.

Wobei ich auch schon bei einem nächsten Thema angekommen bin, das ich heute gerne ansprechen möchte: unser Gesundheitssystem. Zu wenig Schutzausrüstungen in den Krankenhäusern, viel Polemik um die angekauften Schutzmasken – das war die Corona-Lage im Frühjahr. Nach dem Motto "Erfahren. Bewerten. Verbessern." hat der Gesundheitsbetrieb inzwischen aufgerüstet, nicht nur bei den Schutzmasken und der Schutzausrüstung. Es wurden Covid-Stationen eingerichtet, das Personal ist geschulter im Umgang mit dem Virus. Mit jeder Woche lernen Medizinerinnen und Mediziner, Virologinnen und Virologen, Krankenpflegerinnen und Krankenpfleger, Pflegehelferinnen und Pflegehelfer dazu und können die Patienten noch besser und effizienter versorgen. Wichtige Vorbeugemaßnahmen wurden eingeleitet. So war zum Beispiel "Südtirol getestet" ein großer Erfolg. Die Südtirolerinnen und Südtiroler haben das Angebot angenommen und damit eigenverantwortlich gehandelt! Die Intensivstationen können wieder aufatmen, diesen - nennen wir es Vorsprung - dürfen wir aber nicht verspielen. Und wir testen weiter. Die Strategie scheint aufzugehen, ganz im Gegenteil zu den Massentests in der Slowakei. Mobile Testteams würden die Akzeptanz erhöhen, für viele ist die regelmäßige Fahrt in das nächstgelegene Krankenhaus oder Zentrum zu aufwendig. Dieser Vorschlag kommt nicht von mir, sondern von Medizinern selbst. Denn solange es den herbeigesehnten Impfstoff nicht gibt, müssen wir mit dem Virus leben, und das heißt testen.

Apropos Impfstoff: das Südtirol zugewiesene Kontingent reicht vorerst nicht aus, alle jene zu impfen, die sich vielleicht impfen lassen wollen, weswegen der Impfstoff zuerst jenen Menschen zur Verfügung steht, die in Branchen arbeiten, die dem größten Ansteckungsrisiko ausgesetzt sind. Das sollte doch von uns allen als vernünftige Lösung angenommen werden! Wenn dann Kritik laut wird, dass die Politik das Versprechen, alle zu impfen, nicht eingehalten hätte, ist das nichts anderes als ein Schlechttreden, vor allem wenn die Kritik von jenen kommt, die vor einem halben Jahr gegen die Impfpflicht demonstriert haben. Was soll man sich dabei denken? Doch vielleicht haben auch sie jetzt verstanden, dass Impfen Leben retten kann. "Erfahren. Bewerten. Verbessern." scheint auch für sie ein Weg zu sein.

Dieser Landeshaushalt ist der zweithöchste in Südtirols Geschichte, trotzdem stellt er niemanden wirklich zufrieden. Das könnte auch bedeuten: Er ist ausgeglichen – und das wollen wir hoffen, obwohl ich mir wünsche – das werden die Wirtschaftsvertreter dann auch sagen -, dass es da und dort noch Nachbesserungen gibt.

Mit einem Wunsch an uns alle schließe ich: Bitte bleiben wir vorsichtig und gehen wir sorgsam und besonnen mit den Freiheiten um, die wir haben! Verhalten wir uns verantwortungsbewusst, um vor allem jenen ein relativ geordnetes Alltagsleben zu garantieren, die es derzeit nicht haben, unseren Kindern und Jugendlichen, unseren älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern, Verantwortung tragen und Verantwortung übernehmen. Vielen herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit!

PRÄSIDENT: Abgeordneter Faistnauer, Sie haben das Wort, bitte. Sie müssen das Mikro einschalten, wir hören Sie nicht!

UNTERHOLZNER (ENZIAN): Peter, du musst das Mikrofon einschalten!

MAIR (Die Freiheitlichen): Peter, wir hören dich nicht! Er hört uns auch nicht. Kollege Unterholzner, du bist der Nachbar, kannst du vielleicht hinübergehen und es ihm bitte sagen?

FAISTNAUER (Team K): Hört man mich jetzt?

PRÄSIDENT: Jawohl, wir hören dich!

FAISTNAUER (Team K): Entschuldigung, dann beginne ich nochmal von vorne.

Sehr geehrter Herr Präsident, geschätzter Landeshauptmann, geschätzte Kolleginnen und Kollegen im Landtag, sehr geehrte Zuhörerinnen und Zuhörer im Internet! Vom Vertrauen hat der Landeshauptmann in seiner Rede viel gesprochen, wie er selbst sagt. "Vertrauen" ist auch das Stichwort vom ersten Teil meines Beitrages. Der Landeshauptmann formuliert seine Gedanken zum Vertrauen folgendermaßen: "Ein lebenswertes Leben ist für mich ohne Vertrauen nicht denkbar. Wo es Vertrauen gibt, sind auch rasche Entscheidungen im Interesse der Öffentlichkeit umsetzbar. Wo das Misstrauen und die Missgunst regieren, zieht hingegen der Stillstand ein und packt die öffentliche Hand nicht mehr an. Wir müssen deshalb ein gesellschaftliches Klima schaffen, in dem das Vertrauen wächst und nicht die Anzahl jener, die das Vertrauen untergraben."

Zitat Ende. Diese Stelle in der Rede des Landeshauptmannes erweckt in mir das Bedürfnis, sie etwas näher zu durchleuchten, etwas weiter zu fassen und etwas detaillierter zu definieren. Natürlich ist Vertrauen wichtig. Blindes Vertrauen kann allerdings gefährlich sein. Vertrauen sollte nicht allein dastehen. Vertrauen braucht Unterstützung. Vertrauen baut auf Helfer wie Weitblick, Vielfalt und Mut auf. Eine andere Meinung gleichzusetzen mit Misstrauen wäre ein fataler Fehler. Wenn alle der gleichen Meinung sind, ist jede Diskussion überflüssig. Für Vertrauen und Fortschritt ist jedoch eine Zutat unabdingbar: viele Meinungen, die den Blickwinkel erweitern. Für Vertrauen und Fortschritt ist kritisches Denken wichtig. Dazu ist eine Kultur des Diskutierens notwendig, wo alle Meinungen gehört und geachtet werden. Dies scheint mit gelegentlich abhandeln zu kommen. Auch ist es menschlich, dass vorgefasste Meinungen schwerer zu zertrümmern sind als eine Betonmauer. Genauso ist es mit Gewohnheiten, die guten alten Gewohnheiten. Natürlich sind auch sie gut. Doch kommen wir durch, wenn wir nur Gutes von gestern haben?

Was in unserer Gesellschaft nach Mehr ruft, ist politische Bildung und ein verantwortungsvoll geführter kritischer Diskurs. Das bedeutet, einander zuzuhören und das Andersdenken, das Anderssein zu akzeptieren. Es ist nach den Grundprinzipien einer Demokratie verwerflich und falsch, wenn sich Menschen, die sachliche Kritik, zum Beispiel an Corona-Maßnahmen vorbringen, sich verpflichtet fühlen, zuerst klarzustellen, keine Corona-Leugner zu sein und keine alten Menschen sterben lassen zu wollen. Diskussionsbedarf besteht besonders auch zu dringlichen Themen wie in den nicht enden wollenden Änderungen zum neuen Raumordnungsgesetz sowie rund um einen verträglichen Tourismus. Nicht Misstrauen, sondern falsch verstandenes Vertrauen führt zu Stillstand. Das Bewusstsein einer Fehlerkultur ist hierzulande noch wenig verbreitet, wie es schon mehrere Kolleginnen und Kollegen in ihrem Beitrag angedeutet haben. Veranstaltungen wie die Fuckup-Nights spielen hier eine bedeutende Vorreiterrolle. Die globale Bewegung, bei der Misserfolge aus der Position des Lerneffektes betrachtet werden, verfolgt die Vision, Scheitern politisch, gesellschaftlich und persönlich zu entstigmatisieren und steht für einen Mindset, der zum Erfolg führt.

In Zeiten von Corona steht eine Fehlerkultur umso mehr für einen Gewinn an Raum für Erfahrungsaustausch. Luft und Natur haben einen tiefen Atemzug gemacht, es gab sogar in Chinas Millionenmetropolen blauen Himmel. Plötzlich waren Dinge möglich, die vorher undenkbar schienen. Es gibt viele Seiten, die betrachtet werden wollen.

Was uns dieses Jahr deutlich vor Augen geführt hat: Es gilt einmal mehr, sich für neue Idee zu öffnen und mutig und vertrauensvoll neue Wege zu gehen, nicht das Alte wiederherstellen, auch nicht Gewohntes fortsetzen. Das Beharren auf Altem und Lobbyismus dürfen Schritt für Schritt neuen Modellen weichen, um künftigen Generationen ein vollwertiges Erbe zu hinterlassen. Der Gedanke an die künftigen Generationen, der noch die früheren Generationen vieler Südtiroler Politiker auszeichnete, soll wieder ein starker Leitfaden der politischen Aktion werden. Das Alte mag zwar einen Moment lang bequem erscheinen, doch einem echten Südtiroler kann dabei nur langweilig werden, zum Stillstand kommen. Dazu wollen wir es im Sinne der Rede des Landeshauptmannes nicht kommen lassen.

Der Landeshauptmann spricht auch vom hohen Gut der Freiheit: "Freiheit im Denken, Gleichberechtigung, Selbstbestimmtheit und Toleranz sind selbst in schwierigen Zeiten unantastbar." Dieses Prinzip gehört zu den grundlegenden Wertvorstellungen, die uns in bewegten Zeiten der Veränderung wie eine Klammer zusammenhalten und uns den Mut und die Sicherheit geben, die es braucht, um auch unangenehme Entscheidungen zu treffen.

So will ich dem Landeshauptmann mit George Orwell antworten: "Falls Freiheit überhaupt irgendetwas bedeutet, dann bedeutet sie das Recht darauf, den Leuten das zu sagen, was sie nicht hören wollen." Genau das, die fehlende Klarheit, hat uns und vielen Südtirolerinnen und Südtirolern in den letzten Wochen und Monaten den letzten Nerv gekostet.

In diesem Sinne sehe ich meine Arbeit in der Opposition im Team K im Kern getroffen. Es geht darum, Dinge anzusprechen, auf den Tisch zu bringen, und von allen Seiten zu beleuchten. Wir tragen unseren Teil zu einer differenzierten Betrachtung der Dinge bei, recherchieren, tauschen uns mit Bürgerinnen und Bürgern, mit Betroffenen und mit Stakeholdern aus. Gerade gestern habe ich mit verschiedenen Leuten darüber gesprochen, in diesem 6,4 Milliarden Euro Haushalt Einsparungspotential zu finden. Und einige haben gemeint, man könnte hier auch im Kleinen anfangen und nicht gleich ganz die großen Pakete angehen. Ich nenne ein Beispiel. Wir hatten im Herbst die Gemeinderatswahlen. In acht Bezirksgemeinschaften findet zur Zeit die Bildung der Bezirksausschüsse samt Präsidenten und Vizepräsidenten der Bezirksgemeinschaften statt. Nun, wir haben in Südtirol diese Bezirksgemeinschaften mit dem Gremium Ausschuss und es gibt meistens – so ist es zumindest in meinem Bezirk oben – eine Bürgermeisterkonferenz, die die verschiedenen Inhalte plant und

strategisch vorgeht. Schließlich gibt es noch den Bezirksausschuss, der die Arbeit dann umsetzt. Nun kommt es immer wieder vor, dass in solchen Bezirksausschüssen Präsidenten ernannt werden, damit jemand ein Amt bekommt, welches auch ein Entgelt, eine Entschädigung beinhaltet. So war es schon vor über fünf Jahren mein Vorschlag, als ich Bürgermeister der Gemeinde Freienfeld war, als es bei den Bestimmungen der Bezirksausschusses darum ging, einen Präsidenten zu küren, dies solle ein aktiver, ein amtierender Bürgermeister machen, und zwar ehrenamtlich ohne zusätzliche Entschädigung. Man sollte nicht zusätzlich bezahltes Amt für jemanden schaffen, der noch ein solches Amt braucht und einer gewissen Partei angehört. Immerhin – und das wissen die Bürgerinnen und Bürger draußen wahrscheinlich nicht – wird ein Bezirkspräsident mit über 50.000 Euro brutto im Jahr entschädigt. Wenn wir 8 mal 5 rechnen, dann sind das 400.000 Euro im Jahr, für eine ganze Periode ergibt das über zwei Millionen Euro. Gerade in diesen schwierigen Zeiten, in denen wir uns jetzt befinden, glaube ich, ist es meiner Meinung nach sehr, sehr wichtig, einmal die Ämterhäufung zu entzerren, also auch die bezahlten Ämter, und zum anderen solche Positionen auch unentgeltlich von amtierenden Bürgermeistern zum Beispiel zu übernehmen. Hier könnte im Kleinen schon eingespart werden und die Leute draußen würden dies auch honorieren.

2020 standen der Landtag und die Landesregierung vor außergewöhnlichen Herausforderungen. Über die großen Herausforderungen der heutigen Zeit, des 21. Jahrhunderts mache ich mir im Sinne des einleitend Gesagten viele Gedanken.

Wenn wir neue Wege andenken, dann denke ich vor allem auch an neue Wege in der Landwirtschaft und hier müssen vor allem Ökologisierung, Regionalisierung und Biodiversität gestärkt werden. Die Ökologisierung ist das Gebot der Stunde, ebenso die Regionalisierung und auch eine höhere Biodiversität, nachdem wir diese Jahrzehnte lang eher stiefmütterlich betrachtet und ihr wenig oder kaum Augenmerk geschenkt haben. Nachhaltige Produktions-, Konsum- und Lebensweisen stehen synonym für eine bessere, eine hohe Lebensqualität. Ökologisierung ist eine Entwicklung, die am Puls der Zeit stattfindet. In Ursula van der Leyen hat sie eine starke Stimme in der EU. Auch in Südtirol hat die Politik Möglichkeit, hier lenkend und stark einzugreifen. Weg vom Lobbydenken, hin zu Gemeinwohl!

Ökologisierung ist der Weg, wie Klimaschutz und Wirtschaftswachstum Hand in Hand gehen können. Durch die richtigen politischen Entscheidungen können Maßnahmen gesetzt werden, welche die Umstellung auf umweltschonende Methoden finanziell unterstützen, Prozesse beschleunigen und sich gewinnbringend umgesetzten lassen. Ökologisierung schafft neue Möglichkeiten. Sie garantiert das Wachstum der Zukunft.

Bisher wurden über die Südtiroler Landesregierung wenig wirklich verändernde Maßnahmen gesetzt. Zumindest ist der damit einhergehende Wandel wenig substantiell. Vielmehr wurde weiter im Sinne von Lobbys und großen Verbänden immer wieder Schönrede um die bisher etablierten Modelle betrieben. Wirkliche Ökologisierung bedeutet meiner Meinung nach im Sinne des Gemeinwohls zu handeln.

Weg von der Ausbeutung der Umwelt, hin zu einem Bewusstsein der Umwelt als Naturerbe, weg von Touristenlawinen hin zu einer verträglichen Form des Reisens und des Urlaubs in Südtirol! So, dass in Südtirol ein Miteinander von Wirtschaft, Landwirtschaft, Wohnen und Tourismus harmonisch sein kann. Wachstum kann auch anders gehen als bisher betrieben und praktiziert.

Heute haben wir einen anderen Wissenstand als gestern. Dass Umstellungen von alten Anbaumethoden auf moderne neue Anbaumethoden nicht von heute auf morgen geht, ist klar. Dass es aber schneller gehen kann, genau das hat die Zeit von Corona jetzt bewiesen. Durch die Krisen wurde unvorstellbares von einem Tag auf den anderen machbar. Nutzen wir den Vorsprung, den wir uns in Südtirol mit Fleiß aufgebaut haben! Nutzen wir unser Knowhow. Welchen Weitblick hat aber hier die Landesregierung bewiesen? Wenn wir uns die letzten 1,5 Jahre anschauen, dann erinnere ich mich noch sehr gut an meinen Beschlussantrag, mit dem die Landesregierung öffentliche Förderungen an Landwirte geben sollte, welche in eine Laufstallhaltung investieren und auch hier sehr viel Geld für eine tiergerechtere Haltung ihrer Tiere ausgeben. Damals war der Widerstand vor allem aus einigen Ecken sehr, sehr groß und heute lese ich in der "top agrar" online: "Drückt der Handel den Anbindehaltern die Luft ab?" Also reden wir hier schon in Bayern und in anderen Bundesländern, die ähnliche Strukturen haben wie wir, davon, dass die Molkereien bzw. der Handel nicht mehr solche Milch annehmen möchte und die Anbindehalter eher ein Fiasko befürchten. Genau da wundert es mich, dass es solche Impulse von uns aus braucht, dass man nicht von alleine draufkommt, die richtigen Schritte zu wählen. Man ist fast gezwungen, diese neuen Wege zu gehen, ohne das Althergebrachte schlecht zu reden, aber man kann sich vor der Veränderung ja nicht verstecken. Man muss sich dieser stellen.

Es gilt, die Landwirtschaft aus verschiedenen Blickwinkeln zu betrachten, zu untersuchen, darüber zu diskutieren, und zwar regelmäßig. Dazu sind alle verschiedenen Interessensgruppen anzuhören, Produzenten gleich wie Konsumenten, Wissenschaft und Medien. Erst eine transparente Diskussion mit größtmöglicher Objektivität und kleinstmöglicher Emotionalität bringt zu einer erweiterten Betrachtung der Angelegenheit und zum Verständnis der einen Seite für die andere Seite. Ein Modell, das für eine bestimmte Zeit gut funktioniert, weicht einem neuen, welches zu einem späteren Zeitpunkt auch dem nächsten weicht usw. Nehmen wir neue Ideen an und arbeiten gemeinsam für resiliente Gesellschaft in unserem Land!

Südtirol hat das Potenzial zum Vorreiter und zum Vorbild. Es sind die Südtiroler und Südtirolerinnen selbst, die aus der geografisch Lagen mit ihren günstigen Bedingungen und manchmal auch ungünstigen Bedingungen das Beste herauszuholen imstande sind. Erkennbar und die gute Nachricht für Südtirol ist, dass man sich wieder an die Spitze stellen kann. Wir haben jahrzehntelang dann gute Arbeit geleistet, aber jetzt gilt es sich den neuen Anforderungen anzupassen, innovative Strategien aufzugreifen und umzusetzen, indem es Mut zeigt für neue Wege. Die Pioniere zeigen, dass es anders geht, und zwar auch im wirtschaftlichen Sinne. Dass beispielsweise biologische Landwirtschaft nicht gleichbedeutend mit einem schlecht ausschauenden Apfel ist, sollte inzwischen jedem bekannt sein. Dass Bio nicht das Ende der Entwicklung ist, sollte inzwischen auch jedem bekannt sein. Doch im Moment kann man sich nur über nachhaltige Methoden einen Vorteil verschaffen, um nicht auf dem Wühltisch des Weltmarktes untergehen zu müssen. Auch der Gast, der nach Südtirol reist, verbindet mit diesem Land seit jeher eine intakte Natur, saubere Luft und gesundes Essen. Der Umwelt zuliebe ist meiner Meinung nach auch gleichbedeutend mit uns selbst zuliebe.

Für Nachhaltigkeit hat auch die EU Investitionen in Milliarden Euro Höhe für ihre Green-Deal-Strategie vorgesehen. Die Kommissionspräsidentin betont, dass der europäische Grüne Deal die neue Wachstumsstrategie ist, für ein Wachstum, das mehr bringt, als es kostet. Es zeigt, wie die Art zu leben und zu arbeiten, zu produzieren und zu konsumieren, zu ändern ist, um gesünder zu leben und Unternehmen innovationsfähig zu machen. Der Green Deal wird es ermöglichen, die Emissionen zu senken und gleichzeitig Arbeitsplätze zu schaffen. Nutzen wir diese Chance! Er ebnet den Weg, weg von den alten, umweltschädlichen Gewohnheiten hin zu neuen nachhaltigen.

Auch für die Südtiroler Landwirtschaft gilt Umweltschutz, Klimaschutz und Gentechnikfreiheit. Die Landwirtschaft ist ein Teil des Problems und gleichzeitig ein wichtiger Teil der Lösung. Effiziente Ressourcennutzung, nachhaltige Anbauweisen und moderne Technologien schaffen vielmehr Möglichkeiten für eine präzisere, energiesparende Landwirtschaft. Das sind die neuen Wege für die Südtiroler Landwirtschaft.

Die Verwendung von pilzresistenten Sorten, stärkenden und umweltschonenden Pflanzenschutzmitteln, Tierwohlanpassungen bzw. -verbesserungen, weitere Forschungsarbeit, umwelt- und gesundheitsschonendere alternative Anbaumethoden sind verfügbar und erprobt. Damit kann der Einsatz von chemisch-synthetischen Pestiziden drastisch reduziert werden. Die Umstellung für landwirtschaftliche Betriebe zu erleichtern, das hat vor allem die Politik in der Hand, neben den Konsumenten und dem Handel.

Eng mit der Landwirtschaft und dem Wohlstand unseres Landes verknüpft ist das Thema Tourismus. Hier würde bremsen nicht verlieren heißen. Mit einem diversifizierten Blick auf die Angelegenheit kann man auch hier von einem Gewinn sprechen. Denn Wohlstand zeichnet sich selten nur über Geld aus. Geringere Einkünfte finden ihren Ausgleich in niedrigeren Ausgaben zur Wiedergutmachung, was durch zu große Menschenmassen an Schaden verursacht worden ist. Durch mehr Verkehr werden die Straßen mehr belastet, mehr beschädigt – und wir haben heute auch schon von den 120 Millionen Euro im Kapitel Straßenbau gehört – und sind mehr Investitionen der Straßen notwendig. Diesen Kreislauf gilt es zu durchbrechen. Doch auch hier verschließt sich die Landesregierung lieber mit Ablehnung der Beschlussanträge der Opposition, anstatt sich mit Unbequemlichkeiten auseinanderzusetzen.

Leuchtendes Beispiel ist einmal mehr auch in diesem Zusammenhang das neue "Raumunordnungs-gesetz", ein Gesetz, das weder mit sozialer Gerechtigkeit noch Nachhaltigkeit vereinbar ist. Ich erinnere hier auch daran, warum die Südtiroler Landesregierung es ermöglicht hat, im letzten Jahr bei geschlossenen Höfen – ich nenne noch einmal das Beispiel – die gesamte Wohnkubatur für den Tourismus zur Verfügung zu stellen. Ich habe damals schon gefragt, wo der Hofbesitzer/die Hofbesitzerin wohnen soll, wenn wir die gesamte Kubatur von 1.500 Kubikmetern in den Tourismus stellen. Es gibt schon erste Beispiele – haben mir Leute zuge-tragen -, wo das gesamte Wohngebäude auf Hofstellen für den Tourismus benutzt und genutzt wird und die Wohnungen für den Betriebsleiter ... Entweder war es ein Hotelier, der den Hof gekauft hat und diesen jetzt zu 100 Prozent nutzt oder die irgendwo anders. Das ist die falsche Richtung, so kommen wir nicht weiter. Ich

habe schon vor einem guten Jahr appelliert, das zu ändern und nicht 100 Prozent der zur Verfügung stehenden Kubatur auch touristisch nutzen zu können.

Werfen wir zum Abschluss einen Blick in die Zukunft. Unter Beachtung neuester Erkenntnisse hat die EU ihre Klimaziele neu evaluiert und gestrafft. Auch die Südtiroler Landesregierung wäre gut damit beraten, ihre Ziele anzuziehen, konkrete politische Maßnahmen zu setzen und vor allem ihre konkreten Pläne Anfang 2021 schleunigst der Öffentlichkeit zu präsentieren, um einen breiten Diskurs anzukurbeln. Die schlechte Nachricht ist: Über Jahrzehnte wurde versäumt, in die richtige Richtung zu gehen. Die gute Nachricht hingegen: Es gibt viele Möglichkeiten und ein enormes Entwicklungspotential. Südtirol braucht dringend eine ökologisch ausgerichtete politische Lenkung. Wenn wir andere Bundesländer wie Österreich anschauen, dann sehen wir dort schon über 25 Prozent an ökologischer Produktion, während wir hier in Südtirol von circa 5 bis 6 Prozent reden.

Widmen wir uns noch kurz der Bildung, da jetzt draußen auf dem Silvius-Magnago-Platz Lehrerinnen und Lehrer der Staatsschulen stehen. Ich selber war über 15 Jahre lang Lehrer und kann mich sehr, sehr gut in diese Personen hinein fühlen, die jetzt vor dem Landtag stehen. Ihre Anliegen betreffen die Wertschätzung auch in Form einer Entschädigung, das heißt über die Gehälter. Versprechungen wurden nicht eingehalten, denken wir an den Bonus für den Ankauf von digitalen Medien für die Lehrerinnen und Lehrer. Ich weiß nicht, wie lange es sich Südtirol leisten kann, die Südtiroler Lehrerschaft derart zu behandeln und so still zu halten. Ich denke, früher oder später wird es auch hier zu einem Aufstand bzw. zu einem Aufschrei kommen. Lehrerinnen und Lehrer suchen sich dann andere Arbeitsstellen weiter weg. Ihre Motivation - wie wir heute schon gehört haben - schwindet. Sie machen vieles nur noch, weil ihnen die Schülerinnen und Schüler sehr am Herz liegen. Ansonsten verzweifeln auch viele Lehrerinnen und Lehrer an dieser Geringschätzung.

Ja, die Landesverwaltung soll antizyklisch agieren und massiver in den Bereich Nachhaltigkeit, Bildung Mittel vorsehen, die schon längst fällig sind. Dann können die Menschen auch endlich an die Umsetzung gehen, vor allem die vielen kleinen Betriebe, für die es aus eigener Kraft sonst kaum zu Stämmen wäre, und auch für die Menschen, die Geringverdiener sind. Auch hier hat die Landesregierung die Möglichkeit, es liegt an ihr! Sie hat die Mittel beispielsweise über Förderungen, nachhaltige Entwicklung anzukurbeln. Ich habe schon vor einem Jahr an diesem Punkt hervorgehoben, zurückzukommen auf die Landwirtschaft: Neben Wertschöpfung ist Wertschätzung in der Bevölkerung gefragt. In der Bevölkerung ist ein Wandel im Bewusstsein zu erkennen, besonders bei den jungen Leuten, um nicht zu sagen, der Generation der Fridays for Future.

Neben Wertschöpfung braucht es Wertschätzung, bezogen auf die kostenlosen Leistungen der Landwirtschaft zugunsten der Gesellschaft, da Gäste auch nach Südtirol kommen, und der Einheimischen. Die Landwirtschaft bietet direkt und indirekt viele Arbeitsplätze, erhält die Landschaft und die Natur. Südtirols Bauern produzieren qualitativ hochwertige, naturnahe und gesunde Lebensmittel. Südtirol wird mit der kleinstrukturierten Betriebsstruktur Gott sei Dank nie mit der weltweiten Massenproduktion Schritt halten können. Seit Jahrzehnten - die Weinwirtschaft hat es vorgemacht - setzt Südtirol auf Qualität. Nachhaltigkeit ist das Hauptkriterium der neuen Qualität. Deshalb gilt es, noch weitere Trends zu antizipieren bzw. das vermehrt zu machen. Dafür braucht es eben nachhaltigere Strategien. Förderungen sollten künftig vermehrt an die Erbringung konkreter gesellschaftlicher Leistungen gekoppelt werden, beispielsweise auch für den Umweltschutz, die Biodiversität - die schon Kollege Staffler angemahnt hat, dass diese Flächen, die vorgesehen sind, auch wirklich angelegt werden - und für den Erhalt und die Pflege der Kulturlandschaft.

Neben der Ökologisierung der Landwirtschaft muss es aber wirklich auch an der Basis beginnen, und zwar bei der Ausbildung der künftigen Landwirte. Diese muss gestärkt werden, denn nicht nur junge Landwirte, sondern auch die Jugend brauchen mehr Wertschätzung und konkrete Maßnahmen. In dieser Haushaltsrede hat mir wieder wie im letzten Jahr das Thema Jugend gefehlt. Ich meine vor allem die Oberschülerinnen und Oberschüler, die jetzt immer noch zuhause sitzen und zuhause beschult werden. Hier ist einfach Gefahr in Verzug, heißen wir es mal so. Wir hatten die ganz marginale Aussicht durch den Bildungslandesrat, die Hoffnung, dass die Oberschule noch vor Weihnachten vermehrt in Präsenz geht, dem war leider nicht so. Diese leeren Versprechungen müssen einfach aufhören! Man sollte den Leuten nicht etwas vorspielen, was dann nicht eingehalten wird. Man sollte ihnen reinen Wein einschenken. So kontrolliert und geschützt wie die Schülerinnen und Schüler in der Schule sind, muss man den Präsenzunterricht wieder ab dem 7. Jänner gewährleisten. Das muss man klipp und klar sagen. Für den Schülertransport hätten wir sehr viele Reisebusunternehmer, die hier einspringen und das gerne machen würden. Aber hier fehlt leider die Unterstützung vonseiten des zuständigen Landesrates, der zuständigen Landesregierung. Dem sollte man Rechnung tragen, damit die Präsenz der Schülerinnen und Schüler vermehrt wieder ermöglicht werden kann. Die Politik muss mehr tun,

damit unsere jungen Leute in Zukunft im Jahr 2021 wieder in die Oberschule. Sie müssen dort hingehen, denn sie brauchen auch täglich ihre Kontakte, nicht nur virtuell über den Computer.

Abschließend bedanke ich mich bei allen Kolleginnen und Kollegen, den MitarbeiterInnen im Landtag für die Zusammenarbeit in diesem Jahr im Sinne des gemeinsamen Wählerauftrages. Mein besonderer Dank aber geht an diese Südtirolerinnen und Südtiroler, an die Leute, die mich und das Team K täglich kontaktieren. Soweit es uns möglich ist, geben wir denen gerne Auskunft, helfen ihnen gerne mit Anfragen und mit Beschlussanträgen, die für uns Südtiroler in die richtige Richtung gehen, weiter. Ich hoffe auf sehr viele Anregungen im neuen Jahr und auf ihr Vertrauen in unsere Arbeit. Danke schön!

MAIR (Die Freiheitlichen): Herr Präsident, geschätzter Herr Landeshauptmann, geschätzte Mitglieder der Landesregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen und auch lieber Zuseher auf YouTube!

Man sagt über die Politik, dass sie nur dann etwas wert sei, wenn sie sich in der Krise bewiese. Nach diesem Gesichtspunkt haben wir Spätgeborenen die uns Vorausgehenden vielfach fast schon schulmeisterlich und politisch korrekt kritisiert. Jetzt in der Pandemie erleben wir – ich glaube, jeder einzelne von uns, was ich aus den Wortmeldungen von gestern und heute entnommen habe - selbst, wie schwierig es ist, eine klare Haltung an den Tag zu legen und diese klare Haltung dann auch jeden Tag aufs Neue zu zelebrieren und daran festzuhalten. Es stimmt, dass die Pandemie nicht linear sei – wie Landeshauptmann Arno Kompatscher bildlich in seiner politischen Rede zum Haushalt beschrieben hat – und man folglich auch keine linearen Maßnahmen auf politischer Seite ergreifen könne.

In der Krise zeigt sich heute trotzdem ein eher durchwachsenes Bild. Worte, die gestern noch in Sonntagsreden gehalten wurden, sind heute nicht einmal mehr – oft zumindest - Schall und Rauch. Worte beispielsweise vom Vereinten Europa, von einem Europa ohne Grenzen, von der weitreichendsten Autonomie der Welt oder von Freiheits- und Bürgerrechten und demokratischen Prinzipien. Und auch ich muss – wie es Kolleginnen und Kollegen bereits gestern und heute getan haben – ansprechen, dass eine Landesregierung, wo zumindest ab und zu der Eindruck entstanden ist – und wenn man Akteure kennt, dann weiß man schon, was los ist -, dass sich manch einer längst auf Kosten der anderen Landesräte versucht in Stellung bringen oder auch beispielsweise der Kampf um die Landeshauptmannschaft vielleicht schon ausgebrochen ist. Man hat nicht immer das Gefühl, dass Einigkeit besteht, die uns in dieser Krise vielleicht noch stärker gemacht hätte, sondern teilweise ein Verhalten an den Tag gelegt wurde, das nicht gerade förderlich war. Einige Kollegen der Opposition haben es angesprochen, dass vielleicht manchmal diese Wertschätzung oder dieses Eingebundensein oder Eingebundenwerden vonseiten der Opposition gefehlt hat. Ich betrachte das ein bisschen anders. Ich denke, wenn man politische Zusammenhänge interpretieren kann und wenn man sich bestimmte Aktionen angeschaut hat, auch im Stillen, ohne dies öffentlich zu kommentieren, dann glaube ich, wäre es auch angebracht, wenn wir von Fehlerkultur sprechen, dass sich da jeder an die eigene Brust fasst und auch die Landesregierung vielleicht sehr wohl die Haltung der Opposition wertschätzt, gerade wenn man sich ansieht, wie sich die Opposition in anderen Ländern gegenüber der Regierung verhält. Ich glaube, in Südtirol – das getraue ich mich zu sagen – hat sich die Opposition diesbezüglich, nicht weil sie unfähig ist, sondern weil sie die Situation und die Lage erkannt hat, durchaus kooperativ gezeigt und hätte oft auch wahrscheinlich die Möglichkeit gehabt, ganz andere Nebenschauplätze politisch in der Diskussion zu eröffnen, was aber nicht getan wurde.

Man muss/darf/soll Dinge kritisieren, die aus einem bürokratischen Übereifer heraus in die Welt gesetzt wurden, ohne einem modernen Staatswesen zu entsprechen. Italien hat in dieser Krise jeden zweiten Tag neue bürokratische Regeln aufgestellt. Wenn wir uns zurückerinnern, die Verpflichtung, eine Eigenerklärung mit sich zu tragen, deren Text sich ständig geändert hat, sowie das Verbot, die Gemeinde zu verlassen, sich vom Wohnsitz beispielsweise nur maximal 150 oder 200 Meter zu entfernen, sind im europäischen Kontext eine Randerscheinung und in ihrer Verhältnismäßigkeit mehr als fraglich. Auch das wurde gestern schon von Kollegen angesprochen, während Österreich Unternehmen großzügig entschädigt, die wegen Corona zeitweise schließen mussten, unterstreicht gerade hier Italien mehr denn je, kein moderner Staat und kein dienstleistungsorientierter Staat, sondern unregierbar zu sein und die Bevölkerung im Stich zu lassen, während Banken immer gerettet werden.

Die politischen Worte vom "Südtiroler Weg" mögen zwar gut gemeint gewesen sein, zu einem guten Teil waren sie aber auch im Nachhinein betrachtet etwas populistisch. Ich bitte, mich hier ganz sicher nicht falsch zu verstehen, denn ich bin eine große Verfechterin bzw. Befürworterin des eigenen Weges, des Südtiroler Weges, den ich mir auch jetzt in dieser Vorweihnachtszeit – wenn auch spät - wünsche. Wenn wir uns

zurückerinnern, dann war es manchmal so, dass man zwar einen beherzten Schritt nach vorne gemacht hat, um dann wieder gleich zwei Schritte rückwärts zu gehen. Eine Politik, die sich ständig dagegen wehrt, die eigene Selbständigkeit viel konsequenter auszubauen, ist dann auch nicht glaubwürdig, wenn sie von einem "Südtiroler Weg" spricht, der in der politischen Praxis nicht durchsetzbar ist, wenn man immer wieder versucht, es der römischen Regierung recht zu machen. Ich möchte eine Klammer aufmachen und schon noch einmal ganz kurz aus meiner Sicht zumindest diesen Südtiroler Weg in Erinnerung rufen, den wir im Mai gemeinsam eingeschlagen haben. Was haben wir damals gemacht? Ich denke, man kann es so bezeichnen, dass wir Verfassungswirklichkeit für uns geschaffen haben. Das bedeutet, es ist eine Sache, was in dem mehr oder weniger interessanten Büchlein mit den vielen Nummern, das sich Verfassung nennt, drinnen steht. Etwas völlig anderes ist es und in meinen Augen etwas sehr, sehr Wichtiges, wie wir gesehen haben, was man daraus dann in der Wirklichkeit macht, wenn es tatsächlich darauf ankommt, wenn es ums Eingemachte geht, eben die Verfassungswirklichkeit. Vor diesem Hintergrund hat der Südtiroler Sonderweg vom Mai in meinen Augen autonomiepolitisch schon einiges gebracht, denn wir haben die sogenannte Verfassungswirklichkeit in unserem Sinne dem Südtiroler Anspruch gerecht gemacht bzw. in unserem Sinne beeinflusst. Es war vielleicht ein kleiner Etappensieg. Wenn wir uns in die damalige Zeit zurückerinnern, einige Medien, einige Wirtschaftsverbände, aber auch Kollegen im Südtiroler Landtag mussten natürlich die Landesregierung zum Kämpfen tragen, aber nichtsdestotrotz sind in meinen Augen kleine Etappensiege langfristig besser, als wenn man dauernd wieder einknickt und versucht Musterschüler Roms zu sein. Ich bin felsenfest davon überzeugt und würde mir gerade nach dieser Pandemie diese Courage und diesen Mut beweisen, die Verfassungswirklichkeit öfter in unserem Sinne zu beeinflussen, dass wir uns getrauen, diesen Weg zu gehen.

Wir dürfen in diesem schwierigen, besonderen Jahr voller Entbehrungen aber auch stolz auf die Südtirolerinnen und Südtiroler sein, weil wir – das hat sich gezeigt - ein wirklich funktionierendes Gemeinwesen haben, weil das Ehrenamt in Südtirol Unglaubliches geleistet hat, ohne dafür eine materielle Gegenleistung zu erhalten. In diesem Jahr sind ganz viele Projekte entstanden, viele Kollegen haben sie namentlich angesprochen und sind konkreter darauf eingegangen. Viele dieser Projekte sind auch von Jugendlichen ausgegangen. Ich glaube, dass wir auch darauf stolz sein dürfen, dass wir bei aller Tragik, bei aller Schwierigkeit, die es in diesem Jahr gab, junge Menschen haben, die in dieser schwierigen Zeit mitten in der Pubertät aus dem Alltag gerissen werden. Ich denke, wenn sich jeder von uns zurückerinnert, wenn das in unserer Jugend passiert wäre, dann kann man sich schon irgendwo hineinversetzen, wie sich das wohl angefühlt hätte. Dass da soziale Projekte, Nachbarschaftshilfen, Mithilfen entstanden sind, darauf bin ich stolz. Aber ich bin auch darauf stolz, dass sich doch eine breite Masse der Südtiroler an die Regeln hält. Die Regeln waren nicht immer einfach, sie waren nicht immer verständlich. Sie waren auch nicht immer nachvollziehbar, aber der Großteil hat sich an die Regeln gehalten. Ich bitte, das wirklich positiv zu unterstreichen und künftig all jenen – ich glaube, es ist im Endeffekt ein kleiner Teil, der sich unverbesserlich nicht an die Regeln hält - diesen keinen breiten Raum mehr bietet. Denn eines möchte ich ganz klar betonen: Es ist wie im Straßenverkehr. Wer sich nicht an die Regeln hält, wird von den Kontrollorganen gestraft. Wenn sich ein kleiner Teil jetzt nicht an die Regeln hält, dann gibt es dafür auch Kontrollorgane, aber es kann nicht sein, dass die große Masse, die sich daran hält, die wirklich verstanden hat, vorsichtig zu sein, ihr Leben vielleicht auch umgestellt hat, Bereitschaft für die Gemeinschaft zeigt, dass die vielleicht kurz vor Weihnachten noch mit Einschränkungen und weiteren Schikanen zu rechnen haben.

Die Südtiroler haben in der Krise flexibel gehandelt, das alles spart uns – glaube ich – viel an finanziellen Mitteln und verschont uns vor einer Vielzahl an Problemen. Das macht zuversichtlich und stolz, wie ich es schon gesagt habe. Und ja, selbst wenn uns manch einer seit Jahrzehnten ein schlechtes Gewissen einreden will, weil vielleicht dieser manch eine selbst seine Probleme mit dem eigenen Volk hat, auf sein Volk darf, soll und muss man stolz sein. Ich glaube, es ist an der Zeit, dass wir in Südtirol endlich in und nach dieser Krise einen "solidarischen Patriotismus" an den Tag legen, dass wir jene Berufsgruppen finanziell unterstützen, die wirklich Wesentliches in der Krise leisten und unsere gesundheitliche Versorgung sowie die Versorgung mit Grunddienstleistungen garantieren; dass wir endlich aufhören, Geld in sinnlose Großprojekte zu pumpen und endlich auch beim Thema Steuergeldverschwendung im Postenparadies Südtirol den Sparstift ansetzen. Im "System Südtirol" verdienen sich immer noch einige wenige eine goldene Nase, während viele Südtiroler, die die wahren Leistungsträger sind, mit einem äußerst bescheidenen Gehalt klarkommen müssen. Die Südtirolerinnen und Südtiroler haben sich endlich mehr Netto vom Brutto verdient, und zwar wesentlich mehr und nicht nur gut gemeinte Einmalzahlungen.

Ich denke dabei besonders auch die Rentnergeneration, die unser Südtirol aufgebaut hat und vielfach mit einer beschämenden Rente auskommen muss. Wo bleiben die konkreten Handlungen nach all den Versprechungen? Und ja, wir werden diesen solidarischen Patriotismus nur dann erreichen, wenn wir endlich den konsequenten Weg in viel mehr Unabhängigkeit – ich sage bewusst nicht in die Unabhängigkeit - einschreiten. Es ist längst nicht mehr akzeptabel, mit Ausreden vom Vereinten Europa daher zu kommen, wenn bei jeder Krise – ob Corona oder Flüchtlinge – die Grenze am Brenner dicht gemacht wird und wir handlungsunfähig sind. Krisen künftig wegzulächeln, wird nach Corona auch nicht mehr möglich sein.

Jetzt, nach einer derartigen Pandemie bedeutet ein "solidarischer Patriotismus" für mich, dass endlich diejenigen gefördert, subventioniert und belohnt werden, die uns durch die Krise führen, weil sie tüchtig und fleißig sind, ihren Verpflichtungen für das Gemeinwohl nachkommen und Südtirol zu dem gemacht haben, was es heute ist.

Ein Landeshaushalt, der nicht endlich die Gehälter hebt, und zwar jene der arbeitenden Bevölkerung, der Angestellten, der Menschen in den systemrelevanten Berufen sowie der klein- und mittelständischen Berufe, und nicht nur jene der Posten-Schickeria im System Südtirol, hat keine Zustimmung verdient. Und wenn wir von Anhebung der Gehälter sprechen, dann kann es nicht um 2 Prozent, sondern muss es um viel, viel mehr gehen. Die eigene Heimat muss wieder leistbar werden. Wenn diese heutige Autonomie das nicht hergibt, dann sollten wir uns Gedanken darüber machen, woran das liegt. Dann sollten wir wirklich als Politiker hinterfragen, ob wir immer mutig genug waren. Ich glaube schon, dass Politiker gerade nach dieser Krise nicht nur mutig sein dürfen, sondern mutig sein müssen und nicht ständig vor dieser Autonomie halt machen. Ein solidarischer Patriotismus bedeutet für mich eine Zäsur, ein Umdenken und ein neues Gemeinschaftsgefühl in einem Südtirol, das wirklich auf allen Ebenen wieder zusammenwachsen muss und in dem jene unsere Ehrerweisung verdienen, die uns wirklich durch diese Krise führen.

Ich möchte noch ein paar persönliche Anmerkungen machen. Das Thema "Weihnachten" wurde bereits von der Kollegin Atz Tammerle und anderen in ihren Redebeiträgen angesprochen. Mir ist bewusst, dass der eigenständige Weg natürlich kein einfacher ist, dass es vielleicht auch zeitlich drängt. Ich würde es – ich bin keine Juristin – das Landesgesetz vom Mai hergeben, denn wir müssen ein eigenes machen. Ich glaube, dass es wichtig ist – außer Italien entscheidet definitiv und dann wäre eine Entscheidung eine Woche vorher auch irgendwann einmal angebracht -, dass die Menschen wissen, woran sie sind. Entscheidet Italien wirklich, dass wir rote Zone werden und ein totaler Lockdown kommt, dann wird es so sein, aber nichtsdestotrotz ist es wichtig, dass zumindest die Gemeindegrenzen geöffnet bleiben sollen, und zwar nicht bis 5.000 Einwohnern und man hier wieder das Meterband nehmen muss, sondern dass die Gemeindegrenzen in Südtirol offenbleiben. Dies aus mehreren Gründen und aus mehreren Aspekten. Es steht mir und auch der Politik nicht zu, was Menschen in diesem Land unter Weihnachten zu verstehen haben bzw. wie Weihnachten zu feiern ist. Ich denke, Weihnachten wird jeder für sich selbst definieren und es liegt an jedem selbst, wie er dieses Fest gestalten will. Aber ich denke, gerade nach so einem schwierigen Jahr ist es wichtig, dass wir den Familien die Möglichkeit geben, ihre engsten Familienmitglieder selbst zu sehen, wenn sie nicht in der derselben Gemeinde leben. Ich denke, dass es auch wichtig ist, dass wir Senioren die Selbstbestimmtheit geben, darüber zu entscheiden, ob ihre Angehörigen kommen oder ihre Angehörigen die Senioren zu sich nehmen können. Ich glaube, das ist auch ein Thema, das wir sehen müssen und das lese ich aus den vielen Zuschriften, die ich in diesen Tagen immer wieder erhalte. Es sind durchaus Senioren, denen die Situation und die Lage bewusst ist, aber sie haben trotzdem den Wunsch, dass sie ihre Liebsten bei aller Vorsicht in diesen Tagen natürlich sehen können und dass sie nicht einsam und alleine zuhause sind. Wir werden sowieso nicht alle zufriedenstellen oder beglücken können. Denken wir an all jene, die in Deutschland oder in Österreich berufstätig sind und es nicht schaffen, vor dem 21. Dezember einzureisen. Da wird es wirklich schwierig werden. Hier tue ich mich einfach schwer mit solchen Regeln, dass ein negativer Test am 21. Dezember ein negativer Test ist. Am 22. Dezember ist der negative Test nichts mehr wert und man – sollte er trotzdem kommen – muss hier zwei Wochen in Quarantäne gehen. Man kann sich vorstellen, dass sich das Berufstätige natürlich nicht leisten können. Das muss man den Menschen erklären, wie solche Regelungen zustande kommen, natürlich auch im Hinblick auf den landesweiten Massentest. Auch hier muss man sich bei den Menschen bedanken. Man hat in Österreich gesehen, dass es keine Selbstverständlichkeit ist, dass die Menschen mitmachen. In Südtirol haben die Menschen großartig mitgemacht. Sie haben sich natürlich auch irgendetwas erhofft, natürlich wissend, dass es nur eine Momentaufnahme bzw. eine Fotografie der momentanen Situation ist, aber die Menschen haben sich natürlich schon ...

PRÄSIDENT: Frau Kollegin, wir hören dich nicht mehr!

MAIR (Die Freiheitlichen): Sie hat gesagt, bitte sagt uns endlich, wie lange wir noch offen sind, wie es weitergeht, damit wir uns auch organisieren können. Ich denke, allein das zeigt, dass Deutschland den Lockdown gemacht hat. Österreich ist auch zu, aber die Menschen wissen, mit wie vielen Angehörigen sie feiern können. Wie die Situation in Italien ist, weiß man nicht. Auch hier hat man in den letzten Tagen immer wieder gehört, dass Südtirol vielleicht einen eigenen Weg geht. Dann bitte ich, wenn man diesen Weg gehen will, dass man so schnell wie möglich auch sagt, wie dieser aussieht und dass man diesen dann auch angeht.

Ein paar Worte möchte ich auch aus persönlicher Erfahrung zur Sanität sagen. Ich war in diesem Jahr zweimal mit der Sanität direkt betroffen oder direkt involviert, einmal selbst als Patientin im ersten Lockdown. Da möchte ich mich bedanken, wie es damals abgelaufen ist. Und ein zweites Mal mit meiner Mutter, die fast sieben Wochen im Krankenhaus Bozen war. Die Vorgeschichte möchte ich jetzt allen ersparen, denn die werde ich der Volksanwältin geben, was sich in der Ersten Hilfe zugetragen hat und was ich dort erlebt habe. Man hört immer wieder, dass sich Menschen mit Geschichten und Nachrichten an uns wenden und diese erzählen. Dann hört sich das manchmal wirklich schlimm an, aber manchmal glaubt man selbst, dass es das doch nicht sein kann. Wenn man wirklich selbst bestimmte Dinge erlebt, dann muss ich sagen, musste ich fast schmunzeln, als der Sanitätsbetrieb öffentlich mitgeteilt hat, dass die Menschen nur noch dann in die Erste Hilfe gehen mögen, wenn es um Leben und Tod geht. Ich musste da ein bisschen schmunzeln, weil ich mir gedacht habe, dass ich vorher freiwillig sicher keinen Fuß mehr hineinsetzen möchte. Meine Mutter ist dann zwei Tage in Brixen gewesen, um dann wieder in Bozen eingeliefert zu werden. Soweit alles gut. Ich bin dankbar, dass sie Patientin in einer Zeit war, als es noch entspannter war. Es war ungefähr Mitte September. Ich war auch dankbar, dass sie in eine Abteilung kam, die zwar viele Corona-Patienten hatte, in die Infektionsabteilung, aber sie war im dritten Stock und da war es in dieser Zeit vergleichsweise noch sehr, sehr ruhig. Ich bin dankbar, dass wir ausgezeichnete Ärzte vorgefunden haben, wirklich Pflegepersonal, von dem jeder nur träumen kann, egal, welcher Muttersprache, wirklich Menschlichkeit, Kompetenz usw., wissend, was sich in den beiden anderen Stockwerken zugetragen hat, wo es ja schon mit Corona-Patienten losging. Dafür muss ich im Nachhinein wirklich danken. Ich bin froh, dass sie dort war. Sie wurde dann kurz vor ihrer Entlassung eine Woche vorher zu ihrem eigenen Schutz noch in eine andere Abteilung verlegt. Da hat man gesehen, dass es auch andere Abteilungen in Bozen gibt. Aber was absolut nicht funktioniert hat, ist die Nachbetreuung. Als sie vom Krankenhaus entlassen wurde, mehr recht als schlecht, wurde zwar eine Nachkontrolle, ein Termin fixiert, den sie auch wahrgenommen hat, aber da wurde so gut wie gar nichts mehr unternommen. Das ist jetzt fast zwei Monate her. Sie weiß bis heute nichts, sie weiß nicht, wie sie mit den Medikamenten weitermachen soll. Sie müsste dringend Physiotherapie machen, auch das ist nicht möglich. Die Nachbetreuung – muss ich einfach sagen – funktioniert nicht. Ich finde das nicht in Ordnung, nicht weil es meine Mutter ist - es betrifft ja ganz, ganz viele Südtiroler -, dass wir wirklich nur mehr Corona kennen, dass wir nur mehr mit dieser Krankheit umgehen und für den Rest nicht das unternommen wird, was sich diese Menschen verdienen würden. Meine Mama hat sicher Verständnis, ist auch genügsam, aber dass weder eine ordnungsgemäße Entlassung stattgefunden hat noch eine Nachbetreuung, Nachkontrollen usw., das bedauere ich sehr. Da hilft es auch nichts, wenn man die sympathischsten und tollsten Ärzte hat, die sogar noch bereit sind, die Handynummer herzugeben, wenn dann trotzdem keine Information, keine Rückmeldung mehr kommt. Das sage ich stellvertretend für ganz viele, weil ich weiß, dass es ganz, ganz vielen in diesem Lande so geht. In dieser ganzen Zeit, in der ich jeden Tag im Krankenhaus war, habe ich natürlich beobachten und viele Gespräche führen können. In diesen ganzen Monaten war immer wieder von Personalmangel und Bettenmangel und und und die Rede, aber eines glaube ich schon und da zweifle ich manchmal, ob im Krankenhaus selbst die Aufgaben immer so erledigt werden, wie man es sich vielleicht wünschen oder auch erwarten könnte. Denn wenn ich vom Pflegepersonal selbst höre, dass es Abteilungen gibt, wo das Personal nicht weiß, wie die Zeit herumbringen, und wir auf der anderen Seite Abteilungen haben, die teilweise fast 90 Stunden in der Woche leisten, die überarbeitet und müde sind, die wirklich nicht mehr wissen, wie sie stehen und gehen sollen, dann frage ich mich, ob es nicht manchmal möglich wäre, rasch und schnell intern Personal umzustrukturieren bzw. umzuschulen und dort einzusetzen, wo es wirklich notwendig ist. Aber diesbezüglich glaube ich, wird der Landesrat auch einen Plan oder ein Konzept ausarbeiten müssen, denn es wird irgendwann einmal auch wieder die Zeit kommen, wo man sich allen anderen Krankheitsbildern widmen muss, wie dieses Konzept dann konkret aussieht, da werden wir natürlich nachfragen.

Bevor der Absturz vom Internet war, war ich bei diesem Thema der negativen Tests. Es ist schon schwierig, das den Menschen zu erklären, die sich bei den Testreihen bei uns wirklich großartig beteiligt haben, wie solche Dinge gehen. Ich verstehe, dass der Südtiroler Weg vielleicht nicht über Staatsgrenzen hinweg eingeschlagen werden kann, aber nichtsdestotrotz wünsche ich mir, dass man vielleicht bis nächste Woche – ich habe heute gehört, dass die Regelungen für Studenten passen - hier einiges imstande war zu verbessern, als es noch vor wenigen Tagen ausgesehen hat. Vielleicht schafft man diesen Weg auch für Berufstätige, die wirklich nur über die Weihnachtstage kommen, einen negativen Test natürlich mit sich führen, aber erst nach dem 21. einreisen können. Ich wäre wirklich dankbar, wissend, dass man nicht jeden Wunsch in diesem Land bzw. jeder Familie erfüllen kann.

Dann möchte ich noch einen ganz kleinen Gedanken ansprechen, bei dem zeitlich nicht mehr möglich war, diesen genauer und schöner zu informieren. Es wird zu Recht ganz viel von den Seniorenwohnheimen gesprochen, aber ein Heim wurde von niemandem angesprochen. Und ich selbst habe auch kein einziges Mal daran gedacht, aber ich habe letzte Woche jemanden getroffen und diese Person hat mir davon berichtet, und das ist das Landeskinderheim, wo wir die 0- bis 3-jährigen Kinder untergebracht haben. Es geht wirklich um Neugeborene bis zu drei Jahren, bei denen es derzeit natürlich aufgrund der Corona-Maßnahmen auch einen Aufnahmestopp gibt. Ich kann mir vorstellen, dass die gesundheitliche Sicherheit vorgeht, aber gerade von März bis jetzt wird in diesem Heim wahrscheinlich eine lange Warteliste entstanden sein. Ich weiß, dass dieses Heim schon seit Langem auf der Tagesordnung steht, dass es entweder umgebaut oder neustrukturiert wird oder dass es vielleicht auch einen Neubau gibt. Ich weiß nicht, wie hier der Stand der Dinge ist. Vielleicht kann jemand von der Landesregierung diesbezüglich Stellung nehmen. Es ist natürlich richtig, dass wir in der Debatte ganz viel auf die Senioren schauen. Ich glaube, diese Woche hat irgendein Politiker in Deutschland gesagt: Wenn es etwas gibt, wofür wir uns entschuldigen müssen, dann ist es gerade der Umgang, den wir den Angehörigen in den Seniorenwohnheimen gegenüber an den Tag gelegt haben. Aber irgendwo muss ich auch feststellen, dass Fehler gemacht werden, da alles neu war. Man wollte natürlich die Menschen auch irgendwo schützen. Ich hoffe, dass man meinen Tagesordnungsantrag, den ich vorgelegt habe, annimmt, dass man auch jetzt in der Weihnachtszeit in all jenen Heimen oder Kliniken, wo dies noch nicht der Fall ist, dem Umstand Rechnung trägt und trotzdem einen Raum bzw. einen Ort der Begegnung schafft, damit man die Menschen besuchen kann. Aber nicht weniger wichtig ist es, auf die Bedürfnisse dieses Landeskinderheimes einzugehen, sich die Situation auch dort vor Augen zu führen. Ich bitte auch dort die Personaldecke anzusehen. Auch dort ist Not am Mann bzw. an der Frau, gerade was die Pflege und die Erziehung bzw. die Sozialarbeiter anbelangt. Dort geht es um die Kleinsten, die teilweise keinen Bezug zu niemandem aus ihrer Familie haben, die wirklich nur auf die Menschen angewiesen sind, die sie dort vom Pflegepersonal, von den Sozialarbeitern vorfinden, das ist deren Familie. Es gibt dann ein weiteres Stockwerk, wo die Mütter mit den Kindern drinnen sind, aber ich bitte diesbezüglich auch Rücksicht zu nehmen. Vielleicht kann der eine oder andere aus der Landesregierung sagen - entweder Landesrätin Deeg oder Landesrat Widmann -, was dort konkret geplant ist. Man hat mir gesagt, dass auch Landesrat Bessone einen Besuch abgestattet hat, was den Bau anbelangt. Es hat mich erschüttert zu hören, welche Geschichten hinter diesem kleinen Wesen stecken, gerade in dieser schwierigen Zeit, dass es eine lange Wartezeit gibt. Vielleicht kann man in der Antwort auch darauf kurz eingehen, was man gedenkt diesbezüglich zu unternehmen. Dass natürlich Aufnahmestopp ist, ist klar, aber vielleicht gibt es Möglichkeiten, dass man aus prekären Situationen Kinder tatsächlich früher herausholen kann und sie anderweitig unterbringt, das weiß ich nicht. Darin bin ich nicht Expertin, aber mir war es wichtig, dass man auch diesen Aspekt kurz betrachtet, dass es dieses Heim gibt und dass wir auch dort wirklich Schutzbedürftige, die Allerallerkleinsten, die Jüngsten und Schwächsten in der Gesellschaft vorfinden.

Ich möchte mich abschließend bei allen Kolleginnen und Kollegen sowohl in der Opposition als auch in der Regierung für diese auch spannende Zeit bedanken. Ich habe erst gestern gemerkt, wie wir die "Weihnachtsfeier" in Videokonferenz abgehalten haben. Ich möchte mich natürlich trotz der schwierigen und etwas eigenartigen Zeit beim Präsidenten bedanken, dass er das ermöglicht hat, auch für all jene, die hier im Haus waren, für die Kekse und den Aperitif. Aber wir haben selbst alle gesehen, wir sind vielleicht alle zusammen nicht die besten Freunde, aber trotzdem verbindet uns alle so etwas wie Sympathie. Wir möchten alle gemeinsam das Beste für dieses Land. Jeder hat natürlich andere Ansichten und andere Meinungen. Ich glaube, dass das legitim ist und eine streitbare lebendige Demokratie ausmacht, aber wir sind irgendwo schon alle zusammengewachsen, auch wenn wir uns dieses Jahr sehr, sehr wenig persönlich begegnet sind. Das hat mit uns allen auch etwas gemacht, auch mit uns Politikern. Das ist mir gestern nicht nur bei den vielen Redebeiträgen aufgefallen. Ich habe es auch als wohltuend empfunden, dass es einmal ein bisschen emotionaler herging als

sonst. Auch das hat Platz, auch das zeigt, dass hinter jedem Politiker letzten Endes ein Mensch steht. Das finde ich mehr als angebracht. Sven Knoll hat es gestern – glaube ich – gesagt, dass wir noch nie so gut zusammengearbeitet haben oder das Klima irgendwo so gut war wie in dieser Zeit als Opposition vergleichsweise mit anderen Legislaturen. Danke dafür, danke auch für die Landesregierung, dass sie uns ausgehalten hat! Wir wissen, dass es letzten Endes nicht leicht ist, die Entscheidungen zu treffen. Ich wünsche mir aber trotzdem für das neue Jahr - denn ich denke, dass wir uns mit dieser Krise noch eine Zeit lang beschäftigen werden -, dass dieser Antrag vonseiten der Mehrheit, der damals leider Gottes von der Opposition zerredet wurde und letzten Endes vom Fraktionssprecher Gert Lanz zurückgezogen wurde, wo es um die Zusammenarbeit ging, auch außerhalb der institutionellen Ebene, uns da vielleicht noch einmal zusammensetzen, noch einmal treffen und eine Einigkeit finden. Denn ich wünsche mir das und ich glaube, das täte uns allen gut, auch der Landesregierung. Ich wünsche jetzt schon allen weiterhin viel Gesundheit, auch jenen, die uns zuhören, und jeden einzelnen Mitarbeiter hier im Südtiroler Landtag. Ich wünsche noch eine spannende Diskussion. Ich würde mich freuen, wenn der eine oder andere Tagesordnungsantrag von der Landesregierung angenommen werden kann. In diesem Sinne danke und ich wünsche noch eine fruchtbringende Diskussion!

VETTORATO (assessore alla scuola italiana, formazione professionale italiana, cultura italiana, energia, ambiente - Lega Salvini Alto Adige – Südtirol): In materia di bilancio è sempre bello, perché poi chiaramente a tutte le forze politiche, tutti i consiglieri e tutti gli assessori è permesso di parlare, di fare poi un discorso di fine anno e di programmare ovviamente l'anno successivo. Ho ascoltato con interesse i discorsi fatti da tutti e alcuni disappunti li ho avuti, ovviamente.

Cito inizialmente il consigliere Dello Sbarba, che parlava di un problema all'interno della Giunta con troppi personalismi da quello che emerge sui giornali. Io dico che non ci sono grossi personalismi, anzi è giusto che ci siano delle differenze di opinioni, perché - faccio un esempio – se l'assessore al turismo vuole rilanciare il turismo ed è preoccupato per questa situazione molto particolare, penso che sia lecito, guai se non fosse preoccupato e guai se non facesse delle forzature! Pensare che il sottoscritto, assieme al collega Achammer o al collega Alfreider voglia riaprire le scuole in presenza penso sia lecito, visto che siamo assessori alla scuola, guai se non fosse così!

Quindi ognuno di noi ha portato all'interno della Giunta le proprie istanze per le proprie deleghe e si è fatta una discussione. Prima cosa, ovviamente – è scontato ma è giusto ribadirlo – la salute è il tema principale ed è stato l'unico minimo comune denominatore in tutte le decisioni e quindi ognuno di noi si è confrontato con le proprie istanze e da questo confronto usciva ogni volta un'Ordinanza firmata dal *Landeshauptmann*.

Quindi io ringrazio tutti i colleghi di Giunta, ringrazio il presidente, che è il commissario all'emergenza e ha sempre voluto condividere una linea comune e quindi quell'Ordinanza è frutto di un lavoro di squadra di 9 persone. Quindi disgregazione assolutamente no, ovviamente interessi per le proprie deleghe.

È stato detto che la pandemia porta dei risvolti a cui nessuno di noi era preparato, è vero, a livello mondiale nessuno era preparato, inizialmente a febbraio anche i *media* parlavano di influenza, poi è successo quel che è successo. Si era preparati? No, però tutte le decisioni che abbiamo preso – anche con la strada altoatesina – sono state decisioni in cui abbiamo messo sicuramente la faccia, abbiamo messo il cuore e la responsabilità e ogni decisione è stata presa a salvaguardia della nostra comunità.

Cito il collega Repetto, siamo distanti politicamente, ma ho gradito il suo intervento di ieri, ovviamente siamo distanti sulla visione dell'Europa nel senso che lui diceva che è una risorsa e io dico che in questa fase ci sta dando un'opportunità, una via d'uscita, ma l'Europa dal mio punto di vista andrebbe rivista e ridisegnata. Però effettivamente l'Europa ci sta dando una grandissima risorsa che si chiama *Recovery Fund* e questo lo affronteremo dopo, perché è vero che si sta parlando di bilancio, ma è anche vero che la Giunta provinciale sta lavorando con la cabina di regia per alcuni progetti importanti che aiuteranno il nostro bilancio.

Più o meno tutti, in particolare il consigliere Repetto che ha aperto un po' le danze, abbiamo parlato di scuola e delle problematiche che ci sono. Il collega Repetto diceva "investire nella scuola, modello di una scuola aperta, adeguare la tecnologia per avere piattaforme più performanti e lavorare molto sull'immagine della scuola". Io condivido tutto, lo firmo, condivido veramente tutto, ma in realtà, consigliere Repetto, Le spiego che lo stiamo facendo, probabilmente lo si può fare meglio, però lo stiamo facendo e per quanto mi riguarda sto investendo e lavorando per rilanciare l'immagine della scuola.

Come avete visto il bilancio della scuola italiana negli anni non è diminuito, è rimasto costante, chiaramente io non parlo dell'amministrazione precedente, ma in due anni ho preso in mano la scuola, ho guardato riga per riga le linee di spesa della scuola, abbiamo ottimizzato gli sprechi e questo ci ha permesso di assumere

55 persone senza variare il bilancio. Quindi anche se per il prossimo anno 2021 non c'è un aumento di bilancio, in realtà con le risorse economiche che abbiamo in questo momento io posso garantire che per il prossimo anno per la scuola italiana stiamo facendo degli investimenti importanti.

Quest'anno di disgrazia per la pandemia vi posso assicurare che eravamo in assunzione per 57 docenti, 33 con concorso ordinario e 22 con concorso straordinario, ma purtroppo per colpa del Covid è stato bloccato il concorso, quindi già quest'anno noi facevamo investimenti e pensiamo di portarli a termine anche il prossimo anno. Sono stati stabilizzati dei precari, ce ne sono ancora, non sono tantissimi, ma anche se fosse uno è importante stabilizzarlo perché è una famiglia che deve crearsi un futuro e deve avere delle garanzie.

Stiamo investendo nella tecnologia, quest'anno abbiamo fatto diverse discussioni all'interno del Consiglio provinciale sul fatto che la scuola italiana ha una piattaforma che si chiama FUSS, piattaforma libera, e dopo aver fatto un sondaggio io ho optato per andare su una piattaforma proprietaria, di cui per ovvi motivi non cito il nome, e questo investimento è stato fatto in parte, ma purtroppo la pandemia conferma questa scelta.

A marzo, con il primo *lockdown*, la scuola in generale (italiana, tedesca e ladina) si è dovuta inventare un nuovo modo di comunicare per raggiungere ogni singolo studente o studentessa e lo ha fatto con la didattica a distanza e quindi ci si è attivati con mezzi personali, perché sappiamo che i docenti hanno utilizzato anche mezzi personali per raggiungere, comunicare e insegnare agli studenti la propria materia.

È emerso che la piattaforma FUSS aveva dei problemi, perché l'utente finale, quindi il ragazzo o la ragazza, in casa non aveva strumenti informatici su piattaforma libera, ma ce li aveva su piattaforme proprietarie e quindi i dirigenti hanno iniziato a chiedere le licenze per poter comunicare con i ragazzi, quindi abbiamo cercato di dare la possibilità a tutti di raggiungere la scuola dando dei supporti *hardware* smantellando i laboratori perché era un'emergenza, ci sono state fondazioni che hanno fatto delle donazioni al mondo della scuola, questo va ricordato e abbiamo semplicemente attivato quei PON, cioè quei piani nazionali che sono stati sottoscritti con l'ex ministro Bussetti da me e dagli altri due colleghi assessori alla scuola e tramite i fondi sociali regionali europei ogni singolo istituto aveva diritto a 11.000 euro per l'acquisto di materiale *hardware* e quindi questo è un investimento che la scuola ha fatto nel 2020 e che farà nel 2021. Il problema non sono stati tanto i soldi per singolo istituto, ma è stato trovare il materiale *hardware*, perché ovviamente nel primo *lockdown* ci ricordiamo tutti che a casa siamo passati in modalità *smart working*, quindi ci siamo dovuti comperare *hardware* e in qualsiasi negozio di informatica o di elettronica non c'era nulla, nemmeno su internet si trovavano i supporti *hardware* e nemmeno *software*, qui rientra il *Recovery Fund*.

Per il 2021 abbiamo consegnato alla cabina di regia a Roma, e ha passato il primo *step*, il nostro progetto di digitalizzazione del mondo della scuola. Il progetto è condiviso con gli altri assessorati, ma io parlo degli importi per la scuola italiana pari a 14 milioni e qualcosa di euro e con questi noi abbiamo previsto l'acquisto di supporti *hardware* per gli studenti e per i docenti, compresi quelli delle scuole paritarie. Dalla cabina di regia nella I commissione il progetto è già passato e quindi riteniamo che possa andare a buon fine e che per il 2021 avremo anche questo aiuto.

È chiaro che se noi parliamo di *lockdown* e di lavoro che hanno fatto i docenti a casa, è stato ricordato che lo hanno fatto con mezzi propri, lo avete ricordato Voi e lo ricordo anch'io, io però alle strumentalizzazioni non ci sto. Troppo spesso ho sentito in quest'aula che i docenti sono stati dimenticati, ma non sicuramente dal sottoscritto e non sicuramente dai miei colleghi. È vero che manca il *Bonus* informatico, il *bonus.it*, questo lo sappiamo e questa mattina l'assessore Achammer, l'assessore Alfreider e io abbiamo incontrato i sindacati, è stato presentato un ordine del giorno che verrà discusso più avanti. L'obiettivo è quello di dare una soluzione, io sono arrivato adesso, gli anni prima non c'ero e appena sono arrivato questa è stata una delle prime cose che mi hanno chiesto, questo lo dico al mondo della scuola perché ho sentito dirigenti professionisti e protagonisti del mondo della scuola, quindi anche singoli docenti che mi hanno chiesto ovviamente il *bonus.it* che nel resto d'Italia c'è e qua non c'è. E vero, ma una soluzione la troviamo. Mi è stato chiesto di fare delle assunzioni sull'organico e le ho fatte, ho eliminato gli sprechi proprio per fare anche le assunzioni e quindi io sinceramente alle strumentalizzazioni in cui sembra che noi siamo brutti, sporchi e cattivi e non vogliamo dare il *bonus.it* non ci sto, perché vi posso garantire che l'ultimo incontro con i sindacati per trovare una soluzione è stato questa mattina, l'altro è stato due giorni fa, ci hanno presentato una proposta anche questa mattina che noi tre assessori alla scuola abbiamo ascoltato e recepito, non abbiamo potuto dare una risposta, dobbiamo parlarne in Giunta ovviamente, però l'obiettivo – e lo grido a gran voce – è sicuramente quello di trovare una soluzione, quindi chiederei, visto che stiamo parlando di una situazione d'emergenza, di non strumentalizzare il lavoro delle persone.

Il collega Nicolini parlava di digitalizzazione – ho apprezzato anche il suo discorso – e si è soffermato molto sul *SuperBonus*. Questo è sicuramente un'opportunità che io come assessore all'ambiente e all'energia voglio portare avanti perché con il *SuperBonus* 110% riusciamo sicuramente a fare tutte le operazioni di riqualificazione energetica nel nostro territorio non intaccando il nostro *budget*, quindi il nostro bilancio.

La procedura è un po' macchinosa – ho avuto anche modo di interfacciarmi con il sottosegretario Fraccaro, che è stato l'ideatore del *SuperBonus* – per evitare alcuni sviluppi che potrebbero poi diventare facile modo per i furbetti per lucrarci. Visto che si parlava della via Alto Adige, come Alto Adige abbiamo cercato di dare una soluzione a tutti gli utenti, quindi abbiamo messo in piedi un tavolo di lavoro e quindi un sistema che a gennaio o febbraio andremo a presentare con tutti protagonisti del mondo della riqualificazione energetica, quindi la Provincia autonoma di Bolzano, il sottoscritto, l'Agenzia per l'ambiente, CasaClima che sarà uno dei protagonisti, delle banche, CNA, APA, quindi tutte le associazioni di categoria, perché l'obiettivo è quello di andare dal singolo cittadino o dall'amministratore di condominio e chiedere "Vuoi riqualificare il tuo palazzo? Non c'è problema, chiavi in mano, dalla burocrazia alla fine non tiri fuori neanche un euro perché tutto il sistema sta in piedi autonomamente con la garanzia dell'aquila della Provincia!".

Questa è la differenza, quindi non chiediamo al cittadino di interfacciarsi con una marea di carte, lo facciamo con questo sistema e Vi posso garantire che ad esempio, visto che sappiamo che per avere il *SuperBonus* del 110% dobbiamo riqualificare di due categorie, CasaClima farà l'analisi, darà la risoluzione del progetto e da lì partirà tutto l'*iter*, quindi il cittadino, il condomino o la pubblica amministrazione, volendo, potrebbe utilizzare anche questo tipo di sistema senza fare fatica e senza tirare fuori un euro e con la garanzia di solidità della Provincia autonoma di Bolzano. Questo è un intervento – ed era per tranquillizzare il consigliere Nicolini – che è in ottica di riqualificazione in materia ambientale.

Adesso entro in alcune pieghe specifiche di quello che sto facendo come Agenzia Ambiente ed Energia e quello che farò in un futuro non tanto distante, quindi nel 2021. Il collega Staffler diceva che è stato fatto poco dal punto di vista ambientale, sono opinioni che ovviamente rispetto ma non condivido, perché io sono convinto che in materia ambientale sia stato fatto tanto dal sottoscritto e che verrà fatto tanto e lo spiego. Non è che si fa tanto o poco in base alle capacità economiche, è vero che la capacità economica aiuta, questo è sicuro, però con tanti piccoli gesti riusciamo comunque a ottenere degli ottimi risultati.

Quest'anno per la seconda edizione, quindi nel 2021 a gennaio, partirà un *Hackathon* che è stato fatto con dei soggetti importanti, cioè l'Agenzia per l'Ambiente e l'Energia, il NOI Tech, l'Ente Fiera che ricordo che oltre a organizzare eventi lo fa sempre in maniera sostenibile – e non sto facendo pubblicità all'Ente Fiera, ma ringrazio perché è uno degli enti all'interno della provincia di Bolzano che ha sempre organizzato con un'attenzione verso la sostenibilità – e un'associazione che si chiama Onde alte.

L'obiettivo è quello di cercare di prendere le giovani generazioni dai 21 ai 26 anni, metterle assieme e dare un progetto che va oltre la sostenibilità, noi sappiamo che per lo sviluppo economico della nostra società, e parlo a livello mondiale, noi consumiamo più di quello che possiamo permetterci, stiamo andando in questa direzione e ci chiedono di andare in un concetto di sostenibilità. Ecco, l'obiettivo è andare in rigenerazione, quindi chiediamo a questi ragazzi di darci questo progetto che verrà lanciato a livello altoatesino, e ci sarà la possibilità per il vincitore o il gruppo di vincitori di avere una *start up*, quindi cercare di produrre delle energie che possano essere riciclate e reimmesse nel sistema. Questo è un esempio di alcune attività che sono state fatte praticamente a costo zero.

Il prossimo anno con il bilancio di 31 milioni dell'Agenzia Ambiente abbiamo pensato di dare una mano e mettere la parola fine a quello scempio che è la discarica di Castel Firmiano nel Comune di Bolzano, uno scempio perché la discarica di Castel Firmiano è ferma da un bel po' e quindi c'è una serie di attività e sono previste in quel bilancio, ma all'interno del progetto *Recovery Fund*, che anche per l'ambiente parla di decarbonizzazione. Quindi con il *Recovery Fund* ci sono progetti trasversali che vanno dal collega Alfreider per la mobilità a quelli ambiente ed energia per 83 miliardi e tra questi ci sono, per quanto mi riguarda, le bonifiche delle discariche, attività come l'essiccazione di fanghi, che è un grosso problema e lo sappiamo da anni, noi dobbiamo portare in Lombardia i fanghi dei depuratori e la Lombardia su 5 impianti ne dovrà chiudere uno, quindi saremo in difficoltà, quindi anche lì ci stiamo impegnando e lo stiamo facendo sfruttando e valorizzando quei famosi fondi che arrivano dall'Europa, quindi non sono a bilancio, ma arrivano da lì, è passato dalla cabina di regia, poi in Commissione ambiente e quindi siamo fiduciosi di portarlo avanti. Questo per dire che non è perché non ci sono dei progetti o non ci sono dei soldi a bilancio e i progetti non vengono fatti, i progetti ci sono, si utilizzano altre strade.

Abbiamo fatto una cosa importantissima anche per quanto riguarda il teleriscaldamento, l'ho fatto quest'anno e lo posso garantire anche il prossimo anno, poi chiaramente con il bilancio armonizzato dobbiamo fare una proiezione di tre anni e non posso garantirlo per il terzo anno, ma l'obiettivo è quello, abbiamo aumentato la percentuale dal 25% al 35%. Ho portato avanti per il prossimo anno per le pubbliche amministrazioni la possibilità di avere dei contributi, la somma con lo Stato, per arrivare a una copertura per la riqualificazione energetica fino all' 80%. Questo è stato fatto con il bilancio? No, fondamentalmente no, una parte sì, servirà a finanziare i contributi, però è per dirVi che i progetti dal punto di vista ambientale ed energetico ci sono.

Abbiamo fatto una legge dove si parla di canoni idrici secondo il principio di "chi consuma paga" e quindi abbiamo introdotto dei canoni idrici, prima non era così, non è una tassa, è un intervento atto a cercare di premiare chi risparmia sulle risorse idriche, quindi l'acqua.

C'è il Piano tutela acque che è in corso e verrà ultimato a breve.

C'è l'idrogeno che è un altro dei grossi progetti che rientreranno nel *Recovery Fund*. Per quanto riguarda l'idrogeno anche il MiSE sta pensando di lanciare l'idrogeno e ha appena lanciato un nuovo Piano idrogeno. Se Voi guardate quel documento sul sito e lo leggete, ci potete tranquillamente togliere il simbolo del MiSE e metterci l'aquila della Provincia di Bolzano, sta parlando di noi, questa non è presunzione, questi sono gli *step* perché l'Alto Adige negli anni ha avuto un certo tipo di lungimiranza e di investimento.

Ecco, sull'idrogeno investiamo, è un'opera di decarbonizzazione, non riguarda solo la mobilità, sappiamo che il collega Alfreider sta portando avanti anche con il sottoscritto questo *Green Corridor*, dove c'è un'attenzione a livello europeo, non solo nazionale, ma l'idrogeno è anche un vettore di immagazzinamento di energia, quando ci sono degli esuberanti di energia io posso immagazzinarla o avendo delle batterie o trasformandola in idrogeno e recuperandola quando voglio.

Questo è uno degli obiettivi che stiamo facendo, sempre con il bilancio che vediamo nel 2021 e con fondi che arriveranno, e che arrivano perché siamo già passati al secondo *step*, dal *Recovery Fund*. Quindi il bilancio 2021 per l'ambiente e l'energia sta facendo poco? No, ci sono una serie di progetti che stiamo portando avanti attraverso altre strade. Autonomia cosa vuol dire? Autonomia vuol dire responsabilità di governare, di dare delle risposte ai cittadini in un certo modo e trovando tutte le strade per potergliele dare, quindi vuol dire che noi possiamo utilizzare il nostro bilancio, ma possiamo sfruttare o valorizzare, dipende dai punti di vista, le altre risorse economiche che arrivano anche dalle altre parti.

Con questo io concluderei, devo solo dire un'altra cosa, non difendo nessuno perché i colleghi non hanno sicuramente bisogno di difese, io sono una persona molto aperta e ascolto le critiche costruttive di tutti, però c'è stato un tema che a me sinceramente ha un po' urtato. Il collega Staffler ha detto che il *test* di massa è stato un fallimento e io questo non lo concepisco e non lo credo, perché citava la Giunta provinciale che diceva che ci sarebbero stati 30.000 positivi. Il *test* di massa è stato un *test* che è partito il venerdì ed è finito la domenica, ma il giovedì sera chi poteva sapere quanti erano i positivi? Adesso con il senno di poi lo sappiamo tutti.

Il *test* di massa è stato fatto da 360.000 cittadini, ha coinvolto le amministrazioni pubbliche e un ringraziamento va sicuramente alla Protezione Civile, ai sindaci, alle amministrazioni pubbliche, a tutti i volontari. Non è stata una perdita economica, non sono stati soldi buttati, è stato un investimento sulla salute, perché ci ha permesso di trovare 3.600 positivi, questi 3.600 positivi erano persone che a loro insaputa avrebbero potuto contagiare e che noi non sapevamo chi erano e dov'erano, invece con questo *test* di massa abbiamo saputo dove abitano, perché è questo che il *test* di massa ci ha permesso di fare. Quindi che sono stati investiti soldi e abbiamo scoperto 3.600 persone che moltiplicate per il fattore moltiplicativo, il famoso RT che all'epoca non mi ricordo quale fosse, facciamo 0,95, facciamo 1,2, in una settimana avrebbero dato altri positivi, quindi non sono stati soldi buttati ma è stato un investimento sulla salute di tutti.

Lei, collega Staffler citava *L'arte della menzogna politica*, ma i cittadini se lo aspettano che l'opposizione o la minoranza dicano che va tutto male, che si potrebbe far meglio, eccetera e che la maggioranza dica "siamo bravi, siamo belli e siamo riusciti", io dico che i cittadini vogliono delle risposte e a mio avviso le risposte le stiamo dando, e anche bene.

Ripeto il concetto, io sono sempre aperto alle critiche, purché siano costruttive, le speculazioni non mi piacciono, soprattutto in questo momento e lo dico perché come lo so io, lo sanno veramente i cittadini che è il gioco delle parti, che è un teatrino e quindi sediamoci, lavoriamo, portiamo a casa i risultati, poi al termine della pandemia – spero che sia ieri, non domani – ci diciamo tutto quello che ci dobbiamo dire, ma quello che stiamo facendo lo stiamo facendo mettendoci la faccia tutti i giorni, sapendo le singole problematiche.

Lo ho parlato di scuola, ma potrei farVi vedere i messaggi che mi arrivano su *Messenger* di chi ha palestre o di chi ha l'azienda ed è in difficoltà e siamo in difficoltà anche noi a dare delle risposte, perché ovviamente siamo in difficoltà anche noi. Quindi quello che stiamo facendo lo stiamo facendo con il cuore, con accuratezza e con senso di responsabilità, ci si può sicuramente dire che si poteva fare meglio, ma non si può dire che non è stato fatto nulla. Grazie!

LOCHER (SVP): Danke, Herr Präsident, geschätzter Herr Landeshauptmann, werte Mitglieder der Landesregierung, werte Kolleginnen und Kollegen im Hohen Haus und alle, die hier an den Online-Geräten sind! Wir sind in einer Sitzung, die wir nicht wie gewohnt abwickeln, und würden uns wünschen, wenn wir alle hier im Saal sitzen, uns gegenseitig in die Augen schauen und das Notwendige sagen könnten. Es ist außergewöhnlich und hat uns heuer wahrscheinlich auch geprägt, dass wir mit dieser Situation zurecht kommen müssen. Es war für uns Abgeordnete keine leichte und einfache Zeit. Dieses Jahr war vor allem geprägt durch einige Tage, an denen wir doch emotional ein bisschen hergerissen wurden. Denken wir an die März-Sitzung, als wir hier im Saal gesessen sind und eine Stimmung verspürt haben, dass jetzt etwas unterwegs ist. Wir haben geglaubt, dass dieses Virus nie zu uns kommen wird, da es weit weg in China war. Als dieses Virus dann in Italien in Bergamo bzw. vor allem in der Mailänder Gegend um sich schlug, hatten wir damals noch nicht geglaubt, dass es uns so schnell überraschen wird. In dieser März-Sitzung des Landtages wurden wir irgendwie überrascht und am Freitag wurde dann gesagt, dass es schlimmer ist als angenommen. Dieses Virus ist dann auch in Südtirol auf uns zugekommen. Am Anfang waren wir natürlich ein wenig überfordert. Im Grunde genommen waren sich ja auch die Virologen nicht sicher, wie man das meistern soll und was das Beste ist. Es folgte die gesamte Schließung bzw. der ganze Lockdown, wobei wir alle überrascht waren, dass man überhaupt alles schließen kann. Denken wir daran, dass die Autobahn am Sonntag komplett leer war. Die Straßen in Bozen waren leer und die Geschäfte zu. An normalen Werktagen war in Bozen ein Zustand, wie man es normalerweise von einem wunderschönen Sonntag gewöhnt ist, wenn kein Mensch unterwegs ist. Das sind wir nicht gewöhnt, wenn ich es mal so sagen darf. Mit dieser Zeit haben wir auch nicht gerechnet. Der normale Ablauf, unser Stundenplan, wie wir ihn normalerweise gewöhnt sind, wurde auf den Kopf gestellt und die Überraschung war komplett. Ich glaube, es war auch ein bisschen Überforderung. Ich möchte aber feststellen, dass wir die Situation nicht schlecht gemeistert haben. Ich kann mich noch erinnern, als wir damals – die Sitzung vom 8. Mai hat mich schon ein bisschen beeindruckt – in diesem Landtagssaal beschlossen haben, dass wir einen eigenständigen Weg gehen, dass wir den Mut haben, diesen eigenständigen Weg einzuschlagen. Wir haben zumindest den Versuch gemacht, gewisse Sachen eigenständig zu beschließen. Das war sicherlich ein einschneidendes Ereignis. Ich möchte auch dazusagen, dass es unsere Generation vielleicht schon ein bisschen mitbekommen hat. Das war, als wir noch Kinder waren. Es gab keinen Überfluss, wir hatten zu leben, aber wir lebten nicht im Überfluss. Wir haben sparen gelernt. Das war damals auch gut so. Diese Schule, die wir damals hatten, tut uns heute noch gut. Ich möchte diese Zeit nicht missen. Nicht im Überfluss zu leben, tut auch gut. Ich möchte jetzt nicht sagen, dass diese Phase jetzt positiv ist. Diese Krankheit ist sehr negativ, aber zumindest gab es in den letzten 60 bis 70 Jahren immer wieder schwierige Zeiten. Denken wir an die 50er und 60er Jahre, wo es in Südtirol einfach keine Arbeit gab, als in den Tälern einfach noch nichts war. Das heißt, es gab keine Möglichkeit, Geld zu verdienen. Im städtischen Raum war es ein bisschen anders. Da waren mehr Arbeitsplätze, aber in den Tälern gab es einfach ganz, ganz wenige Arbeitsplätze. Das heißt, dass der Aufbau erst begonnen wurde. In den 60er und 70er Jahren wurde versucht etwas zu machen, aber es war nicht so einfach. Wir sind mit dieser Situation recht gut zurecht gekommen. Sicherlich ist es vielen Leuten nicht gut gegangen. Viele - wie gesagt wurde - sind auch zu früh verstorben. Ich glaube, dass wir jetzt aus dieser Situation wirklich etwas machen müssen. Es hat mich sehr beeindruckt, als die Landesrätin die Situation in den Pflegeheimen geschildert hat, wenn diese 3 Monate zugesperrt waren. Es ist nicht einfach, wenn niemand zu Besuch kommen darf, weder die Kinder noch die Angehörigen. Viele 80- und 90-Jährige haben nicht verstanden, wieso niemand mehr zu Besuch kommen darf. Das war keine leichte Zeit für diese Personen, für diese Menschen. Viele haben das nicht verstanden und auch nicht ganz mitbekommen, was da eigentlich vor sich geht, weil sie ganz etwas anderes gewöhnt sind. Sich dieser Situation anzupassen, war nicht ganz einfach. Ich habe hier auch vollstes Verständnis für diese Bevölkerungsschicht, die doch vielfach in einem hohen Alter ist und eigentlich auch in diese Zeit hineingelebt haben, wo es eigentlich vielen relativ gut geht. Ich kann mich noch an meine Jugendzeit erinnern, als in den 80er Jahren ein Wirtschaftswachstum stattgefunden hat. Das heißt, dass im Grunde genommen in den 80er Jahren doch sehr viel gebaut und in den Tälern sehr viel errichtet wurde. Es ist eine ganz schwierige Zeit gekommen, da die Zinssätze zwischen 25

und 28 Prozent lagen. Werte Anwesende, wissen Sie, was da los wäre? Kollege Tauber, du weißt genau, was heute eine Hotelinvestition kostet und wenn das in drei Jahren wieder das gleiche Kapital wäre. Damals war es ganz, ganz schwierig und die Gehälter waren nicht so hoch. Wie viele Familien und vor allem junge Familien haben sich damals versucht ein Eigenheim zu bauen. Sie hatten die gleiche Situation. In drei Jahren war es wieder die gleiche Summe, so wie die Investitionssumme war. Ich möchte nur darauf hinweisen, dass es in Südtirol immer wieder schwierige Zeiten gab. Von dem werden wir auch nicht loskommen und wir können planen und beschließen, was wir wollen, es wird immer Überraschungen geben. Von diesem Virus wurden wir mit einer gewissen Heftigkeit überrascht, wo wir doch versucht haben, vieles zu unserem Wohlergehen voranzuplanen. Kollege Renzler horcht immer sehr aufmerksam zu. Wir haben versucht, vieles im Bereich des Möglichen zu machen und haben das auch in dieser Hinsicht sehr gut gemeistert.

Ich möchte jetzt nicht zu viel auf den Haushalt eingehen, da bereits viel gesagt wurde. Ich glaube, dass 6,4 Milliarden Euro, 6.400 Millionen Euro, wenn man das dann durch die gesamte Bevölkerung Südtirols, sprich durch 522.000 dividiert, dann ist es eine sehr, sehr schöne Summe. Das bedeutet, dass es über 7.000 Euro sind. Ich habe jetzt auch die Debatte im Bundestag in Deutschland mit den 500 Milliarden Euro ein bisschen verfolgt. Wenn man das durch die 80 Millionen Euro dividiert, dann kommen 2.500 Euro pro Kopf raus. Das heißt, dass wir ein Vielfaches darüber liegen. Man kann darüber diskutieren, welche Zuständigkeiten die Bundesländer und welche Zuständigkeiten die Gemeinden haben. Das ist in den Ländern unterschiedlich, aber in gewisser Hinsicht steht eine bestimmte Summe Geld zur Verfügung, die man dann verwenden und investieren bzw. man etwas für die Autonomie machen kann. Ich glaube, das wird auch manchmal ein bisschen vergessen. Im Vergleich stehen wir also momentan sicherlich sehr gut da. Wenn wir 9 Milliarden Euro hätten, dann würde wahrscheinlich dieselbe Debatte stattfinden. Hier wäre zu verbessern, da wäre zu verbessern, hier wäre etwas zu machen. Jeder Landesrat und jede Landesrätin würden sich mit noch mehr Eifer einsetzen. Es wäre sicherlich nie genug und dann stellt man sich die Frage, wie wir das Geld einsetzen, wie die politischen Kräfte und wie die politischen Mannschaften verteilt werden. Wer ist dann stärker, wer ist schwächer, wer ist wichtiger? Jeder versucht das ein bisschen zu machen, das ist auch menschlich. Ich glaube, dass jeder von den 35 Abgeordneten aus verschiedenen Richtungen und verschiedenen Gemeinden kommt. Das ist gut so und es gehört zur Demokratie, dass wir darüber diskutieren. Ich möchte das nicht so kritisch sehen, sondern vor allem ein bisschen positiv einbringen. Ich glaube, dass wir die wirklich verantwortungsvolle Aufgabe haben, aus diesen 6,4 Milliarden Euro, aus diesen 6.000 Millionen Euro das Beste zu machen, um den größten Teil unserer Bevölkerung zufriedenzustellen. Es wird nicht möglich sein, alle zufriedenzustellen. Wir sind sicher fähige Leute, haben ein gutes Künstlerwesen, aber verfügen nicht über die Begabung, 520.000 Südtiroler zufriedenzustellen. Deshalb glaube ich, dass wir zu menschlich sind, dass uns das nicht gelingen wird. Aber wir können in der Hinsicht gute Synergien schaffen und das richtige Augenmaß finden, die Gelder in den verschiedenen Bereichen einzusetzen. Ich sehe, dass im Rahmen der Sanität 1,4 Milliarden Euro vorgesehen sind. Ich weiß nicht, ob Kollege Widmann anwesend ist. Ich möchte ihm ein Kompliment aussprechen. Er hat gemeinsam mit dem Landeshauptmann, mit den Landesrätinnen und Landesräten eine sehr gute Übersicht geliefert und die Situation im Hintergrund sehr gut gemeistert. Ich hatte auch kürzlich die Gelegenheit, mit einigen Angestellten in der Sanität zu reden, vor allem mit solchen, die in der Covid-Station arbeiteten. Das war nicht so einfach. Es war eine ganz schwierige Zeit, vor allem mit den Patienten, mit der Unsicherheit, ob sie das Virus nicht nach Hause bringen. Zuhause haben sie Familien. Wie geht es, trage ich das weiter? Sind Eltern zuhause, die angesteckt werden können? Es war damals nicht so einfach. Jetzt, ein halbes oder Dreivierteljahr später weiß man ein bisschen mehr. Das heißt, man ist ein bisschen informierter über die ganze Situation. Man kennt sich viel besser aus, aber damals gab es schon eine ganz große Unsicherheit. Es ist nicht einfach, das ganze Sanitätswesen auf 30 Prozent hinunterzufahren. Das heißt, dass viele Patienten nach Hause verlegt wurden, um diese Krankheit daheim zu genesen. Vieles musste über das Telefon geklärt werden, vor allem mit den Hausärzten. Hausärzte haben Medikamente über ein Fenster hinausgereicht. Denken wir auch an den ganzen Schriftverkehr, der gemacht wurde, vor allem Einweisungen und Ähnliches. Das heißt, hier wurde mit Hilfe und vereinten Kräften so viel unternommen, dass es möglich war, mit dieser Situation zu leben. Ich glaube, wir können stolz sein, dass das auch gelungen ist. Logischerweise sind nicht alle zufrieden gewesen. Ich war damals sehr erstaunt darüber, wie viele Menschen sich dieser Sache angenommen haben. Welcher Wirt hat denn gerne den Gastbetrieb zugemacht, welcher Hotelier hat denn gern das Hotel zugesperrt? Welcher Liftbetreiber hat denn gern die Lifte damals bei schönstem Wetter zugemacht? Jeder hat gesehen, es wären noch Möglichkeiten gewesen, etwas zu unternehmen. Jeder Arbeiter am Lift wäre noch gerne im Skigebiet geblieben, vor allem bei diesem schönen Wetter. Es hat mich eigent-

lich schon berührt, wie offen die Bevölkerung für diese Anliegen war. Das war eigentlich sehr, sehr positiv und hat mich sehr positiv beeindruckt.

Der zweite Punkt betrifft den sozialen Bereich, Frau Landesrätin. Ich weiß, Sie haben sicherlich in Ihrem Bereich keine leichte Aufgabe. Sie haben wahrscheinlich die größte Bevölkerungsschicht in der Altersklasse, für die Sie zuständig sind. Sie tragen wirklich eine verantwortungsvolle Aufgabe. Jeder möchte seine Eltern so lange wie möglich zuhause haben, in der Pflege, in der Altenpflege oder in verschiedenen Bereichen. Das ist das Schöne auf der Welt zu leben, auch für ältere Generationen. Denken wir zurück an unsere Eltern und an unsere Vorfahren, die eine schwierige Zeit hatten, die damals in der Vorkriegszeit, in der Optionszeit, im Zweiten Weltkrieg geboren sind und schlimme Sachen miterlebt hatten. Sie hatten kaum die Möglichkeit, in die deutsche Schule zu gehen, keine Zufahrt zu den verschiedenen Höfen, in anderen Gegenden und in Tälern. Wenn wir daran denken, dass die Kinder bei 1,5 bis 2 Meter Schnee den Weg zur Schule gegangen sind, dann können Sie sich vorstellen, wie nass sie in der Schule ankamen, wie man das überwunden hat, wie man sich organisiert hat und die Lehrer das alles gemacht haben. Wir denken manchmal ein bisschen wenig zurück. Frau Landesrätin, Sie haben doch das schönste Erlebnis in diesem Menschensein, jetzt wirklich einen hohen Lebensstandard zu bieten, wenn ich es so sagen darf. Das haben sich diese Menschen auch verdient. Wir haben in der Politik die Aufgabe, alles Menschenmögliche für diese Menschen zu tun und auch die Steuergelder gut zu investieren. Ich glaube, hier in diesem Bereich wird es sicherlich in nächster Zeit noch einige Überlegungen brauchen, dass wir diese Pyramide schaffen. Heute sitzen wir hier, aber in zehn Jahren sind wir auch Rentner und werden diese Situation aus einem anderen Blickwinkel sehen, Kollege Staffler vielleicht nicht, ich aber schon. Ich gehöre dann zum Ressort der Landesrätin Deeg im Seniorenbereich. Das geht relativ schnell, für uns geht es auch zu schnell, aber zumindest glaube ich, dass wir heute schon - nicht für uns persönlich - Synergien schaffen sollten. Wir hoffen, dass wir lange gesund bleiben und wenn wir nicht die Gesundheit haben, dann sollten wir zumindest die Strukturen und die Einrichtungen bieten. Ich habe das manchmal auch in meiner früheren Tätigkeit miterlebt. Hier sind menschliche Qualitäten gefragt. Ich verstehe schon und komme jetzt ein bisschen zur lobenden Sache, was für uns manchmal ein bisschen ein Hemmschuh ist. Ich möchte hier zu diesem Punkt weiterleiten. Es geht nicht nur darum, dass wir Seniorenheime bauen. Wenn wir Schulen und andere Einrichtungen nicht nur in Südtirol bauen, dann wird wahrscheinlich auch die italienische U-Gesetzgebung ein bisschen schuld sein, dass wir hier sehr viele Richtlinien haben, manchmal zu viele Richtlinien, dass die Handhabung sehr viel kostet. Das heißt, die ganze menschliche Handhabung kostet eigentlich wahnsinnig viel. Wir müssen versuchen, dieses Problem in den Griff zu kriegen. Mich hat es immer ein bisschen gestört – und es stört mich heute noch -, wenn bei einem Bau die Spesen zwischen Mehrwertsteuer und technischen Spesen, sprich Vorplanung, Planung, Ausführungsplanung, Vergabe, dann die gesamte Bauleitung, die Bauabnahme und die Projektsteuerung, schon ganz viel Geld gebraucht wird. Manchmal glaube ich, dass das ein bisschen zu viel Geld ist. Das macht diese Bauten sehr, sehr teuer. Ich war schon immer und bin heute noch ein bisschen skeptisch gegenüber diesen ganzen technischen Ausgaben, die in einem sehr hohen Ausmaß gezahlt werden müssen und eigentlich sehr viel ausmachen. Hier müssen wir schon Synergien schaffen, dass wir sagen: "Ok, gut bauen ist immer gut gebaut und gut bauen ist günstig gebaut." Aber wenn es dann mit Bauen zu bürokratisch wird, dann kostet es zu viel Geld für wenig Leistung. Das ist manchmal ein bisschen das Problem. Das heißt, es wird ein bisschen zu kompliziert, weil wenn man einen Statiker und eine statische Bauleitung hat. Danach braucht es noch einen Statiker, der die statische Abnahme macht. Dieser muss den bestätigen, obwohl man das Eisen bzw. den Beton nicht mehr sieht, nur die Betonprüfung machen muss. Aber man sieht dann ja nicht mehr, welcher Rohstoff, welches Material hier in diesem Bau verwendet worden ist. Ich kann es nur mehr vermuten und es braucht eine statische und nicht nur eine elektrische Abnahme. Es braucht eine hydraulische Abnahme, eine Abnahmeprüfung und die verschiedenen Prüfungen, wo dann zum Schluss die Bauabnahme gemacht werden kann. Das heißt, es kostet sehr, sehr viel Geld. Die Frau Landesrätin, die ja vor allem im Seniorenbereich und im Pflegebereich sehr vieles zu unternehmen hat, wird sich auch in den nächsten Jahren mit dieser Materie befassen. Ich glaube, dass wir hier schon eine kleine Vertiefung machen müssen, wie wir das in Zukunft handhaben können, dass wir diese Kosten in Griff haben. Ich glaube, das ist ein großer Aspekt, auf den müssen wir versuchen auch ein bisschen genauer hinzuschauen. Das wäre sicherlich nicht falsch.

Als nächstes möchte ich ein wenig eingehen und das war immer schon ein bisschen ein Anliegen. Ich glaube, wir haben in Südtirol an die 40.000 öffentliche Bedienstete. Ich möchte nicht urteilen, ob das genug und ob das wichtig ist. Jeder, der gewissenhaft arbeitet, macht sicherlich einen sehr, sehr guten Job, aber wir werden uns in den nächsten Jahren sicher überlegen müssen, wie wir Synergien schaffen können. Wir können

auch mehr Bedienstete anstellen. Das ist auch noch möglich. Aber wir wissen, dass wir entweder die Steuern erhöhen oder Einsparungen machen müssen. Das ist sicherlich nicht ganz einfach. Der Kollege Staffler würde sagen, dass wir der Landwirtschaft sparen sollen. Ich würde vorschlagen, dass wir irgendwo anders sparen sollen. Jeder versucht seinen Bereich zu unterstützen und beim anderen Bereich zu sparen. Wenn Pensionierungen sind, sollten wir uns überlegen, gewisse Synergien zu schaffen. Ich bin der Meinung, dass wir die Leute bzw. die Arbeitskräfte dort einsetzen müssen, wo sie gebraucht werden. Das ist notwendig, damit das System funktioniert. Ich glaube nicht, dass wir jetzt an der Covid-Station Personaleinsparungen machen können. Keiner soll bzw. darf überfordert werden. Aber ich bin der Meinung und möchte das auch ganz klar betonen, dass man dort, wo es möglich ist, Synergien schaffen soll. Das kann nicht allein der Landeshauptmann machen. Da sind die einzelnen Landesräte und Landesrätinnen gefordert, hier auch ein Augenmaß darauf zu richten, wo Einsparungen und Verbesserungen gemacht werden können. Wenn wir in der Altersvorsorge etwas machen und vor allem das Pflegegeld im Griff haben wollen, wenn wir mehr Geld benötigen, dann müssen wir die Steuern erhöhen oder Schulden machen. Abgesehen von diesem Jahr, wo es durchaus gerechtfertigt wäre, einige Darlehenskredite aufzunehmen, bin ich nicht der Meinung, dass man in einer Zeit, in der es relativ vielen Menschen gut geht und wir eine gute Wirtschaftsleistung haben, Schulden machen sollte. Das heißt, im Grunde genommen soll man immer mit diesem Geld, so wie es jeder in seinem Haushalt oder jeder in seiner Familie macht, haushalten. In guten Zeiten macht man keine Schulden, um zu leben. Da macht man Schulden, um zu investieren und Investitionen zu tätigen. Ich glaube, mit diesem ganz natürlichen Hausverstand, mit diesen Überlegungen kann man versuchen, zu wirtschaften und zu haushalten. Aus diesem Grund glaube ich, dass es nicht notwendig ist, längerfristige Schulden aufzunehmen. Ich glaube, das wäre sicherlich der Weg, den wir nicht anstreben sollten. Ich sage und betone ganz klar, dass es heuer vielleicht gerechtfertigt wäre, aber wenn wir – so hoffen wir - nächstes Jahr wieder im Laufe der Zeit in eine gewisse Normalität - nicht in eine hundertprozentige Normalität, aber zumindest diesen Virus in den Griff bekommen - zurückkehren, dann kann wieder ein normales Leben weitergehen. Ich glaube, wir können auch glücklich sein – darauf möchte ich dann später hinkommen -, dass wir doch eine halbwegs vernünftige ausgeglichene Wirtschaftsleistung und vor allem Arbeitsplätze haben. Wir haben vor allem eines nicht: Arbeitslosigkeit in einem hohen Ausmaß. Dazu möchte ich später noch zurückkommen.

Der zweite Punkt, der mir und in diesem Haus wichtig ist, ist jener, vor allem die Gemeinden zu stärken. Die Gemeinden sind heute die Seele der Bevölkerung. Ich glaube, jedem hier im Südtiroler Landtag zwischen Frau Abgeordneter und Herrn Abgeordneten ist es schon bewusst, dass draußen in den Gemeinden sehr, sehr viel passiert. Diese Gemeinden sind eigentlich das Herzstück unserer Bevölkerungsstruktur. Die Gemeinde ist zuständig für die Kitas, für den Kindergarten, für die Volksschule, für die Mittelschule und für die Ausspeisung. Die Gemeinde schaut Arbeitskräfte und eine ausgewogene Wirtschaftsleistung vor Ort zu haben. Die Gemeinden schaffen den Wohnraum für die jungen Familien, wo sie dann um Wohnungen ansuchen können, und machen die Grundzuweisungen. Die Gemeinde macht die Enteignung und baut die Infrastrukturen. Das heißt, dass sich die Gemeinde im Grunde genommen Überlegungen über die Grundenteignung macht. Sie führt die Verhandlungen über die Grundbesitzung oder über die Verhandlung mit den Bauern oder Grundbesitzern, errichtet Wohnbauzonen bis hin zur Altersfürsorge in den Altersheimen. Die Gemeinde geht durch alle Reihen, durch alle Jahre der Bevölkerung durch und begleitet diese Menschen vor Ort. Ich glaube, es ist das schönste in der Demokratie, im Gemeinderat zu sein, wo ich das erleben darf, mit der Bevölkerung diesen Lebenslauf mitzuerleben, Jahr für Jahr in jedem Jahrzehnt. Dort kann man miterleben, wie die Entwicklung in der Gemeinde weitergeht, wie all das praktiziert und vorgenommen wird. Das ist das, was sehr viel ausmacht. Der zweite Punkt in den Gemeinden draußen ist dann die direkte Infrastruktur. Die Gemeinde ist zuständig fürs Wasser, für den Müll, für die Gemeindestraße, für den Gehsteig, für die Schneeräumung, fürs Breitband im ländlichen Raum. Diese Leistungen sind lebensnotwendig. Ich brauche genießbares Wasser, funktionierendes Abwasser und eine funktionierende Müllversorgung. Ich bin immer der Meinung, dass es auch diese Gemeinden nicht leicht haben. Ich möchte hier betonen, genau in dieser Zeit, in dieser Situation, in der jetzt ganz viele Gemeinden sind, ... Nehmen wir Ulten, Martell und Schnals, aber auch die Passeier Gemeinden her, diese Gemeinden hatten das letzte Wochenende, als diese ergiebigen Schneefälle waren, keine einfache Situation, mit diesen zurecht zu kommen. Es war nicht so einfach. Wenn ich im Dorf 1,5 Meter Schnee habe, dann muss man erst einmal versuchen, den Schnee wegzuschieben. Wo soll ich ihn hinschieben? Man kann ihn auf einen Haufen schieben, auflegen und wegtransportieren. Das kostet der Gemeinde alles sehr, sehr viel Geld. Wir haben eine Riesenfreude, wenn es schneit, und denken nur an die schöne Skipiste und das schöne Skigebiet. Das macht uns Spaß, aber den Dörfern bzw. Gemeinden kostet es eine

Menge Geld, diesen Schnee wegzubringen. Da muss man auch hinter diesen ländlichen Strukturen stehen bzw. diese ländlichen Gemeinden fördern und mit der Finanzierung oder Sonderfinanzierung unterstützen. Kollege Staffler, wir haben in unserer früheren Zeit ja viel darüber geredet und sehr positiv darüber diskutiert. Ich habe das immer geschätzt und auch versucht das in dieser Hinsicht zu unterstützen. Sie können das sicher bestätigen, das haben die Gemeinden damals auch notwendig gehabt. Sonst wäre vieles nicht möglich gewesen. Heute hat man es ein bisschen anders organisiert, aber es ist vieles nicht mehr möglich. Viele Gemeinden haben sich dann E-Werke gebaut, haben dann auch auf den Dächern ein bisschen Photovoltaik errichtet, wo das möglich war, um mittels Photovoltaik ein bisschen Einnahmen zu schaffen. Auch 10.000 Euro sind manchmal für die Gemeinden Geld, das sie ganz dringend brauchen. Hier glaube ich, dass wir diese Unterstützungsmaßnahmen schaffen können, denn hier als Landtag haben wir eine Riesenverantwortung, dass wir diese Gemeinde auch unterstützen. Wir dürfen die Gemeinden nicht alleine lassen. Das wäre ja nicht passiert, das ist vielleicht ein bisschen übertrieben. Aber wir dürfen ja im Rahmen der Haushaltsdebatte darüber reden, Herr Fraktionssprecher Lanz, nicht dass wir danach schon wieder Probleme bekommen. Das heißt, es ist wichtig, hier zu stärken. Wenn man draußen lebt - und ich war in meiner Tätigkeit lange in diesen Gemeinden draußen -, dann ist es schon wichtig, hier etwas zu unternehmen, etwas zu machen. Wir haben 116 Gemeinden, wo keine identisch ist. Alle haben ganz andere Grundvoraussetzungen, ganz andere Anliegen und ganz andere Probleme zu meistern. Das heißt, eine Stadt Bozen hat ein ganz anderes Anliegen und alle sind wichtig, wie zum Beispiel eine Gemeinde Prettau im hintersten Ahrntal. Das ist die Verschiedenheit. Eine Gemeinde Kurtinig hat sicherlich ein ganz anderes Anliegen. Sie haben Angst davor, dass die Etsch hochgeht bzw. zu einem Problem wird. Wir haben gesehen, wie schnell das eigentlich geht. Denken wir an den letzten September, wo alles auf Nadeln war und niemand wusste, ob ein Dambruch kommt. Das heißt, dass es hier Probleme gibt und eine solche Gemeinde hat sicherlich ein ganz anderes Problem und ganz andere Anliegen als eine Gemeinde Vintl, wo das Wasser ganz einfach wegrinnt und keine Probleme bereitet. Das heißt, hier können wir das schaffen, hier können wir etwas unternehmen. Ich bin auch der Meinung, dass wir die Gemeinden unterstützen sollen.

Ich möchte auch den nächsten Punkt im Zusammenhang mit den Gemeinden in den Raum bringen. Ich glaube, Kollege Schuler ist dabei. Ich habe es sehr, sehr positiv gefunden, wie über das Amt für Bergwirtschaft im letzten Jahr versucht wurde, viele Projekte in den Gemeinden draußen zu unterstützen, ob es Wasserleitungen im ländlichen Raum sind, ob es Straßenasphaltierungen sind, ob es andere strukturelle Maßnahmen sind, wo man versucht hat, diese Sicherungsmaßnahmen zu treffen. Mit den Gefahrenzonenplänen sind die Gemeinden ziemlich weit, aber hier kommen auch Rieseninvestitionen auf uns zu. Diese Maßnahmen sind eigentlich ganz wichtig, dieser Gefahrenzonenplan spielt sicherheitsmäßig eine ganz, ganz wichtige Rolle. Aber dieser Gefahrenzonenplan kostet auch sehr viel Geld. Nehmen wir jetzt beispielsweise eine Gemeinde her, die ganz extrem exponiert ist, wie beispielsweise die Gemeinde Moos im Passeier. Wenn man diese Karte zwischen Lawinen, Muren und Steinschlaggefahr anschaut, dann sieht man, was diese Gemeinde für Strukturen in den nächsten Jahren errichten muss. Das ist unglaublich. Es wird nicht möglich sein, das in den nächsten fünf Jahren zu errichten. Das braucht es auch nicht, aber zumindest sollten wir Prioritäten setzen. Wie soll das in den nächsten Jahren gebaut werden? Hier wird auf die Gemeinden sicherlich sehr, sehr viel zukommen. Wir müssen versuchen, diese Gemeinden zu unterstützen und sie nicht alleine bzw. im Regen stehen zu lassen.

Der nächste Punkt, über den ich am liebsten Rede - und es ist auch mein Steckenpferd -, betrifft die Landwirtschaft, Waldwirtschaft und Almwirtschaft. Ich habe mir das heute bei dieser Flächenbeschaffung herausgesucht. Der Wald in Südtirol spielt mit einer Fläche von 336.000 Hektar eine sehr große Rolle. Das ist sehr, sehr viel. 14 Prozent der Landesfläche in Südtirol liegen unter 1.000 Meter, 49 Prozent zwischen 1.000 und 2.000 Meter und 37 Prozent über 2.000 Meter. Das heißt, über 80 Prozent der Fläche liegt über 1.000 Meter. Es spielt eine gewisse Rolle, wenn ich ins Gebirge komme. Wir müssen bedenken, dass die Hälfte der Fläche Wald ist. Dieser Bereich, der Wald - ich habe es letztes Jahr schon gesagt - kann sich am wenigsten zu Wort melden. Das ist nur ersichtlich, wenn ich sehe, dass der Wald krank ist bzw. eine Krankheit hat. Die Bedeutung des Waldes spielt eine ganz, ganz große Rolle. Ich habe das ein bisschen recherchiert und möchte jetzt auf zwei wesentliche Punkte kommen. Beim Sturmtief Vaia hat unser Waldboden - das ist jetzt sicherlich eine Schätzung - 150 Millionen Kubikmeter Regen aufgefangen. Das heißt, das Wasser hat sich irgendwo gestaut und die Funktion von einem gesunden Wald ist wie ein Schwamm, der es aufsaugt und das Wasser langsam weitergibt. Ich mache jetzt einen Vergleich und nehme den Reschen-Stausee her, den Sie alle kennen. Der Landtagspräsident wohnt ja am nächsten. Der Reschen-Stausee hat ein Volumen von 120 Millionen

Kubikmeter. Das heißt, im Grunde genommen wurde im Sturmtief Vaia genau dieses Wasser gespeichert, was ungefähr der Reschensee als Fassungsvermögen hat. Das bedeutet, dass ein gesunder und natürlicher Wald nicht nur für die Umwelt, sondern vor allem für die Wasserspeicherung eine große Rolle spielt. Es ist wichtig, dass wir dieses System aufrechterhalten, da es eine wichtige Rolle einnimmt. Ich habe das ein bisschen nachrecherchiert. Laut Südtiroler Agrar- und Forstbericht gibt es in Südtirol 297 Millionen Bäume, schätzungsweise ungefähr 800 Bäume pro Hektar. Das kann ein bisschen variieren. Dieser Wald bindet 3.000.700 Kubikmeter CO₂. Ich wäre mit keiner Maschine imstande, so eine natürliche Luftreinhaltung zu machen. Wenn ich einen gesunden Wald habe, dann ist mir das so viel wert. Es ist eine Bereicherung, in dieser Naturoase zu leben, wenn ich es einmal so sagen darf. Ich bin jetzt nicht ganz extrem ausgerichtet. Ich kenne mich auch nicht so gut aus. Ich habe aber zumindest ein bisschen nachrecherchiert, in welche Richtung das gehen kann. Die CO₂-Bindung spielt eine ganz, ganz wichtige Rolle und ist sehr wichtig. Ich bin kein Professor und auch kein Botaniker, aber diese Materie interessiert mich schon wahnsinnig. Letztes Jahr haben wir sehr viel über Umwelt geredet, was auch sehr wichtig ist. Aber diesen Bereich dürfen wir nicht vergessen. Ich bin auch der Meinung, dass, wenn wir diese 336.000 Hektar Wald haben, der Zuwachs in Südtirol 1,8 Millionen Kubikmeter beträgt. Das heißt, der Zuwachs spielt hier in diesem Bereich eine sehr große Rolle und die Holzschlägerung ist ein Drittel. Auf die Bedeutung von Holz werde ich später noch zurückkommen. Hier haben wir ziemlich viel Synergien. Ich bin nicht für eine Abholzung, aber zumindest glaube ich, dass wir diesen Bereich noch besser nutzen können, ohne auszunutzen. Also nutzen und nicht ausnutzen, sinnvoll nutzen, ist die Lösung. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass wir hier eigentlich sehr, sehr viel und sehr viele Synergien schaffen können. Die Gesundheit der Wälder und die Erschließung für nächsten Bereich im Wald ist sehr, sehr wichtig. Denken wir an die Schutzfunktion des Waldes in diesem steilen Gelände. Ich sehe kurz auf die Zeit und sehe, dass sie zu schnell vergeht. Ich bin beim zweiten Blatt und habe noch acht Blätter vorbereitet. Aber ich habe nur mehr 22 Minuten, danach muss ich Schluss machen.

Ich glaube, dass wir diesen Bereich absolut ernst nehmen müssen. Ich appelliere schon auch an den Landtag, heuer mehr zu verlangen. Das ist wahrscheinlich nicht realistisch. Heuer werden wir sicherlich viel in die Gesundheit investieren. Es hat heuer Vorrang, dass wir in diesem Bereich sehr viel machen können, aber zumindest hoffe ich, dass Landesrat Schuler dabei ist. Ich weiß es nicht. Ich hoffe, dass der Appell hier im Landtag doch Gehör findet und wir diese wertvolle, sinnvolle und umweltfreundliche Ressource Wald, der uns die gute Luft und die schöne Sicht, aber auch Lebensraum bietet, nicht vergessen. Man hat damals im März, als der Lockdown war, gesehen, welcher Drang bestand, nach außen zu gehen, sich Erholung zu suchen, spazieren zu gehen, sich bewegen zu können, welcher Reichtum es ist, in einem gesunden Wald, auf gesunden Almen und den verschiedenen Bereichen unterwegs zu sein. Ich glaube, das war eigentlich sehr wichtig. Ich möchte betonen, dass dies ein wichtiger Bereich ist. Ich werde später noch auf die Holzbauweise kommen, die ich nicht ganz missachten möchte, weil das auch ein ganz wichtiger Bereich ist.

Beim nächsten Thema - weil es auch mit Wald zu tun hat – möchte ich auf die Hackschnitzel kommen. Viele werden sich noch daran erinnern, als das erste Hackschnitzelwerk in Rasen 1994 Anfang der 90er Jahre in Betrieb genommen wurde. Damals sind viele Südtiroler ins Deutsche Eck nach Lofer gefahren und haben sich dort Fernwärmanlagen angeschaut. Es war eine Neuheit, wenn wir in diese Richtung gehen und mit einem anderen Rohstoff – das ist ganz bewusst unser Rohstoff - etwas machen. Ich glaube, damals waren wir auch sehr skeptisch. Ich war damals auch dabei, eine solche Anlage zu bauen und es war nicht leicht. Ich möchte erinnern, dass wir damals im Sarntal sehr innovativ waren. Wir waren die 6. Anlage in Südtirol. Dazumal haben uns alle abgeraten: "Das geht nicht, das kann es nicht sein! Aber der Mut, die Ausdauer und das Durchhaltevermögen haben sich dann bewährt. Ich glaube, dass wir sparen, wenn diese 76 Anlagen in Südtirol 16.000 Haushalte mit Wärme und unserer Energie versorgen. Aber dazu komme ich später noch. Wir sparen 106 Millionen Euro mit der Heizung. Das ist eine Rieseneinsparung. Wenn wir jetzt auf den Punkt kommen, dann werden auch viele sagen, dass nicht das ganze Holz von hier ist. Das gebe ich auch zu. Wir sind sicherlich noch nicht am Ziel und haben hier Ausbaupotential. Wir haben ein riesiges Ausbaupotential, weshalb wir in Zukunft versuchen sollten, dieses nachhaltige Holz zu schlägern. Dann haben wir auch eine Chance im Bereich der Fernwärmeversorgung bzw. der Hackschnitzelversorgung. Momentan liegen wir bei ungefähr 40 Prozent. Der Rest des Holzes kommt aus Osttirol, teilweise aus der Nähe von Kärnten und vor allem aus dem polynesischen Raum oder aus dem Trentino. Das heißt, dass der Weg nicht länger ist, als wenn wir Heizöl hereint transportieren würden, welches aus dem arabischen Raum oder sonst woher kommt. Wir haben diese Ressource, diesen kurzen Weg, etwas, das wir noch zu wenig nutzen, aber zumindest glaube ich, dass es ein Erfolgsmodell war, das es in den letzten 20/30 Jahren kaum gab. Jetzt wird man sagen, dass

das I-Phone der größere Erfolg war. Sicherlich ist dieses I-Phone eine interessante Herausforderung, aber ich glaube, dass es um die lokalen Kreisläufe geht. In den letzten 50 Jahren war es sicherlich einer der wertvollsten Kreisläufe, bei dem wir die Haushalte mit Wärme versorgen. Ich war damals auch im Öko-Center involviert, als die Müllverbrennung diese Energie erzeugt hat, nicht unter Strom, sondern als die Wärme über die Ventilatoren in die Luft gekühlt wurde. Die Stromproduktion hat damals über ORC oder verschiedene andere Energiesysteme funktioniert. Das wurde hier eigentlich mit Ventilatoren verschwendet, sodass wir damals politisch interveniert und gesagt haben: Es kann es nicht sein, dass diese wertvolle Energie, die damals aus der Müllverbrennung entstanden ist, verschwendet wird. Das unterschätzen wir immer. Müllverbrennung schafft elektrischen Strom durch eine technisch hochmoderne Anlage. Diese Entwicklung bringt uns Strom und Wärme. Das ist auch ein super Erfolg sowie die Einrichtung von verschiedenen Hackschnitzelwerken. Assessor Vettorato hat es vorhin angesprochen und gesagt, dass wir diese Förderung eingeführt haben. Es ist ganz wichtig. Das ist eine Förderung, die dann zum Schluss auch den einzelnen Bürgern zugutekommt. Ich investiere vor Ort in Wärme. Ich investiere in Umwelt, ich investiere in Arbeitskräfte. Ich habe mir das ein bisschen herausgesucht. Das heißt von der Fernwärme bleiben 70 Prozent der Wertschöpfung im Lande. Wissen Sie, wie viel beim Öl im Lande bleibt? 20 Prozent. Das heißt, 70 Prozent der Wertschöpfung bleiben hier im Lande und aus dieser Wertschöpfung kann ich etwas machen. Dadurch, dass ich Infrastrukturen baue, schaffe ich Arbeitsplätze. Ich schaffe dann auch die Möglichkeiten, hier den Rohstoff zu verwenden. Deshalb ersuche ich - Landesrat Vettorato ist nicht hier, aber vielleicht ist er dabei, und damals hat uns auch Landesrat Schuler unterstützt -, auch diese Investitionsförderung wieder weiterzubringen. Herr Landeshauptmann, danke, dass in diesem Bereich etwas gemacht wird. Das ist wirklich sehr, sehr wichtig und ein ganz wichtiger Bereich, der enorm viel bringt.

Jetzt zur Landwirtschaft! Ich war schon ein bisschen erstaunt, Kollege Unterholzner, wir sind ja sonst gute Kollegen. Wenn Sie es schaffen, dass der Landwirt 35 oder 30 Euro die Stunde rechnen kann, dann brauchen wir diese Forderungen nicht, wie Sie gesagt haben. Die Wirtschaft bekommt nur 25 Millionen Euro und die Landwirtschaft 50 Millionen Euro. Wissen Sie, was laut Berechnung für die Landwirtschaft für einen Stundenlohn für einen Bauer herauskommt, abgesehen davon, dass man es nicht berechnen kann, wenn die ganze Familie bei der Heuarbeit, bei der Stallarbeit oder bei verschiedenen anderen Tätigkeiten hilft. Für den Landwirt selber kommen nicht mehr als 5 bis 10 Euro raus, sprich kaum 10 Euro oder teilweise noch weniger. Im Grunde genommen ist hier sehr, sehr wenig möglich. Mich stört es ein bisschen, dass man immer auf die Landwirtschaft drauf loshaut und sagt: "Diese Landwirtschaft ist zu teuer, diese Landwirtschaft kostet uns zuviel!" Im Grunde genommen haben wir über den ELR und über den landwirtschaftlichen Entwicklungsplan oder auch über die Landesversorgung zweimal 50 Millionen Euro, wobei eine Co-Finanzierung von der EU und vom Staat zusammen mit der Landesfinanzierung gemacht wird. Aber die anderen 50 Millionen Euro werden investiert, damit diese Menschen am Berg bleiben können. Ich glaube, es ist auch ganz wichtig, dass wir als politische Vertreter dahinterstehen. Es stört mich immer ein bisschen, wenn es heißt, dass wir ihnen ein bisschen Halt geben sollen, damit sie oben bleiben. Das ist zu wenig! Sie verdienen sich auch diesen Lohn für die Arbeit. Arbeit soll sich auch für sie lohnen und nicht nur für die anderen. Die Landwirtschaft soll sich lohnen. Wir brauchen keine Zwei-Klassen-Gesellschaft. Wenn die Milch 3 Euro kostet, dann brauchen wir diesen Beitrag nicht mehr. Dann ist diese Förderung überflüssig bzw. nicht mehr notwendig. Dann brauchen wir das nicht, aber die Milch kostet im Geschäft 1,30 Euro. Auch auf die Äpfel wird immer gern ein bisschen draufkaut, dass sie zu teuer wären und zu viel Pestizide verwendet werden. Aber der Apfel ist nicht zu teuer. Im Grunde genommen sind das Grundnahrungsmittel, die wir sehr erschwinglich kaufen können. Im Grunde genommen leistet die Landwirtschaft einen wesentlichen Beitrag zur Lebensversorgung. Hier bin ich schon ein bisschen erstaunt. Kollege Staffler, wir kommen ganz gut zurecht, ich bin auch bei Weitem nicht so ein Botaniker wie Sie. Sie haben das viel länger studiert, ich komme aus der Praxis, nur ist das ein Problem. Es mag immer schwarze Schafe geben. Aber hauen wir diese Landwirtschaft hier nicht komplett in den Topf und sagen: Das ist alles schlimm! Das stört mich schon ein bisschen. Schauen wir diese gepflegte Landschaft an, man kann darüber diskutieren, man kann ins Bellunesische oder in andere Gegenden fahren, hier ist alles weggezogen. Die Menschen sind in den städtischen Bereich gezogen und nicht mehr hier. Diese Menschen haben eine andere Arbeit gesucht. Sie sind mit der Ertragslage nicht zurechtgekommen. Warum hauen wir dann immer drauf? Es gibt eigentlich ganz wenige, die sich nicht an die Regeln halten. Im Bereich der Viehwirtschaft schließen jährlich 150 Bauern die Stalltür. Das ist Tatsache. Dann frage ich mich im Landtag: Wollen wir, dass noch mehrere schließen? Eben, weniger! Mir ist es Recht, wenn wir statt zwei Großvieheinheiten eine Großvieheinheit haben und ich bekomme von der Milch 2 Euro oder 2,50 Euro. Da kann ich morgen

unterschreiben, aber wir sind mit diesem Produkt einem ganz normalen Markt ausgesetzt. Aber dass hier landschaftlich eine Riesenleistung dahintersteckt, das dürfen wir auch nicht vergessen. Es ist Landschaftspflege, diese ganzen Wiesen zu mähen, diese ganzen Wiesen herzurichten, alles zu bearbeiten. Ich sage Ihnen auch eines: Wenn viele Menschen auf dem Hof mitarbeiten können, auch noch die älteren, der Bauer, die Bäuerin und die Kinder, dann ist das eine Familiengemeinschaft, die eine Genugtuung hat, dies auch zu bearbeiten. Sie verspüren Freude, dies zu machen. Ich meine diese Freude, diese Genugtuung, dieses menschliche Verhalten, dieses Arbeiten in der Natur, mit der Natur zu leben, wenn man schaut, wie die Natur im Frühjahr und im Sommer arbeitet. Das heißt, im Grunde genommen ist es eine Genugtuung, ein sozialer Ausgleich. Und vergessen wir nicht, wie viele Senioren hier eigentlich dadurch, dass sie ein bisschen Arbeit haben, auch eine gewisse Genugtuung verspüren, am Hof noch mitzuhelfen und etwas am Hof zu unternehmen. Ich glaube, das sind wichtige Aspekte, die wir nicht vergessen sollten. Das ist eine sehr, sehr gute Altersversorgung, eine sehr, sehr gute soziale Versorgung und eine soziale Einrichtung in diesem Bereich. Entschuldigt, wenn ich jetzt ein bisschen emotional geworden! 2008 gab es 5.800 Milchlieferanten und jetzt haben wir nur noch 4.500 Milchlieferanten. Das heißt, sie haben sich um 1.500 in 10 Jahren verringert. Jährlich sperren also 150 ihre Stalltür zu. Das sind nicht die Großbetriebe in der Ebene, das sind meistens jene am Berg oben, am Hang oben, die sowieso alles schon ehrlich machen, die auf alles aufpassen, die sehr naturnah leben. Das sind meistens jene. Aus diesen Situationen - glaube ich - müssen wir wirklich gemeinsam hier im Landtag lernen. Ich ersuche um ein bisschen Verständnis. Wir sollten die Landwirtschaft nicht ins falsche Licht rücken. Man sieht auch die Zahlen der anderen, das heißt die Aufzuchtbetriebe nehmen zu, die konventionelle Milchwirtschaft wird aufgegeben, weil viele Zu- und Nebenerwerbsnehmer sind. Sie schaffen es nicht, sowohl in der Früh als auch am Abend im Stall zu sein und die gesamte Arbeit zu verrichten. Sie sind auf einen Zu- und Nebenerwerb angewiesen. Das sage ich jetzt ganz deutlich, weil der Kollege Leiter Reber ein richtig passionierter Schafzüchter ist, so verspürte ich das immer. Er kann auch davon berichten, wie viel hier Gewinn herauschaut. Das ist Passion. Wie haben wir letztes Jahr gesagt, Herr Kollege? Leidenschaft! Ich sage Leidenschaft, weil er auch ein Briefmarkensammler ist, aber das kann man nicht vergleichen. Es ist eine Leidenschaft, am Hof zu leben. Das kann man nicht vergleichen mit einer anderen Leidenschaft. Das ist Passion und Idealismus. Ich glaube, hier können wir schon etwas machen. Ich ersuche um ein bisschen Verständnis und ersuche dann, dass wir hier die notwendige Sensibilität haben und nicht auf die Bauern losgehen. Jeder Bereich hat seine Tätigkeit und seine Wertschätzung und jeder will auch seinen Bereich weiterbringen. Ich glaube, das ist eine Mindestforderung, die wir der Politik stellen dürfen. Ich glaube, das ist in dem Moment eigentlich ganz, ganz wichtig.

Ich möchte noch zum Straßenbau kommen. Kollege Alfreider ist wahrscheinlich über Videokonferenz dabei. Wenn wir nicht die Covid-Zeit hätten, hätten wir wahrscheinlich eine ganz andere Verkehrssituation. So würden wir über verschiedene Verkehrsmaßnahmen diskutieren. Ich sehe es auch positiv, dass man hier endlich Kiens und Percha im Pustertal angeht. Aber ich möchte schon darauf hinweisen, dass wir dann die Bozner Umgebung nicht außer Acht lassen. In Bozen - Umgebung mit den umliegenden Gemeinden leben 60 Prozent der Südtiroler Bevölkerung. Das heißt, der Bozner Raum ist ein Ballungszentrum, in dem sich eigentlich sehr viel wirtschaftliches Leben und Geschäftsleben abwickelt. Hier leben sehr viele Sprachgruppen nebeneinander. Ich bin schon der Meinung, dass wir vor allem die Straßenprojekte in Bozen und Umgebung wirklich konkret angehen sollten, ganz gleich, ob es der Hörtenbergtunnel, die Autobahnverlegung - ich weiß nicht, ob das noch ein Thema ist -, die SS12 oder die Einsteinstraße ist. Bozen und Umgebung liegen mir am Herzen, nicht weil es meine Heimat ist. Ich wohne nicht hier, aber in Bozen und Umgebung ist es wichtig, dieses Verkehrsaufkommen zu bewältigen. Wenn man bedenkt, dass aus den verschiedenen Gebieten, aus Eppan, aus dem Eisacktaler Raum, aus dem Schlerngebiet, aus dem Sarntal, aus dem Regglberg und aus dem Tschöggberg alles in die Stadt fährt und dieses Verkehrsaufkommen zusammenkommt, dann ersuche ich die Landesregierung schon, die Projekte aufzunehmen. Hier sehe ich wirklich Bedarf, etwas zu unternehmen. Das ist ganz, ganz wichtig im Bereich der Mobilität. Ich verstehe jetzt schon, dass mit den Covid-Maßnahmen eine Aufstockung bei den Bussen vorgenommen wird. Anhand der Kosten-Nutzen-Rechnung werden wir ein bisschen mehr fürs Ticket verlangen müssen. Irgendwo muss Geld her. Überall brauchen wir Geld. Ich habe so das Gefühl, dass heute jeder zieht, aber niemand sagt, wo wir das Geld wegnehmen bzw. herholen sollen. Kollege Lanz wird dann in seiner Rede als Allerletzter, als Fraktionssprecher der stärksten Gruppe, seine Visionen darlegen, indem er sagen wird, dass wir hier etwas machen müssen. Für den Umwelt- und Landschaftsschutz wird sich Kollege Staffler stark machen. Dann wird es wieder um die Sanität und die Lehrer gehen. Im Grunde genommen sagen alle, dass es zu wenig ist. Kollege Renzler wird sich für die Arbeitnehmer

und Arbeiter einsetzen. Alle Bereiche sind wichtig, aber niemand hat gesagt, ob wir Steuererhöhungen machen oder wo wir das Geld hernehmen sollen. Diese Lösung fehlt mir manchmal in dieser Diskussion. Die Auto-steuer wird heuer sicherlich nicht in Frage kommen. Es wäre politisch nicht vertretbar, dort Erhöhungen zu machen. Wir müssen mit dem vorliegenden Haushalt zurechtkommen und versuchen, über das ganze Jahr das Beste zu machen. Wir wissen nicht, was noch auf uns zukommt. Das neue Jahr hat noch nicht begonnen. Wir müssen versuchen, aus diesen Bereichen das Beste zu machen. Das ist sehr, sehr wichtig.

Was für mich noch wichtig ist, ist die Nachhaltigkeit. Ich habe mir das Vergabegesetz noch einmal genau durchgelesen. Ich möchte schon, dass sich dieses Amt für Vergabe bemüht, wirklich auf die Nachhaltigkeit noch ein Kriterium zu legen. Artikel 35 würde das vorsehen. Es sollte nicht wieder passieren, dass Aufträge außerhalb der Provinz erteilt werden und dass diese Aufträge außerhalb der Provinz dann an die Unternehmen vergeben werden. Hier ist Nachholbedarf. Ich sehe auch, wie viel in letzter Zeit Werbung - Neustart Südtirol - gemacht wurde. Ich glaube, dass wir als Land eine absolute Vorbildfunktion haben und hier auch versuchen müssen, etwas zu unternehmen. Ich möchte auch sagen, dass manchmal zu Unrecht aufs Handwerk und den Tourismus - diese allerletzte Anregung - draufgehauen wird. Wie viele Burschen und Mädchen haben in den handwerklichen Berufen in den letzten 40 Jahren eine wirklich schöne Arbeit gefunden, wo sie viel gelernt haben, wo sie viel an der Entwicklung Südtirols beigetragen haben, wo sie sich ein schönes Geld verdient haben, sich eine Familie gegründet und ein Wohnhaus gebaut haben, sich eine Existenz aufgebaut haben? Es stört mich manchmal und ich habe das auch Kollegen Tauber versprochen. Über den Tourismus, über Lebensmittel, über Nachhaltigkeit usw. können wir noch viel diskutieren, aber ein gewisser Tourismus ist auch gerechtfertigt. Wir sind ein schönes Land, wo wir – das sage ich zur Berechtigung – Menschen einen Urlaub bieten können. Wenn die Landwirtschaft ihren Bereich, das Handwerk seinen Bereich und der Tourismus seinen Bereich hat, dann sind wir vielfältig, dann können wir auch Synergien schaffen. Ich glaube, das ist wichtig. Damit möchte ich jetzt auch abschließen.

Ich wünsche mir, dass wir hier in diesem Haushalt auf alle Bereiche schauen, auch auf die wirtschaftlichen Bereiche, nicht immer nur draufhauen. Diese wirtschaftlichen Bereiche sind ganz wichtig. Ich wünsche mir, dass wir einen guten Konsens finden. Ich möchte abschließend sagen: Das soll keine Kritik, sondern mehr eine Anregung sein, dass wir hier gemeinsam 2021 ... Es ist kein Schaltjahr. Ich habe immer gesagt, dass wir im Schaltjahr ein bisschen Angst haben. Das haben wir immer bestätigt. Ich bin kein Hellseher und kein Weichsprecher, aber zumindest glaube ich, dass wir die Vernunft haben, gemeinsam etwas zu unternehmen und gemeinsam mit bestem Wissen und Gewissen uns mit einem gewissen Respekt für alle Bereiche einsetzen können. In diesem Sinne, danke, Herr Präsident, für die Wortmeldung! Ich wünsche auch alles Gute und dass wir uns den Haushalt so aufteilen können, dass mehr oder weniger die meisten zufrieden sind. Danke schön!

PRÄSIDENT: Wir fahren morgen mit der Generaldebatte fort.

Vor Beendigung der heutigen Sitzung teile ich Ihnen noch mit, dass gegen das Protokoll der letzten Landtagssitzung, welches zu Beginn der heutigen Sitzung zur Verfügung gestellt wurde, während der laufenden Sitzung keine schriftlichen Einwände vorgebracht wurden und dass dasselbe deshalb im Sinne von Artikel 59 Absatz 3 der Geschäftsordnung als genehmigt gilt.

Die Sitzung ist geschlossen.

Ore 17.58 Uhr

**Es haben folgende Abgeordnete gesprochen:
Sono intervenuti i seguenti consiglieri/le seguenti consigliere:**

AMHOF (24)

ATZ TAMMERLE (22)

FAISTNAUER (27)

LOCHER (41)

MAIR (21, 27, 32)

PLONER Alex (1)

STAFFLER (8)

UNTERHOLZNER (17, 27)

VETTORATO (37)